

REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE UND POLITISCHE PARTIZIPATION IN BAYERN



REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE UND POLITISCHE PARTIZIPATION IN BAYERN

Ergebnisse einer repräsentativen Telefonumfrage unter der
Bevölkerung Bayerns ab 16 Jahren

Mai 2016

Impressum

ISBN	978-3-88795-517-5
Herausgeber	Copyright 2016, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Text und Tabellen	Dr. Helmut Jung GMS Dr. Jung GmbH, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung, Hamburg
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Titelgestaltung	formidee München; Titelfoto Jürgen Fälchle / fotolia.com
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Vorwort

Zeitgemäße und zielgruppenorientierte politische Bildungsarbeit, die die Hanns-Seidel-Stiftung gemäß ihrem Auftrag „im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung“ betreibt, führt wegen der erheblichen gesellschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen in den letzten Jahrzehnten dazu, dass die Stiftung ihre demokratische und staatsbürgerliche Bildungsarbeit immer wieder den neuen Gegebenheiten anpassen muss.

Dazu gehört auch, für die Demokratie in Deutschland bedeutsame Entwicklungen durch eigene Grundlagenforschung zu beobachten, zu analysieren und bezüglich der Auswirkungen auf die Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber der Demokratie zu untersuchen. Aus diesem Grund hat die Hanns-Seidel-Stiftung schon seit den 80er-Jahren immer wieder umfangreiche empirische sozialwissenschaftliche Grundlagenuntersuchungen zu Themenbereichen wie Wertewandel, Demokratiezufriedenheit und insbesondere zur politischen Partizipation durchgeführt, deren Ergebnisse in die Bildungsarbeit der Stiftung einfließen.

Die bei den Landtagswahlen am 13. März 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland Pfalz und Sachsen-Anhalt wieder deutlich höhere Wahlbeteiligung wegen der Flüchtlingsthematik kann nicht im Sinne einer Trendwende interpretiert werden. Vielmehr muss die bereits seit längerer Zeit sinkende Wahlbeteiligung, insbesondere bei Landtags-, Kommunal- und Europawahlen, durch Politik, Forschung und Öffentlichkeit weiterhin mit Sorge betrachtet werden.

In diesem Zusammenhang entstand in den letzten Monaten eine gemeinsame Aktion aller politischen Stiftungen unter dem Titel „Demokratie braucht Wählerinnen und Wähler“, die am 28. Januar 2016 mit einer Auftaktveranstaltung in Berlin begonnen hat. Ziel war es, Maßnahmen zu erörtern, mit denen die Wahlbeteiligung und andere Formen der politischen Partizipation gesteigert und damit die Demokratie gestärkt werden könnten. Die vorliegende Untersuchung greift dieses Thema auf und versucht insbesondere Maßnahmen zu identifizieren, die aus Sicht der Bevölkerung dazu geeignet sein könnten, das Interesse an Politik wieder zu stärken und damit auch zu einer Erhöhung der Wahlbeteiligung beizutragen.

Da die Hanns-Seidel-Stiftung zu dieser Thematik bereits im Jahr 2010 eine Vorgängeruntersuchung durchgeführt hatte, konnten seinerzeit erhobene zentrale Einstellungen und Verhaltensweisen der bayerischen Bevölkerung im Hinblick auf politische Partizipation und gesellschaftliches Engagement in der neuesten Studie erneut ermittelt werden, um Rückschlüsse auf Einstellungsänderungen im Verlauf der letzten fünf bis sechs Jahre ziehen zu können.

Erfreulich ist, dass trotz sinkender Wahlbeteiligung das Interesse an Politik und auch das politische bzw. gesellschaftliche Engagement nicht grundsätzlich gesunken sind. Allerdings wird deutlich, dass die Bayern insgesamt dem System der derzeitigen repräsentativen parlamentarischen Demokratie trotz der Existenz plebiszitärer Elemente auf Landes- und kommunaler Ebene etwas kritischer gegenüberstehen. „Der eine Vorschlag“ zu einer substanziellen Steigerung des Politikinteresses und der Wahlbeteiligung lässt sich zwar erwartungsgemäß in den Untersuchungsergebnissen nicht ausmachen. Es zeigen sich aber einige Ansatzpunkte, die Anregungen für weitere Forschung und Diskussionen in der Öffentlichkeit geben können.

Wir freuen uns, die zentralen Ergebnisse der Studie, die von der GMS Dr. Jung GmbH im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung im Frühjahr 2016 durchgeführt wurde, mit dieser Publikation der Öffentlichkeit vorstellen zu können.

Prof. Ursula Männle
Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung
und Staatsministerin a.D.

Dr. Peter Witterauf
Hauptgeschäftsführer der
Hanns-Seidel-Stiftung

Inhalt

Vorwort	3
1. Methodische Vorbemerkungen	7
2. Einzelergebnisse	9
2.1 Politisches Interesse	9
2.2 Einstellungen zur repräsentativen Demokratie	10
2.2.1 Demokratiezufriedenheit	10
2.2.2 Einstellungen zu direktdemokratischen Elementen	16
2.3 Wahlen und Wahlverhalten	21
2.3.1 Relevanz von Wahlen und Abstimmungen	21
2.3.2 Wahlteilnahme und eigenes Wahlverhalten	23
2.3.3 Vorschläge zur Erhöhung der Wahlbeteiligung	36
2.4 Individuelle Rahmenbedingungen für Partizipation und Engagement	42
2.5 Engagement in traditionellen und neuen Strukturen	44
2.5.1 Zugehörigkeit zu Vereinen, Verbänden und Organisationen	45
2.5.2 Geplante Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Organisationen	48
2.5.3 Umfang und Art des Engagements	52
2.5.4 Verankerung der Politik im vorpolitischen Raum	57
3. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	60
4. Anhang (Abbildungen und Tabellen)	70

1. Methodische Vorbemerkungen

Der vorliegende Untersuchungsbericht basiert auf den Ergebnissen einer repräsentativen sozialwissenschaftlichen Grundlagenuntersuchung der GMS Dr. Jung GmbH, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung, Hamburg. Die Befragung wurde im Frühjahr 2016 auf Basis einer repräsentativen Telefonstichprobe unter der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung Bayerns mit deutscher Staatsangehörigkeit ab 16 Jahren durchgeführt.

Die Hauptzielsetzungen waren die Ermittlung und Überprüfung von Einstellungen und Verhaltensweisen in Verbindung mit Demokratie und politischer Partizipation, bei denen sich unterschiedliche Sichtweisen und Verhaltensabsichten sowohl zwischen jungen und alten Menschen als auch zum Beispiel unter dem Aspekt der jeweiligen Wahlabsicht oder der regionalen Zugehörigkeit ergeben können. Im Einzelnen wurden folgende Themenbereiche behandelt:

- Grundeinstellungen mit Einfluss auf Wahlverhalten und Partizipation wie z. B. politisches Interesse und Demokratiezufriedenheit,
- Einstellungen zu Wahlen und zu Formen der direkten und der repräsentativen Demokratie,
- Haltungen zur Teilnahme an Wahlen und zum eigenen Wahlverhalten,
- Akzeptanz und Wirksamkeit von Möglichkeiten zur Erhöhung der Wahlbeteiligung,
- soziales und gesellschaftliches Engagement.

Insgesamt wurden in der Zeit vom 18. Januar bis zum 15. Februar 2016 mit der Erhebungsmethode des computergestützten Telefoninterviews (CATI) 1.596 Interviews realisiert. Auf der Basis einer mehrstufig geschichteten Zufallsstichprobe von Privathaushalten wurde ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung Bayerns ab 16 Jahren befragt. Die durchschnittliche Interviewdauer betrug 30 Minuten.

Um detaillierte Auswertungen der Einstellungen der Jungen und Alten zu ermöglichen, wurde die Untersuchung mit einer disproportionalen Stichprobe angelegt. Teilstichproben für alle relevanten Altersgruppen wurden jeweils auf eine aussagekräftige Gesamtfallzahl aufgestockt. Die Stichprobenanlage erfolgte so, dass die Möglichkeit besteht, die Jungen zwischen 16 und 34 Jahren in drei weitere Altersgruppen aufzugliedern und diese Teilgruppen auf Basis aussagekräftiger Fallzahlen zu analysieren. Auch für die Gruppe der „Alten“ (60 Jahre und älter) konnten aufgrund der realisierten Fallzahl von 308 Interviews bei Bedarf noch Teilgruppen analysiert und miteinander verglichen werden. Für die Gesamtauswertung der Untersuchung wurden die einzelnen Altersgruppen mit „aufgestockten“ Fallzahlen durch eine faktorielle Gewichtung proportionalisiert und damit wieder den tatsächlichen Größenverhältnissen in der Bevölkerung angepasst.

In diesem Untersuchungsbericht erfolgt die Ergebnisdarstellung entsprechend der Aufgabenstellung in erster Linie im Hinblick auf das Merkmal Alter. Dabei wird im Regelfall zwischen drei Altersgruppen unterschieden: Die Jungen (16- bis 34-Jährige), Personen mittleren Alters (35- bis 59-Jährige) und Ältere (über 60-Jährige). Obwohl die Daten generell eine weitere interne Differenzierung der Jungen und Alten in jeweils zwei bis drei Untergruppen erlauben, wird in diesem Bericht auf diese Möglichkeit aus inhaltlichen und aus Platzgründen nur dann zurückgegriffen, wenn sich zwischen den Untergruppen erwähnenswerte Unterschiede ergeben. Ähnliches gilt auch für Differenzierungen der Ergebnisse nach Regionen oder anderen Analysemerkmalen wie z. B. dem höchsten erreichten Schulabschluss oder einem möglichen Migrationshintergrund, die in diesem Bericht nur dann vorgenommen werden, wenn signifikante Unterschiede in den Ergebnissen existieren.

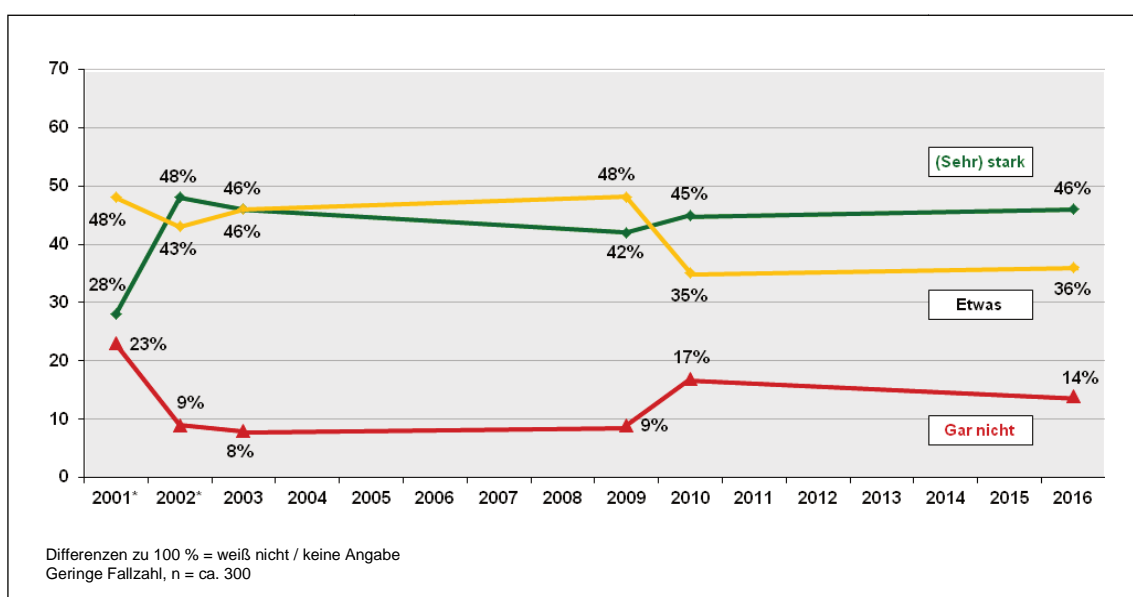
2. Einzelergebnisse

2.1 Politisches Interesse

Das politische Interesse gilt in der empirischen politikwissenschaftlichen Forschung als ein vorprägender Einflussfaktor für die Teilhabe an der Politik und bürgerschaftliches Engagement. Ein starkes politisches Interesse erhöht im Regelfall nicht nur die Bereitschaft, sich über Politik zu informieren, sondern auch zu politischen Themen zu kommunizieren und eine oder mehrere Formen der politischen Partizipation auszuüben. Grundsätzliches Interesse an Politik macht somit auch eine Wahlteilnahme wahrscheinlicher – bei Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen wegen schwächer gewordenen grundsätzlichen Parteibindungen allerdings auch eine Wechsel- oder gar eine Protestwahl. Gleichzeitig kann jedoch eine dauerhafte Unzufriedenheit mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen auch zu nachlassendem politischem Interesse führen (Apathie).

Insgesamt ergeben sich beim politischen Interesse für den Zeitraum seit der letzten Erhebung im Jahr 2010 nur geringe Veränderungen: Weiterhin gibt fast jeder Zweite an, sich „sehr stark“ oder „stark“ für Politik zu interessieren. Zumindest „etwas Interesse“ äußert gut jeder Dritte, während der Anteil derer, die sich „gar nicht“ für Politik interessieren, seit 2010 wieder gesunken ist. Die Werte zwischen 2002 und 2009, in denen nicht einmal jeder Zehnte ein völliges Desinteresse hatte, werden mit derzeit 14 % jedoch nicht wieder erreicht (Abb. 1). Innerhalb der Gruppe der Interessierten ist allerdings der Anteil derer, die sich als „sehr interessiert“ einstufen, auf 19 % (+4 % gegenüber 2010) gestiegen.

Abbildung 1: Politisches Interesse im Zeitverlauf (Frage 1)



Bei einer Betrachtung nach Altersgruppen lassen sich nur geringe Unterschiede beim politischen Interesse ausmachen: Lediglich die Gruppe der Ältesten weist ein leicht überdurchschnittliches Interesse auf (50 % bei Älteren zu 46 % Gesamt; Tab. I im Anhang). Schaut man hingegen auf den höchsten erreichten Bildungsgrad, zeigt sich eindeutig ein mit höherem Bildungsgrad ansteigendes Interesse, wobei der Indexwert („sehr stark / stark“ – „gar nicht“) für Befragte mit hohem Bildungsgrad mehr als doppelt so hoch ausfällt wie unter den Befragten mit niedrigen Abschlüssen (+53 zu +26; Tab. I im Anhang).

Alles in allem hat somit trotz der vielen aktuellen, drängenden politischen Fragen in dieser als ausgesprochen „politisiert“ zu bezeichnenden Zeit mit lebhaften Kontroversen zum Beispiel zu den Themen Flüchtlinge und EU offenbar keine messbare Steigerung des politischen Interesses stattgefunden. Die in politischen Debatten immer wieder behauptete Entpolitisierung der Jugend lässt sich aber im Verlauf der letzten fünf Jahre ebenfalls nicht beobachten. Dafür bestätigt sich erneut der eindeutige Zusammenhang zwischen Bildungsabschluss und politischem Interesse, der die Notwendigkeit verstärkter politischer Bildungsarbeit insbesondere bei Personen mit geringeren Bildungsabschlüssen nahelegt.

2.2 Einstellungen zur repräsentativen Demokratie

Ein subjektiv empfundener Mangel an Mitbestimmungsmöglichkeiten wird immer wieder als zentraler Kritikpunkt an der repräsentativen Demokratie vorgebracht. Dies ist nach den Erkenntnissen vorangegangener Generationenstudien auch darauf zurückzuführen, dass viele Wähler beklagen, auf politische Entscheidungen im Wesentlichen nur durch die in verhältnismäßig großen Abständen stattfindenden Wahlen Einfluss nehmen und bei für sie relevanten Themen nicht mitentscheiden zu können. Gerade angesichts der gestiegenen Bedeutung von Plebisziten für den demokratischen Prozess (vgl. Kap. 2.3.1) könnten diese Debatten in den nächsten Jahren auch für die Bundesebene deutlich an Wichtigkeit gewinnen. Auch können zum Beispiel besondere Themen mit einem großen Potenzial zu gesellschaftlicher Uneinigkeit und gespaltenen Bevölkerungssicht das Gefühl politischer Ohnmacht oder zumindest mangelnder Mitbestimmung verstärken. Um die Entwicklung der Grundstimmung in der Bevölkerung bezüglich der Bewertung der Demokratie und den empfundenen Handlungsbedarf einordnen zu können, wurde zunächst die allgemeine Demokratiezufriedenheit ermittelt.

2.2.1 Demokratiezufriedenheit

Während das politische Interesse seit 2010 einigermaßen stabil geblieben ist (vgl. Kap. 2.1), ist im Hinblick auf die Demokratiezufriedenheit bei der Betrachtung des Indexwertes (Differenz zwischen „sehr zufriedenen“ und „nicht zufriedenen“ Befragten) in

den letzten fünf Jahren eine negative Entwicklung auszumachen (Tab. 1). Im Detail sind mittlerweile ebenso viele Bayern mit der Demokratie „unzufrieden“ wie „einigermaßen zufrieden“ (jeweils 42 %). Während der Anteil der Unzufriedenen damit deutlich ansteigt (+9 % gegenüber 2010), sinkt jener der einigermaßen Zufriedenen massiv (-14 %). Der Anteil der sehr Zufriedenen bleibt mit 14 % etwa im Rahmen der Vorerhebungen (+5 % gegenüber 2010; -2 % gegenüber 2009). Insgesamt bewegen sich die Werte für die Demokratiezufriedenheit daher wieder im Bereich der Jahre 2002 und 2003 (Tab. 1).

Tabelle 1: Demokratiezufriedenheit im Zeitverlauf (Frage 3)

Bin mit der Demokratie in Deutschland...	Gesamt	Jahr				
		2010	2009	2003	2002 ²⁾	2001 ²⁾
Sehr zufrieden	14	9	16	6	9	17
Einigermaßen zufrieden	42	56	59	58	59	58
Nicht zufrieden	42	33	22	36	30	22
Index¹⁾	-28	-24	-6	-30	-21	-5

Differenz zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe
¹⁾ Index = „Sehr zufrieden“ - „nicht zufrieden“
²⁾ Geringe Fallzahl, n = ca. 300

Der Indexwert für die Demokratiezufriedenheit bedarf allerdings einer gewissen Relativierung. Er berücksichtigt nämlich nicht diejenigen, die die Verwirklichung des Ideals der Demokratie als nicht perfekt, sondern als teils mit Fehlern behaftet erleben und die deshalb „nur einigermaßen zufrieden“, aber nicht eindeutig unzufrieden sind. Hinzu kommt, dass in die Urteile zur Demokratiezufriedenheit nicht nur Systemaspekte, sondern in erheblichem Umfang auch die aktuellen Wahrnehmungen zur Performance von Politik und Parteien einfließen. In den Jahren 2002 und 2003 war dies zum Beispiel die große Unzufriedenheit mit der rot-grünen Koalition wegen der hohen Arbeitslosigkeit, während aktuell vor allem die Unzufriedenheit mit der Bewältigung der Flüchtlingskrise eine dominierende Rolle spielen dürfte. Vor diesem Hintergrund erreicht der Index mit einem Wert von -28 den zweitschlechtesten Wert seit 2001. Die mit jeweils 42 % mittlerweile gleich hohen Potenziale an einigermaßen Zufriedenen und Unzufriedenen sind in jedem Fall als bedenklich anzusehen, auch wenn der Anteil der sehr Zufriedenen gleichzeitig leicht angestiegen ist und die Sichtweisen somit polarisierter sind als früher (Tab. 1).

Bei der Differenzierung nach dem Alter fällt zudem auf, dass sich die insgesamt kritischeren Einstellungen vor allem in den jüngeren Altersgruppen bis 34 Jahre (Index -31) und zwischen 35 und 59 Jahren (Index -30) wiederfinden, während die Befragten über

60 Jahre eine deutlich positivere Sicht mit einer vor allem vergleichsweise großen Zahl an sehr Zufriedenen haben (Index –23; Abb. I im Anhang).

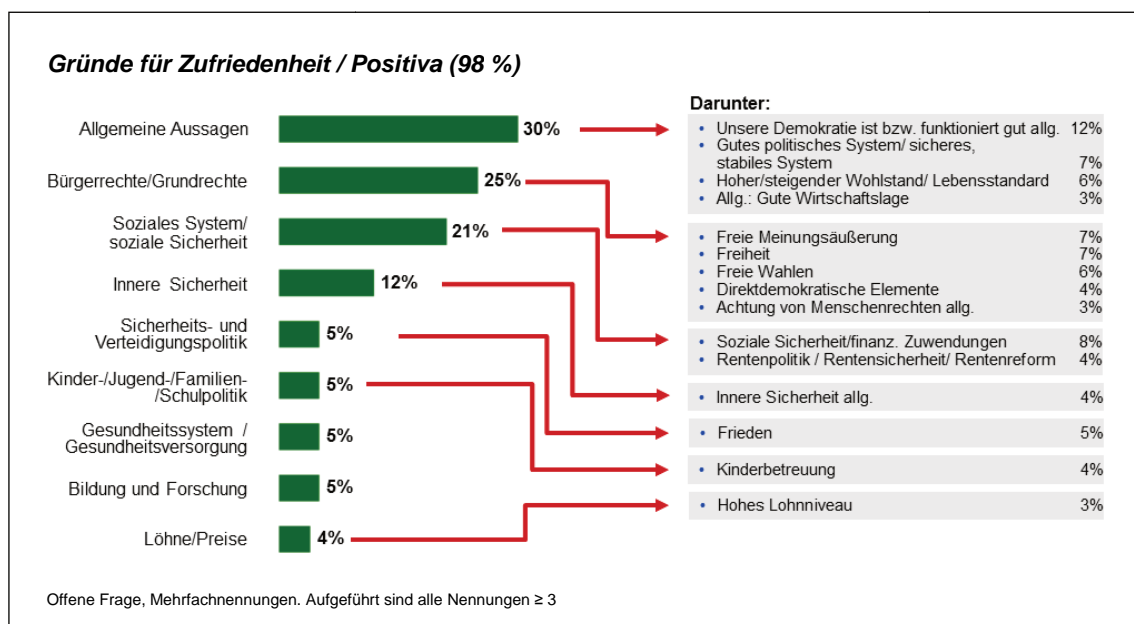
Auf die Frage nach den Gründen für ihre hohe Demokratiezufriedenheit geben die Befragten wie schon bei der letztmaligen detaillierten Abfrage im Jahr 2000 zumeist eher allgemeine Gründe an. Hatten diese damals jedoch eine dominierende Bedeutung, so sinkt ihr Anteil in der vorliegenden Untersuchung deutlich (30 %). Unter den allgemeinen Begründungen stehen vor allem die Aussage, dass das System „gut funktioniere“ (12 %), dass es „stabil“ sei (7 %) und die Wertschätzung des allgemein steigenden Lebensstandards (6 %) hervor (Abb. 2).

Stattdessen werden häufiger als damals spezifische Gründe vorgebracht. Dabei sind vor allem die von jedem Vierten angesprochenen Bürgerrechte und Grundrechte (25 %) sowie die Wertschätzung für das Sozialsystem (21 %) wichtig. Während bei den Bürger- und Grundrechten vor allem die freie Meinungsäußerung, die persönliche Freiheit und freie Wahlen genannt werden, finden unter dem Oberbegriff des Sozialsystems vor allem finanzielle Zuwendungen des Staates Erwähnung (Abb. 2).

Etwas seltener, aber immer noch durch gut jeden Zehnten der mit der Demokratie sehr Zufriedenen, wird die Innere Sicherheit als Grund für die eigene Zufriedenheit genannt (12 %). Wie schon in der Voruntersuchung im Jahr 2000 spielen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (5 %), die Kinder- / Jugend- und Familienpolitik (5 %; +4%), das Gesundheitssystem sowie Bildung und Forschung (jeweils 5 %) genauso wie Löhne / Preise (4 %) eine eher untergeordnete Rolle (Abb. 2).

Abbildung 2: Gründe für hohe Demokratiezufriedenheit (Frage 4)

Basis: Sehr zufrieden mit der Demokratie in Deutschland; n = 207

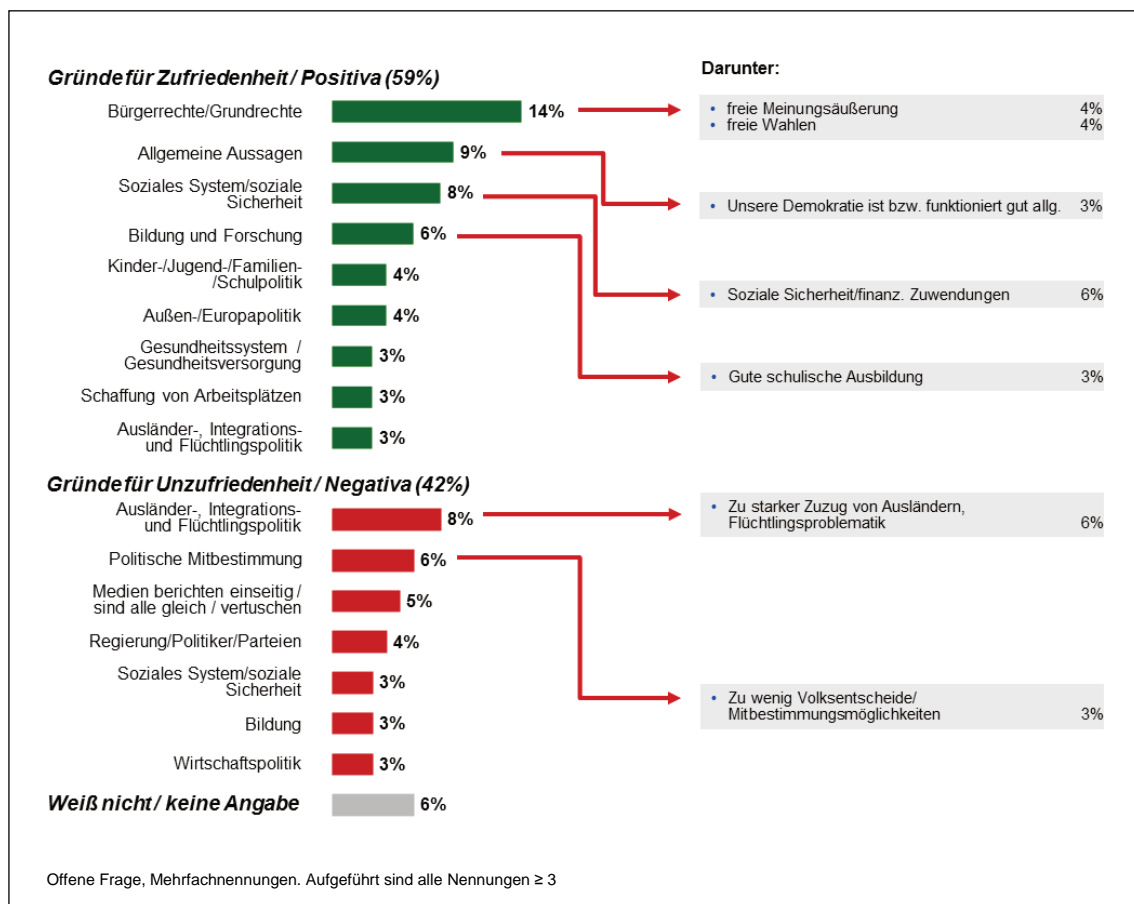


Im Vergleich zum Jahr 2000 verringert sich also vor allem die Zahl der allgemeinen, eher generischen Aussagen und Begründungen deutlich (-42 %). An ihre Stelle treten meistens konkretere Aussagen zum Sozialsystem (+18 %), zu Bürger- und Grundrechten (+16 %) sowie zur inneren Sicherheit (+10 %).

Auch die mit der Demokratie zumindest einigermaßen zufriedenen Bayern nennen bei den Begründungen für ihre Haltung vorrangig Positiva (59 % positive Nennungen; 42 % negative Nennungen). Von den einigermaßen Zufriedenen werden Bürger- und Grundrechte am häufigsten als positive Eigenschaften der Demokratie erwähnt (14 %), wobei hier am ehesten freie Meinungsäußerung und freie Wahlen genannt werden. Am zweithäufigsten werden unspezifische, allgemeine Aussagen getroffen (9 %), wobei hier am ehesten das „allgemeine Funktionieren“ der Demokratie gelobt wird. Die Sozialsysteme und die soziale Sicherheit werden am dritthäufigsten erwähnt (8 %). Hier wird überwiegend auf finanzielle Zuwendungen des absichernden Sozialstaats Bezug genommen. Ebenfalls erwähnt wird das Bildungssystem (6 %), wobei hier die gute schulische Ausbildung am häufigsten genannt wird (Abb. 3).

Abbildung 3: Gründe für grundsätzliche Demokratiezufriedenheit (Frage 4)

Basis: Einigermaßen zufrieden mit der Demokratie in Deutschland; n = 657



Seltener finden dagegen Kinder-, Jugend- und Familienpolitik oder die Außen- und Europapolitik Erwähnung (jeweils 4 %). Noch etwas seltener sind das Gesundheitssystem, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Ausländer-, Integrations- und Flüchtlingspolitik Gründe für eine zumindest teilweise Demokratiezufriedenheit (jeweils 3 %; Abb. 3).

Unter den negativen Nennungen steht aufgrund des Erhebungszeitraums zur Hochzeit der „Flüchtlingskrise“ erwartungsgemäß das Thema Ausländer-, Integrations- und Flüchtlingspolitik an erster Stelle (8 %), wobei im Wesentlichen ein zu großer Zustrom von Ausländern nach Deutschland kritisiert wird. Am zweitwichtigsten unter den Kritikpunkten der einigermaßen Zufriedenen werden die aus Befragtensicht fehlenden Möglichkeiten zur politischen Mitbestimmung genannt (6 %). In diesem Zusammenhang wird in etwa der Hälfte der Fälle auf die zu seltene Durchführung von Volksentscheiden eingegangen. Am dritthäufigsten werden die Medien kritisiert (5 %), wobei die Wahrnehmung von einseitiger Berichterstattung bis hin zum gezielten „Vertuschen“ von Sachverhalten reicht. Eine ähnliche Bedeutung hat die Kritik an Regierung, Politikern und Parteien. Eine eher untergeordnete Rolle unter den Kritikpunkten spielen ebenfalls die Sozialsysteme, der Bildungsbereich und die Wirtschaftspolitik (jeweils 3 %; Abb. 3).

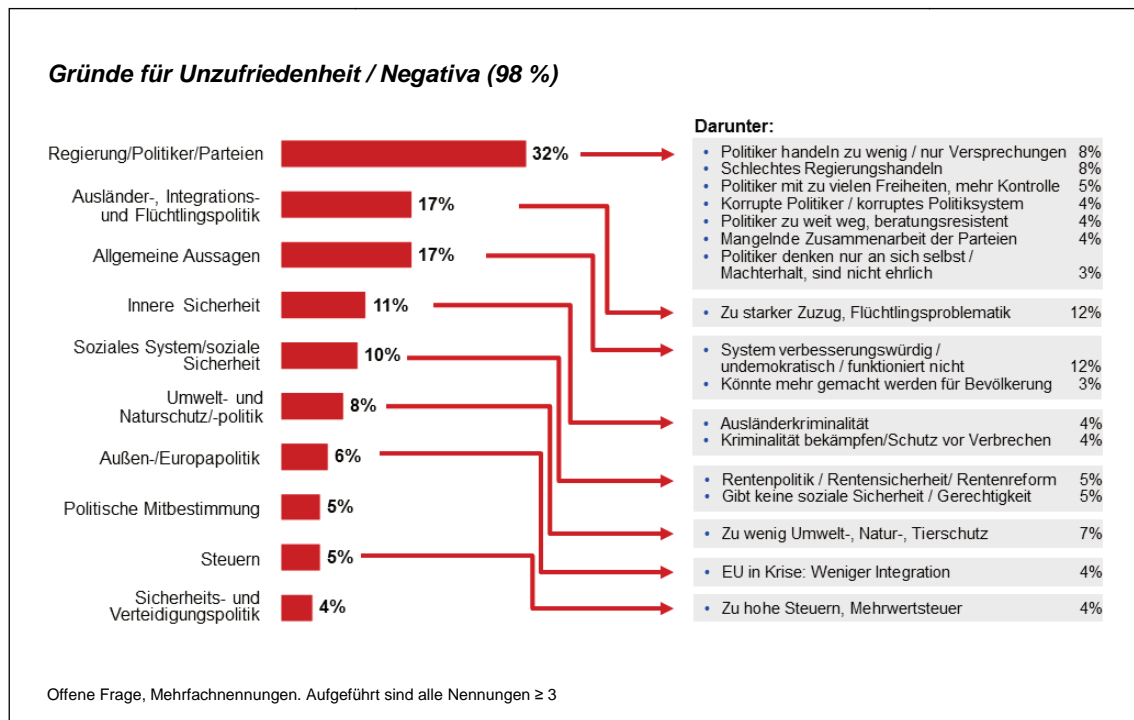
Vergleicht man die Begründungen für die relative Zufriedenheit mit der Demokratie mit den Gründen aus dem Jahr 2000, so fällt zunächst auf, dass ein größerer Anteil dieser Befragten Positiva nennt (+14 % positive Nennungen). Der Anteil derer mit negativen Gründen sinkt dagegen deutlich (–56 % negative Nennungen). Offenbar wird die Einstufung „einigermaßen zufrieden“ nicht (mehr) unbedingt eher mit Unzufriedenheit verknüpft. Auch bei den einigermaßen Zufriedenen geht vor allem der Anteil derer, die als (positive) Begründung für ihre Meinung eher allgemeine Begründungen heranziehen, deutlich zurück (–27 %). Die weiteren Gründe für Zufriedenheit werden dagegen allesamt häufiger genannt. Besonders betrifft dies die Bereiche Bürgerrechte / Grundrechte, Bildung und Forschung (jeweils +6 %) sowie die Außen- und Europapolitik (+4 %). Die Schwankungen unter den Gründen für Unzufriedenheit bewegen sich hingegen bis auf die Bereiche „Regierung, Politiker, Parteien“ (–15 %) sowie politische Mitbestimmung und Medienkritik (jeweils +5 %) sowie Bildung (+3 %) in einem Bereich um ± 2 %.

Auch unter den Negativa zur Demokratie, die von denen vorgebracht werden, die sich explizit als mit der Demokratie unzufrieden bezeichnen, spielen die allgemeinen und eher unspezifischen Kritikpunkte nicht die allergrößte Rolle. Stattdessen wird hier vor allem an Regierungen, Politikern und Parteien Kritik geübt (32 %). Dabei wird am ehesten das fehlende Einhalten von (Wahl-)Versprechen und allgemein schlechtes Regierungshandeln kritisiert. Auch die weiteren Kritikpunkte (z. B. zu große Freiheiten für Politiker, Vermutung von Korruption, fehlende Nähe zum Bürger oder mangelnde Zusammenarbeit der Parteien) bewegen sich im Bereich typischer Argumente für Politikverdrossenheit. Gemeinsam mit den eher allgemeinen Aussagen (17 %) folgt vor dem Hintergrund eines

derzeit hohen Zuzugs an Flüchtlingen der Bereich Ausländer-, Integrations- und Flüchtlingspolitik (ebenfalls 17 %). Während beim Thema Ausländer erneut vor allem der Flüchtlingszuzug thematisiert wird, überwiegt bei den allgemeinen Aussagen die Ansicht, das derzeitige politische System sei „nicht ausreichend demokratisch“ (Abb. 4).

Abbildung 4: Gründe für fehlende Demokratiezufriedenheit (Frage 4)

Basis: Unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland; n = 686



Noch durch gut jeden Zehnten wird die Ansicht vertreten, dass ein Mangel an Innerer Sicherheit derzeit ein Problem für die Demokratie darstellt. Vorrangig werden hier die Kriminalitätsbekämpfung, insbesondere Ausländerkriminalität und der Schutz der Bürger vor Kriminalität insgesamt thematisiert. Ebenfalls etwa jeder Zehnte sorgt sich im Zusammenhang mit der Demokratie in Deutschland um die Sozialsysteme. Hier werden einerseits Renten und das Rentensystem, andererseits aber auch das allgemeine Gefühl fehlender sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit angesprochen. 8 % sind wegen der als mangelhaft empfundenen Umwelt- und Naturschutzpolitik unzufrieden mit der Demokratie, wobei hier eher allgemeine Kritik am „zu wenig“ geäußert wird, als dass spezielle Themen herausgegriffen werden (Abb. 4).

Darüber hinaus werden auch die Außen- und Europapolitik mit den derzeit immer wieder aufeinanderfolgenden, verschiedenen Krisen der EU (6 %), die politische Mitbestimmung, Steuern (jeweils 5 %) sowie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik (4 %) genannt (Abb. 4).

Im Gegensatz zum Jahr 2000 versuchen mittlerweile fast alle mit der Demokratie Unzufriedenen ihre Auffassung konkret zu begründen (Nennung von Gründen für Unzufriedenheit: +17 %). Deutlich häufiger werden dabei insbesondere die Ausländer-, Integrations- und Flüchtlingspolitik (+12 %) sowie das sicher auch als „Folgethema“ zu begreifende Politikfeld der Inneren Sicherheit (+10 %) genannt. Ebenfalls häufiger finden sich im Jahr 2016 Aussagen zur Umwelt- und Naturschutzpolitik (+7 %), zum Sozialsystem (+5 %), zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik (+4%) und zur Außen- und Europapolitik (+3 %).

Die Begründungen für die eigene Zufriedenheit mit der Demokratie werden neben den typischen, eher allgemeinen Aussagen auch stark mit konkreten demokratischen Errungenschaften der Bundesrepublik wie Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit verknüpft. Eine Verbindung mit spezifischen Sachthemen wird bei den positiven Begründungen eher nicht hergestellt. Dies ist dagegen insbesondere bei den kritischen Äußerungen der Fall: Hier wird vor allem Kritik am Verhalten von Politikern und Parteien geübt. Bereits an zweiter (bzw. sogar erster Stelle der Kritik bei den „einigermaßen mit der Demokratie Zufriedenen“) folgt mit der Flüchtlingskrise ein sehr spezifisches Einzelthema, das viele Bayern an der Funktionstüchtigkeit des Staates in Deutschland zweifeln lässt. Die Bedeutung brennender Einzelthemen wie der Flüchtlingskrise, aber auch von Folgethemen wie zum Beispiel der Inneren Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung muss allerdings vor dem Hintergrund der zum Jahreswechsel 2015/2016 auf einem Höhepunkt befindlichen Flüchtlingskrise gesehen werden. Ob diese Themen die politische Agenda langfristig über mehrere Jahre, dominieren werden, bleibt abzuwarten. Nur in diesem Fall könnten sie jedoch nachhaltig und dauerhaft zur Unzufriedenheit mit dem demokratischen System beitragen.

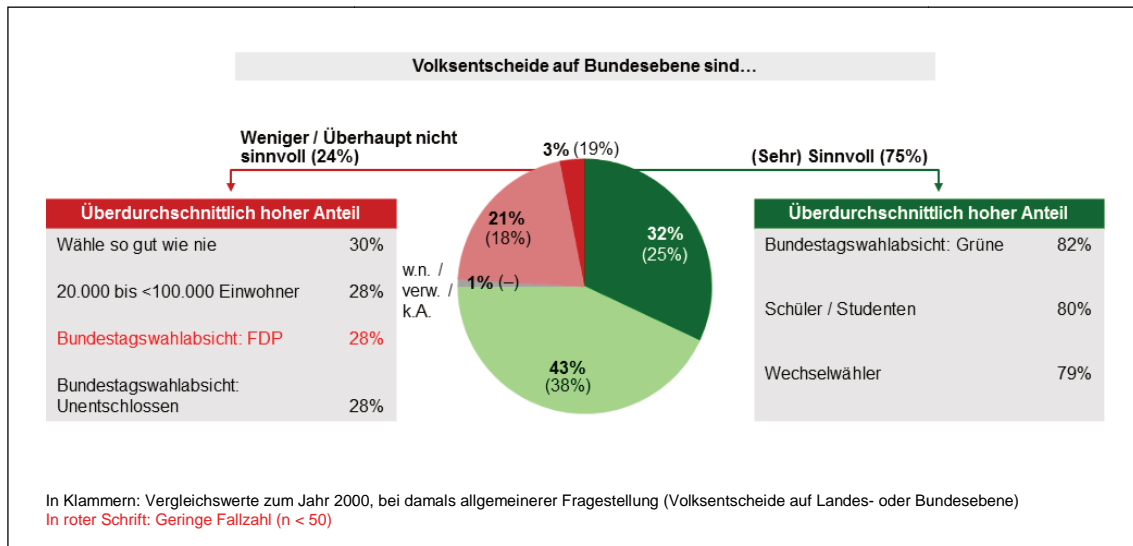
2.2.2 Einstellungen zu direktdemokratischen Elementen

Analog der gestiegenen Bedeutung von Abstimmungen sowie Bürger- und Volksentscheiden im Vergleich mit anderen Mitbestimmungsformen (vgl. Kap. 2.3.1) hält insgesamt eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Bayerns Volksabstimmungen bei wichtigen Fragen auf Bundesebene für sehr sinnvoll (32 %) oder aber zumindest für sinnvoll (43 %). Die Gruppe der Bayern, die Volksabstimmungen bei wichtigen Fragen für weniger oder überhaupt nicht sinnvoll hält, macht dagegen nur ein knappes Viertel der Gesamtbevölkerung aus (24 %; Abb. 5).

Wegen der mittlerweile erfolgten gesetzlichen Änderungen und der deshalb möglichen Durchführung von Volksentscheiden auf Landesebene wurde die Frage in der vorliegenden Untersuchung sogar noch enger als im Jahr 2000 mit Bezug nur auf die Bundesebene gefasst. Der Anteil der Befürworter von Volksentscheiden steigt dennoch deutlich an.

Sahen damals nur knapp zwei Drittel der Befragten die Durchführung von Volksabstimmungen als sehr sinnvoll oder sinnvoll an, so befürworten dies heute mit eindeutigem Bezug auf die Bundesebene drei Viertel der Bayern. Zudem ist die Zahl derer, die Volksabstimmungen komplett ablehnen, auf 3 % gefallen (-16 %), während die Gruppe der moderaten Ablehner nur geringfügig auf 21 % angestiegen ist (+3 %, Abb. 5).

Abbildung 5: Volksentscheide auf Bundesebene (Frage 6)



Wähler der Grünen bei der Bundestagswahlabsicht (82 %) sowie Schüler und Studenten (80 %) und Befragte, die sich selbst als Wechselwähler bezeichnen (79 %), befürworten die Durchführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene überdurchschnittlich häufig (Abb. 5). Dies entspricht im Falle der Grünen einer Übertragung der inneren, basisdemokratischen Parteiorganisation auf eine mögliche Entscheidungsfindung im bundespolitischen Prozess. Bei Schülern und Studenten dürfte dagegen die politische Sozialisation in Zeiten einer Öffnung der politischen Entscheidungsstrukturen mit Plebisziten in vielen Bundesländern eine Rolle spielen. Das größere Interesse von Wechselwählern könnte dagegen in deren grundsätzlicher Abneigung gegen die langfristige Festlegung auf eine Partei und ihre Positionen und einer stärkeren Fokussierung auf Einzelthemen mit persönlicher Betroffenheit begründet sein.

Auf der Seite der Ablehner finden sich dagegen überdurchschnittlich häufig langfristige Nichtwähler (30 %), Bewohner von Mittelstädten (28 %), Wähler mit FDP-Bundestagswahlabsicht sowie Unentschlossene (jeweils 28 %, Wähler der FDP mit geringer Fallzahl). Besonders bei den dauerhaften Nichtwählern, aber auch bei den in ihrer Wahlentscheidung Unentschlossenen können als Gründe in Verbindung mit dieser Thematik ein generelles politisches Desinteresse, aber auch Zweifel an wirksamen Möglichkeiten der Einflussnahme vermutet werden (Abb. 5).

Trotz der hohen Anzahl an Befürwortern von Volksabstimmungen auf Bundesebene ergibt sich im Hinblick auf die Teilnahme bei Volksabstimmungen eine erhebliche Zurückhaltung. Nimmt man die in der Grundlagenuntersuchung geäußerten Teilnahmeabsichten der Befragten ernst, so ist davon auszugehen, dass höchstens drei von zehn Wählern in Bayern bereit sind, grundsätzlich an allen Volksabstimmungen bzw. Volksentscheiden teilzunehmen. Fast alle anderen wollen sich nicht regelmäßig, sondern nur an einigen Volksabstimmungen und Volksentscheiden beteiligen und dies jeweils vom Thema abhängig machen (Tab. 2).

Tabelle 2: Teilnahme an bundesweiten Volksentscheiden (Frage 7)

Würde bei Volksentscheiden...	Gesamt	Alter (Jahre)			Bildung		
		16-34	35-59	60+	Niedrig	Mittel	Hoch
... an allen teilnehmen	32	33	33	28	32	29	36
... nur an wenigen / abhängig vom Thema teilnehmen	62	61	61	65	62	64	57
... nie bzw. so gut wie gar nicht teilnehmen	2	2	2	2	2	2	4

Differenz zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe

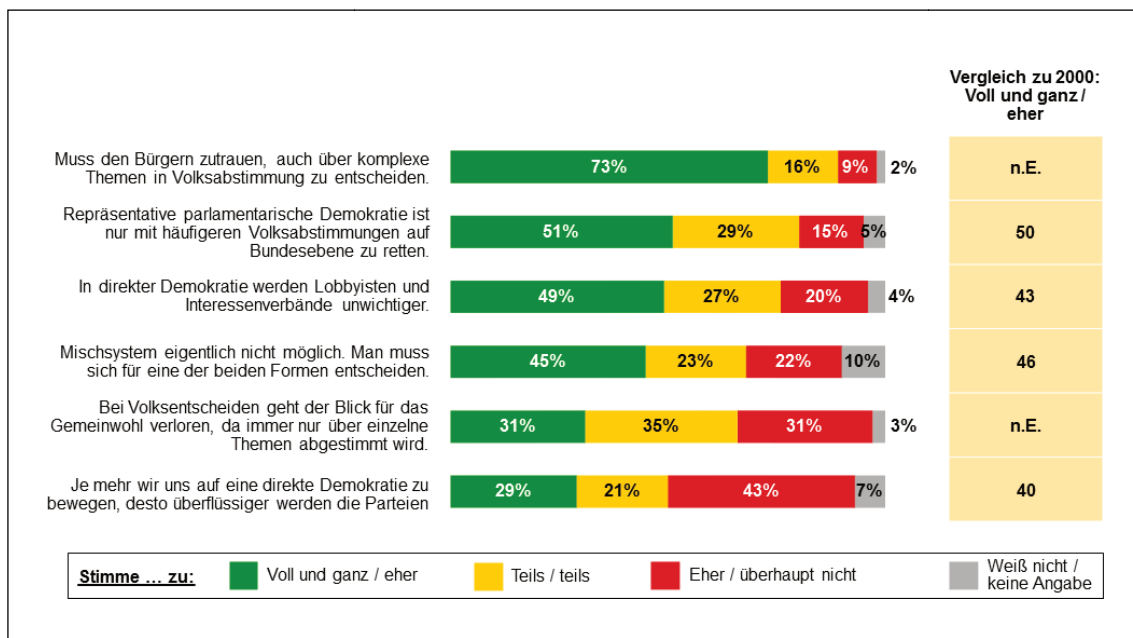
Differenziert man die Teilnahmeabsichten bei Volksabstimmungen und Volksentscheiden nach der Bundestagswahlabsicht, so zeigt sich, dass sich einzig die Wähler der Grünen signifikant von den anderen Wählergruppen abheben, indem sie überdurchschnittlich oft ihre Bereitschaft bekunden, an allen Volksabstimmungen teilzunehmen (Tab. II im Anhang).

Angesichts der gestiegenen Akzeptanz und der zumindest anlass- bzw. themenbezogenen höheren Teilnahmebereitschaft bei Volksabstimmungen sind die Erwartungen in der Bevölkerung zur Entwicklung unseres politischen Systems in der Bundesrepublik von besonderem Interesse. Um diese zu ermitteln, wurden den Befragten insgesamt sechs Aussagen über die von ihnen vermutete mögliche Entwicklung des politischen Systems in der Bundesrepublik vorgelegt. Mit Hilfe einer verbalen Skala sollten die Befragten angeben, inwieweit aus ihrer Sicht die jeweilige Entwicklung als zutreffend anzusehen ist. Dabei ergibt sich ein alles in allem optimistisches, eher positives Bild zur Ergänzung des parlamentarischen Systems mit plebiszitären Elementen. Allerdings hält im Gegensatz zu diesem für plebiszitäre Elemente offenen Teil der Wählerschaft fast die Hälfte der Befragten ein Mischsystem eigentlich gar nicht für möglich (Abb. 6).

Die größte Zustimmung durch fast drei Viertel der Befragten erhält die Aussage, dass die Politik den Bürgern zutrauen müsse, auch über komplexe Sachverhalte und Themen abstimmen zu können (Abb. 6). Dieses grundsätzliche Zutrauen in die Urteilsfähigkeit der Bevölkerung fordern die Wähler mit Landtagswahlabsicht zugunsten der SPD (78 %), der Freien Wähler (77 %) und der sonstigen Parteien besonders häufig.

Immer noch durch eine absolute Mehrheit von 51 % wird die These vertreten, dass die parlamentarische Demokratie nur durch die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene zu retten sei (Abb. 6). Hier stimmen wiederum die Wähler der sonstigen Parteien (61 %) sowie der Grünen (60 %) besonders häufig zu. Einen verringerten Einfluss von Lobbyisten in der direkten Demokratie erwartet eine relative Mehrheit (Zustimmung: 49 %, Ablehnung: 20 %; Abb. 6).

Abbildung 6: Aussagen zur Entwicklung des politischen Systems (Frage 8)



Bemerkenswert ist allerdings, dass wie schon in der Untersuchung im Jahr 2000 (damals allerdings in der Gesamtbevölkerung) eine relative Mehrheit die Aussage unterstützt, dass ein Mischsystem zwischen direkter und parlamentarischer Demokratie eigentlich nicht möglich sei (Zustimmung: 45 %, Ablehnung: 22 %; Abb. 6). Die Zustimmung zu dieser Aussage deutet auf weiterhin bestehende grundsätzliche Vorbehalte gegen plebiszitäre Elemente oder Bedenken bezüglich der Funktionsfähigkeit eines Systems von gleichgestellten Elementen direkter und parlamentarischer Demokratie hin. Unentschieden sind die Bayern hingegen in der Frage, ob die Durchführung von Volksentscheiden, bei denen es immer nur um einzelne Themen gehen kann, den Blick für das große Ganze, das „Gemeinwohl“ verloren gehen lässt (Zustimmung und Ablehnung jeweils 31 %; Abb. 6).

Insgesamt durch eine überwiegende relative Mehrheit abgelehnt wird lediglich die Aussage, dass die Parteien innerhalb eines direktdemokratischen Systems zunehmend überflüssiger werden würden (Zustimmung: 29 %, Ablehnung: 43 %; Abb. 6).

Bei der Betrachtung der Ergebnisse nach Landtagswahlabsicht zeigt sich, dass auch innerhalb der Wählerschaften der einzelnen Parteien keine eindeutigen und in sich konsistenten Einstellungsmuster bestehen. Während die Wähler der CSU bei keiner der vorgelegten Aussagen überdurchschnittlich oft zustimmen, gehören vor allem die Wähler der SPD und der Freien Wähler, aber auch der Grünen überdurchschnittlich oft zu dem Personenkreis, der Volksabstimmungen befürwortet, gleichzeitig aber ein Mischsystem überdurchschnittlich oft als nicht praktikabel ansieht.

Bei einer Differenzierung nach dem Alter der Befragten zeigt sich ein relativ einheitliches Bild in der Bewertung der Notwendigkeiten und Konsequenzen von Volksabstimmungen. Einzig in der Frage nach der Notwendigkeit der Einführung von Plebisziten zur Rettung der parlamentarischen Demokratie und bei der Bewertung der Rolle der Parteien bei Einführung von Plebisziten unterscheidet sich die Gruppe der älteren Bayern signifikant vom Rest der Befragten: Sie halten die Einführung von Plebisziten auf Bundesebene etwas seltener für notwendig als die Gesamtbevölkerung (48 % gegenüber 51 % aller Bayern). Außerdem lehnt ein größerer Teil von ihnen die Aussage ab, dass die Parteien durch mehr Volksabstimmungen und -befragungen überflüssiger werden dürften (49 % gegenüber 43 % aller Bayern).

Im Vergleich zum Jahr 2000 ist das Meinungsbild bei der Sicht der zukünftigen Entwicklung des politischen Systems weitgehend stabil. Nennenswerte Veränderungen gibt es nur insofern, als dass bei Referenden und Plebisziten deutlich seltener ein Bedeutungsverlust der Parteiendemokratie erwartet wird („voll und ganz / eher“: -11 %). Zudem erwarten die Bayern mittlerweile häufiger einen verringerten Einfluss von Lobbyisten und Interessenverbänden, wenn Referenden und Volksentscheide durchgeführt werden („voll und ganz / eher“: +6 %; Abb. 6).

Alles in allem sind Referenden und Plebiszite, wohl auch wegen der Einführung von Volksabstimmungen und -entscheiden oder anderen Formen der direkten Demokratie in den Bundesländern, im Laufe der letzten Jahre ein wichtiges und überwiegend akzeptiertes Element der Demokratie in Deutschland geworden. Allerdings muss trotzdem davon ausgegangen werden, dass Teilnahmebereitschaft und tatsächliche Teilnahme bei einer Einführung direktdemokratischer Formen auch auf Bundesebene trotz der generellen Zustimmung zum Instrument nicht unbedingt hoch sein dürften: Das Auseinanderklaffen der Zustimmungswerte für Plebiszite und die bisherigen tatsächlichen Teilnahmequoten bei Abstimmungen auf Länder- und kommunaler Ebene lassen insgesamt eine gewisse Skepsis berechtigt erscheinen. Offenbar will man einerseits das Angebot bzw. die

Option auf direktdemokratische Teilhabe, andererseits aber die Freiheit, darüber zu entscheiden, ob man zum Beispiel im Fall persönlicher Betroffenheit durch ein Thema diese Option wahrnehmen will. Ob die daraus entstehenden möglichen Legitimitätsprobleme solcher Referenden ihre Einführung rechtfertigen, ist zumindest teilweise fraglich. Hinzu kommt, dass mindestens vier von zehn Wählern in Bayern eine Vermischung von Elementen der repräsentativen parlamentarischen und der direkten Demokratie für nicht praktikabel halten.

2.3 Wahlen und Wahlverhalten

Besonders in einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie ist das politische und gesellschaftliche Engagement der Bürger ein wichtiger Beitrag für die Verbindung von Gesellschaft und politischem System. Auf die besonders intensiven Formen politischer Partizipation durch Mitgliedschaft oder eine aktive Betätigung in einer Partei wird später in Verbindung mit der Zugehörigkeit zu Vereinen, Verbänden und Organisationen näher eingegangen (Kap. 2.5). In Verbindung mit den generellen Rahmenbedingungen für Partizipation und gesellschaftlichem Engagement werden an dieser Stelle jedoch zuerst einmal die Bedeutung von Wahlen und Abstimmungen, Haltungen zur sinkenden Wahlteilnahme sowie individuelle Einflussfaktoren im Hinblick auf eine mehr oder weniger regelmäßige Beteiligung an Wahlen untersucht.

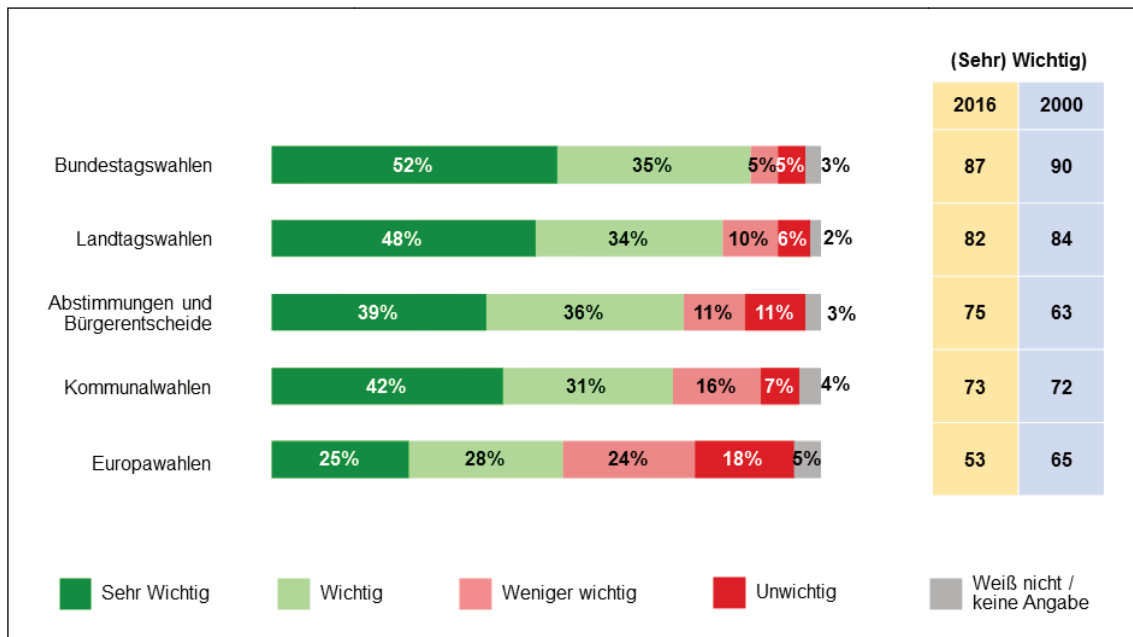
2.3.1 Relevanz von Wahlen und Abstimmungen

Um den Stellenwert von plebiszitären Formen der politischen Mitbestimmung und traditionellen Wahlen auf unterschiedlichen politischen Ebenen zu ermitteln, wurde in einer allgemeinen Bestandsaufnahme nach der Wichtigkeit verschiedener Wahlen sowie von Volksentscheiden und Volksabstimmungen gefragt.

Die Ergebnisse belegen eindrucksvoll, dass Bundestags- und Landtagswahlen (87 %, bzw. 82 %) für die Bürger in Bayern weiterhin die höchste Wichtigkeit besitzen. Dahinter folgen allerdings schon Abstimmungen und Volksentscheide (75 %), deren Bedeutung in den Augen der Bürger mittlerweile als höher wahrgenommen wird als jene von Kommunalwahlen (73 %). Für die Europawahlen fällt die Relevanzeinstufung in der Bevölkerung Bayerns dagegen mit Abstand am niedrigsten aus (53 %; Abb. 7).

Im Zeitvergleich mit den Ergebnissen aus dem Jahr 2000 wird deutlich erkennbar, dass die Wichtigkeitsstufungen für verschiedene Formen der Wahlen bei den Abstimmungen und Bürgerentscheiden deutlich zu- und bei der Europawahl deutlich abgenommen haben, während die Werte für die anderen Arten von Wahlen in etwa gleich geblieben sind.

Abbildung 7: Wichtigkeit von Wahlen (Frage 5)



Unter denjenigen, die Volksabstimmungen für wichtig halten, betrachtet man die Ergebnisse nach dem Alter der Befragten, ein etwas höherer Anteil an jüngeren Befragten unter 35 Jahren („sehr wichtig / wichtig“: 78 %). Sie sind mit der Durchführung von Abstimmungen und Volksentscheiden „aufgewachsen“ und begreifen sie deshalb als selbstverständlichen Teil des demokratischen Prozesses. Bei ihnen dürften außerdem die seit Gründung der Bundesrepublik lange vehement vorgebrachten Argumente gegen Plebiszite, wie zum Beispiel eine damit einhergehende Öffnung des politischen Systems für populistische Kräfte, vergleichsweise seltener Akzeptanz finden.

Analysiert man die Relevanzeinstufungen für verschiedene Formen von Wahlen und Volksentscheiden nach der Landtagswahlabsicht, so wird deutlich, dass Volksentscheide und Volksabstimmungen bei den Anhängern der Grünen (78 %) und den Wählern der sonstigen Parteien (85 %) überdurchschnittlich oft als „(sehr) wichtig“ bezeichnet werden. Eine untergeordnete Rolle spielen sie hingegen am ehesten für die Wähler der SPD (69 %) sowie der eigentlich häufig für mehr Plebiszite eintretenden AfD (69 %) und der FDP (64 %). Das Ergebnis für die Wähler der FDP kann aufgrund der Befragtenzahl von unter 50 allerdings nicht als zuverlässig eingestuft werden. Dennoch muss es als Tendenz berücksichtigt werden.

Im Vergleich zum Jahr 2000 steigt damit insbesondere die Relevanz von Abstimmungen und Bürgerentscheiden („sehr wichtig / wichtig“: +12 %), die im Jahr 2000 noch als unwichtigstes Instrument wahrgenommen wurden. Diese Steigerung dürfte auch mit der Vielzahl von aufsehenerregenden Volksabstimmungen auf kommunaler und Länderebene

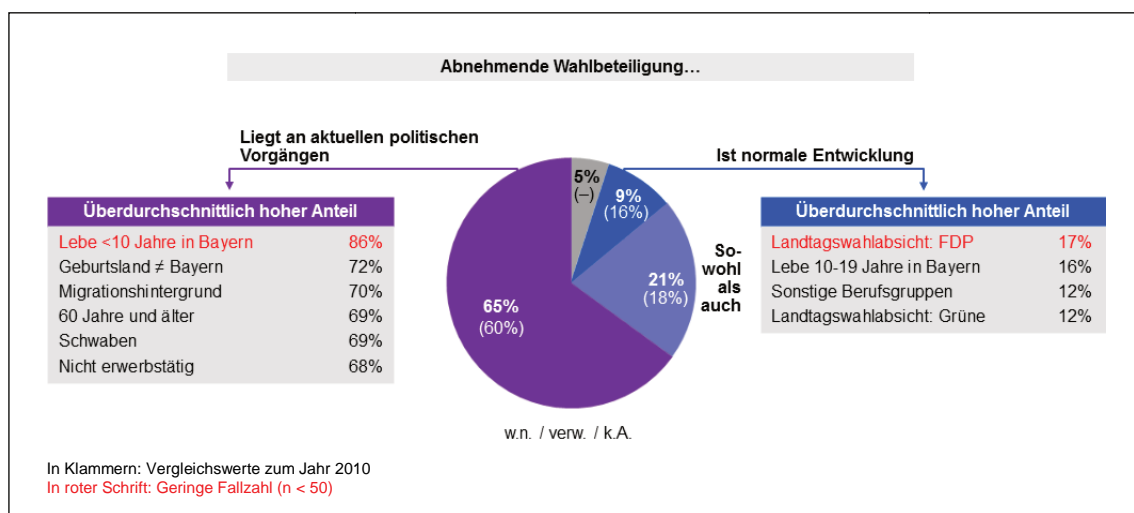
wie z. B. Stuttgart 21 in Baden-Württemberg oder den Olympischen Spielen in München und Garmisch-Partenkirchen oder Hamburg in Zusammenhang stehen. Einen deutlichen Bedeutungsverlust kann man dagegen bei der Wichtigkeit von Europawahlen ausmachen („sehr wichtig / wichtig“: -12 %) – eine Veränderung, die auch einen fortschreitenden Legitimitätsverlust der EU im Zuge der Krisen der letzten Jahre, insbesondere aber in Verbindung mit dem Flüchtlingsthema, andeutet.

Alles in allem zeigt sich bei der Abfrage der Wichtigkeit von Wahlen und Abstimmungen die weiter überragende Wichtigkeit von Bundes- und Landtagswahlen, offenbar weil es hier ganz eindeutig um die Verteilung von Regierungsmacht für eine Legislaturperiode geht. Plebiszite scheinen, wohl durch ihre Etablierung unter den Instrumenten der politischen Willensbildung auf Kommunal- und Landesebene, mittlerweile einen festen Platz zu haben. Sie sind den Bayern inzwischen ebenso wichtig wie Kommunalwahlen. Dagegen setzt sich die Legitimitätskrise der EU auch in der Wahrnehmung der vergleichsweise geringsten Bedeutung von Wahlen zum Europäischen Parlament fort.

2.3.2 Wahlteilnahme und eigenes Wahlverhalten

Die insgesamt in den letzten Jahren und Jahrzehnten stetig abnehmende Wahlbeteiligung wird durch knapp zwei Drittel der Bayern als direkte Folge von aktuellen politischen Vorgängen und Anzeichen von Frustration mit der Politik gewertet. Nur knapp jeder Zehnte sieht dagegen in der sinkenden Wahlbeteiligung ein normales Zeichen einer zwischenzeitlichen Ermüdung innerhalb eines ansonsten stabilen politischen Systems. Gut jeder Fünfte vertritt hingegen die Einschätzung, dass sich die rückläufigen Wählerzahlen sowohl auf aktuelle politische Vorgänge zurückführen lassen als auch Teil einer normalen Entwicklung nach 70 Jahren Demokratie sind (Abb. 8).

Abbildung 8: Bewertung der abnehmenden Wahlbeteiligung (Frage 10)



Bei Betrachtung des Antwortverhaltens nach soziodemographischen Aspekten zeigt sich, dass Befragte mit Geburtsland außerhalb Bayerns (72 %), Befragte mit Migrationshintergrund (70 %) und über 60-Jährige (69 %) sowie Schwaben (69 %) und nicht Erwerbstätige (68 %) überdurchschnittlich häufig ausschließlich in der aktuellen Politik den wichtigsten Grund für die sinkende Wahlbeteiligung sehen. Insbesondere bei nicht Erwerbstätigen, aber teilweise auch bei Befragten mit Migrationshintergrund könnte diese Einstellung ein Warnsignal für ein Gefühl der Entkopplung von politischen Prozessen bzw. der Politik insgesamt sein. Auch Befragte, die weniger als 10 Jahre in Bayern leben, machen überdurchschnittlich oft aktuelle politische Vorgänge für die sinkende Wahlbeteiligung verantwortlich (86 %). Aufgrund der geringen Fallzahlen in dieser Befragtengruppe kann dieses Ergebnis jedoch allenfalls als Tendenz gewertet werden (Abb. 8).

Befragte, die seit 10 bis 19 Jahren in Bayern leben (16 %), Führungskräfte und Selbständige (12 %) sowie die Anhänger der Grünen (12 %) werten die zunehmende Wahlmüdigkeit dagegen etwas häufiger als normale Entwicklung. Sogar noch deutlicher sehen dies Wähler mit einer FDP-Landtagswahlabsicht so (17 % bei allerdings geringer Fallzahl; Abb. 8).

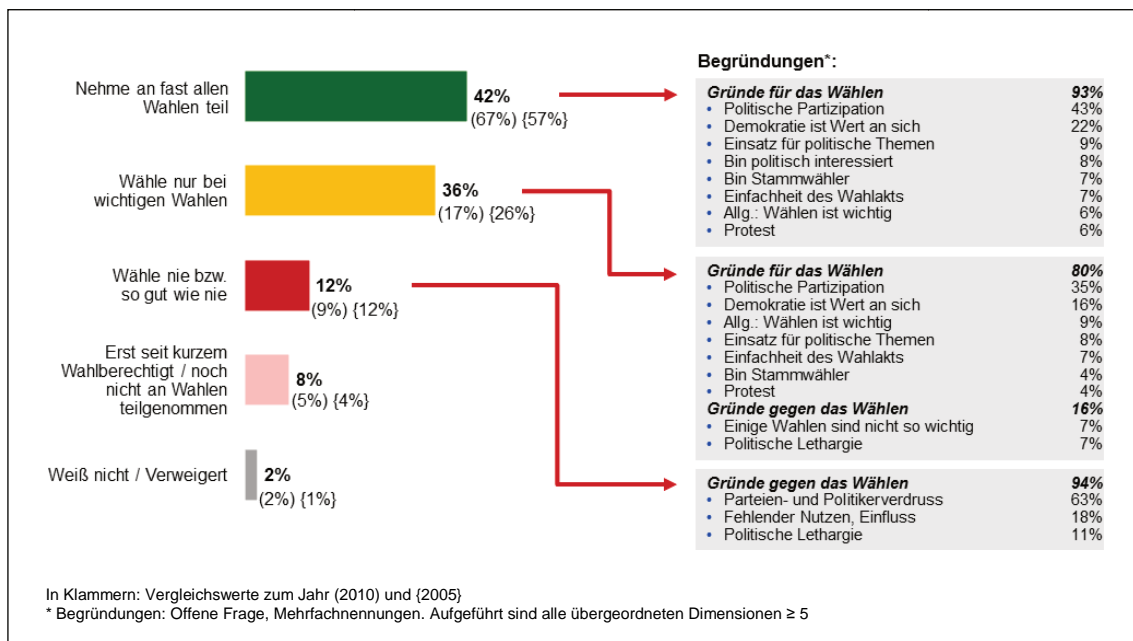
Vergleicht man diese Ergebnisse mit dem Jahr 2010, so zeigt sich, dass der Anteil derer, die den Ärger über aktuelle politische Verhältnisse als ursächlich für die schwächer werdende Wahlbeteiligung ansehen, noch weiter gestiegen ist (+5 %). Deutlich mehr Befragte sahen im Jahr 2010 dagegen eine langfristige, normale Entwicklung in den sinkenden Wählerzahlen (−7 %). Offensichtlich bestätigen sich die Tendenzen und Entwicklungen aus der Vorgängeruntersuchung also nicht nur, sondern sie verstärken sich sogar noch weiter: Schon damals stieg der Anteil derer, die aktuelle Entwicklungen und politisches Handeln als ursächlich ansahen, gegenüber der Erhebung im Jahr 2000 deutlich an, während die Anteile derer, die die Entwicklung als normal bewerten, absank (Abb. II im Anhang).

Zu ihrem eigenen langfristigen Wahlverhalten befragt, stuft sich der größte Teil der Bayern selbst als regelmäßiger Wähler ein, der an allen oder zumindest fast allen Wahlen teilnimmt (42 %). Gut ein Drittel gibt dagegen an, lediglich an als wichtig empfundenen Wahlen teilzunehmen. Nur gut jeder Zehnte, und damit ein gemessen an den tatsächlichen Teilnahmequoten bei Wahlen auf allen Ebenen geringer Anteil, stuft sich selbst hingegen als notorischer Nichtwähler ein, der nie bzw. so gut wie nie wählen geht (Abb. 9).

Im Vergleich zu den Vorgängerbefragungen ist der Wert für eine regelmäßige Teilnahme an den meisten Wahlen drastisch abgesunken (−25 % gegenüber 2010). Dies muss allerdings nicht unbedingt als Signal für eine Abkehr der Bayern von der Politik gewertet werden. Im Jahr 2010 waren die Werte im Vergleich zur den tatsächlichen Wahlteilnahmequoten noch stärker überhöht. Aufgrund der relativ geringen Veränderungen beim

Anteil der notorischen Nichtwähler (+3 %) dürfen die Gründe für das veränderte Wahlverhalten nicht unbedingt nur in einer stärkeren Politikverdrossenheit gesucht werden (Abb. 9). Eher scheint eine qualitative Verschiebung im Wahlverhalten hin zu einer gezielteren Auswahl der Wahlen, an denen man teilnimmt, stattzufinden. Somit muss innerhalb des Lagers der Nichtwähler zwischen notorischen Nichtwählern mit großer Distanz zur Politik und temporären Nichtwählern unterschieden werden, für die Nichtwahl entweder eine Durchgangsstation auf dem Weg zu einer anderen Partei bedeutet oder mangels Relevanz der gerade anstehenden Wahl praktiziert wird. Diese Einstellungsveränderung innerhalb der bayerischen Bevölkerung, bei der Wahlteilnahme verstärkt nur bei subjektiver Relevanz und Betroffenheit praktiziert wird, dürfte zweifelsohne ihre Konsequenzen bei zukünftigen Wahlbeteiligungsquoten haben. Allerdings wäre ein verstärktes direktes Abwandern der betroffenen Gruppen in das Lager der absoluten Nichtwähler als deutlich problematischer einzustufen. Dieses ist jedoch im Zeitreihenvergleich nicht feststellbar.

Abbildung 9: Eigenes Wahlverhalten (Fragen 11, 12)



Eine Teilnahme an fast allen Wahlen ist vor allem in der Altersgruppe der ab 60-Jährigen die Norm (51 %, „nur bei wichtigen Wahlen“: 37 %), während sie in der mittleren Altersgruppe schon seltener wird (46 %, „nur bei wichtigen Wahlen“: 39 %). In der jüngsten Altersgruppe ist die regelmäßige Teilnahme bei fast allen Wahlen dagegen sogar seltener als die Wahl nur bei wichtigen Wahlen (27 % zu 29 %). Die relative Häufigkeit für beide Selbsteinstufungen sinkt hier natürlich vor allem aufgrund der großen Zahl derer, die noch nie an Wahlen teilgenommen haben (30 %). Der Anteil der dauerhaften Nichtwähler und derer, die selten wählen, ist dagegen in allen Gruppen gleich groß (12 %; Tab. III im Anhang).

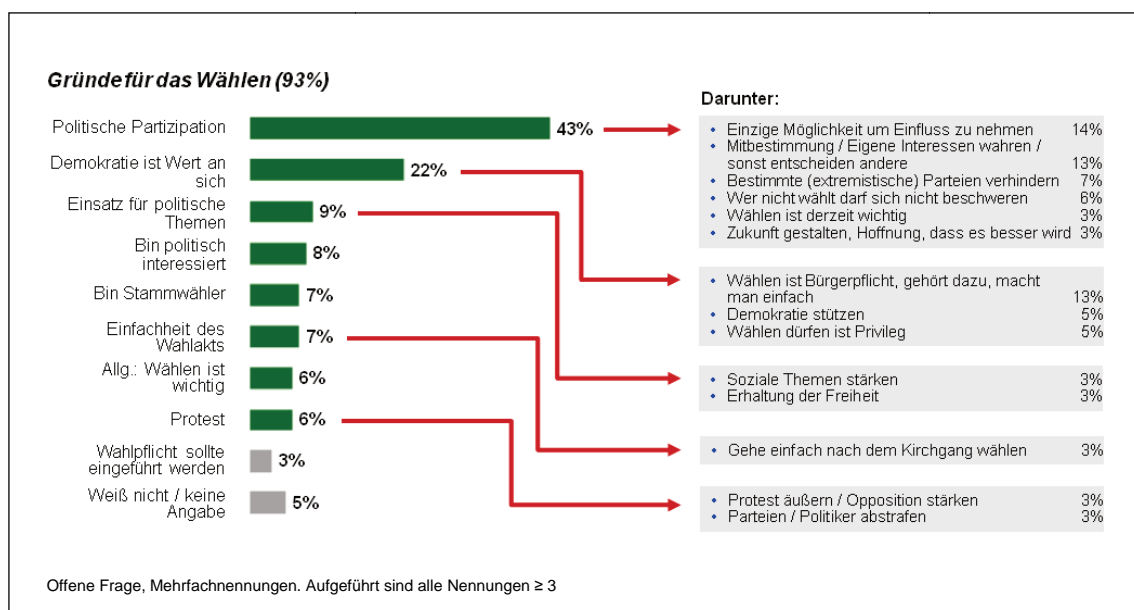
Eindeutige Tendenzen zeigen sich bei einer Betrachtung nach der Landtagswahlabsicht in Form der „Wahlnorm“: Hier sind es klassischerweise die Wähler der bürgerlichen Parteien CSU (55 %) und FDP (69 % bei allerdings geringer Fallzahl), die von ihrer Teilnahme an „allen oder fast allen“ Wahlen berichten.

Es zeigt sich bei dieser Frage außerdem, dass auch viele Nichtwähler bzw. Befragte ohne konkrete Wahlentscheidung bei der Landtagswahlabsicht (33 %) angeben, eigentlich an (fast) jeder Wahl teilzunehmen. Dieser scheinbare Widerspruch ist hier und da sicher aufgrund von sozialer Erwünschtheit der Wahlteilnahme zu erklären, derentwegen sich auch Nichtwähler als regelmäßige Wähler einstufen. Der überwiegende Teil der Nichtwähler der Umfrage, der gleichzeitig angibt, an (fast) jeder Wahl teilzunehmen, dürfte sich vor allem aber aus solchen Wählern zusammensetzen, die dem eben geschilderten, von der Motivlage her relativ heterogenen Lager der temporären Nichtwähler zuzurechnen sind.

Bei den Begründungen für ihre Teilnahme an (fast) allen Wahlen nennen die Befragten vor allem die Möglichkeit zur politischen Partizipation (43 %; Abb. 9 / 10), wobei hier vor allem argumentiert wird, dass eine Wahl die einzige Möglichkeit zur politischen Teilhabe ist (14 %) und dass das Wählen vorrangig eigenen Interessen und deren Durchsetzung durch die Politik dient (13 %). Das Verhindern des Erfolgs von bestimmten, oftmals extremistischen Parteien (7 %) und die Auffassung, dass jeder, der nicht wählt, „sich auch nicht beschweren“ dürfe (6 %), spielen beim Aspekt der politischen Partizipation ebenfalls eine Rolle (Abb. 10).

Abbildung 10: Begründungen für Teilnahme an (fast) allen Wahlen (Frage 12)

Basis: Nehme an (fast) allen Wahlen teil; n = 570



Gut jeder Fünfte begründet seine Wahl mit dem Wert der Demokratie „an sich“ (Abb. 9 / 11). Neben der Auffassung, dass Wählen Bürgerpflicht ist (13 %), sind ebenfalls viele Befragte davon überzeugt, durch die Wahl die Demokratie an sich zu stützen und dass Wählen zu dürfen ein Privileg ist (jeweils 5 %; Abb. 10).

Knapp jeder Zehnte will sich mit seiner Wahl für die Durchsetzung von bestimmten politischen Themen stark machen (Abb. 9 / 10). Hier wird eine ganze Reihe unterschiedlicher Bereiche angeführt, von denen am ehesten soziale Themen und die „Erhaltung der Freiheit“ hervorstechen (jeweils 3 %). Allgemeines politisches Interesse (8 %), das Wählen aufgrund einer Parteineigung bzw. der Tatsache, Stammwähler einer Partei zu sein, und der grundsätzlich geringe Aufwand, wählen zu gehen, werden ebenfalls von einer Reihe Befragter thematisiert (jeweils 7 %). Die unspezifische Begründung „wählen ist wichtig“ sowie das Ziel, durch die Wahl Protest zu äußern, werden fast ebenso häufig genannt (jeweils 6 %). Ein geringer Teil betont die Wichtigkeit von Wahlen an dieser Stelle durch die Forderung nach einer Wahlpflicht (Abb. 9 / 10).

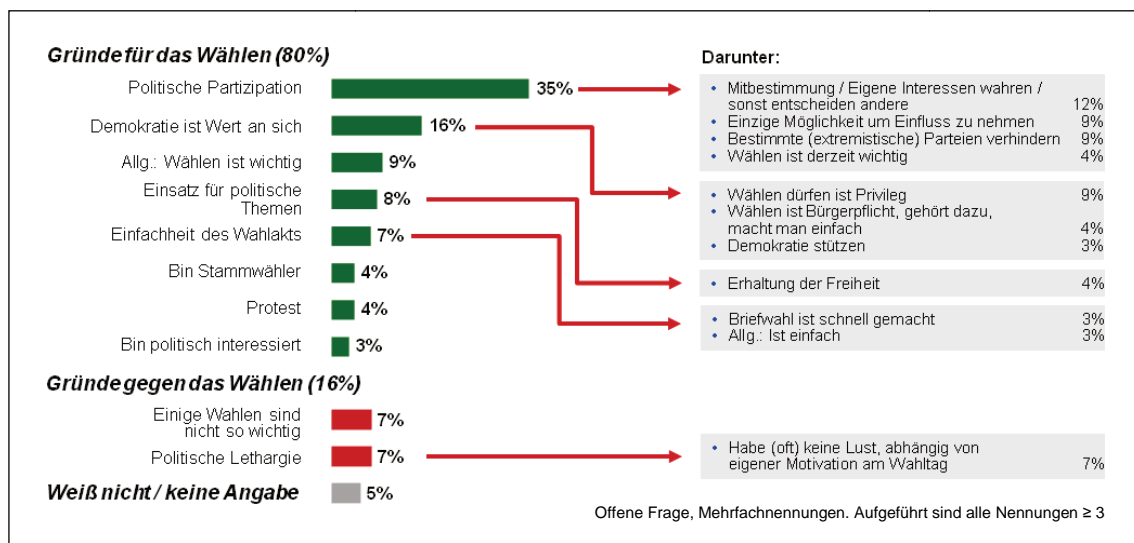
Auch die Bayern, die nur an solchen Wahlen teilnehmen, die sie selbst als „wichtig“ empfinden, nennen überwiegend Gründe, die für die Teilnahme an Wahlen sprechen (80 %). Auch hier werden vor allem Argumente in Verbindung mit der Möglichkeit zur Partizipation aufgegriffen (35 %). Wie auch in der Gruppe derer, die an (fast) allen Wahlen teilnehmen, wird dabei meistens mit der Vertretung der eigenen Interessen, der Tatsache, durch die Wahl am ehesten Einfluss auf die Politik nehmen zu können, sowie der Möglichkeit, den Wahlerfolg von bestimmten Parteien zu verhindern, argumentiert. Mit den Parteien, deren Wahlerfolg es zu verhindern gilt, sind in der Regel extremistische Parteien gemeint (Abb. 11).

An zweiter Stelle der übergeordneten Gründe für die Teilnahme an Wahlen steht auch bei dieser Befragtengruppe der Wert der Demokratie „an sich“ (16 %), wobei sie vor allem das Privileg, überhaupt wählen zu dürfen, in den Vordergrund stellen. Des Weiteren werden in dieser Gruppe auch die allgemeine Aussage, Wahlen seien wichtig (9 %), die Wahl als Gelegenheit zur Meinungsäußerung bei bestimmten Themen (8 %) sowie die Einfachheit des Wahlakts (7 %) häufiger angeführt. Die Möglichkeit der Protestwahl, die Wahl aufgrund einer langfristigen Parteineigung (Stammwählerschaft) oder das eigene politische Interesse (jeweils 3 % bis 4 %) werden hingegen eher selten genannt (Abb. 11).

16 % der Befragten, die nur an wichtigen Wahlen teilnehmen, nennen auch Gründe, nicht wählen zu gehen. Dabei stechen vor allem die Aussage, dass einige Wahlen weniger wichtig seien als andere, und eine Reihe von Begründungen, die sich unter dem Oberbegriff politische Lethargie zusammenfassen lassen (jeweils 7 %), hervor. Diese politische Lethargie äußert sich meistens in der Beschreibung von nicht vorhandener Motivation am Wahltag, den Gang zum Wahllokal auch tatsächlich anzutreten (Abb. 11).

Abbildung 11: Begründungen für Wahlteilnahme bei wichtigen Wahlen (Frage 12)

Basis: Nehme nur an wichtigen Wahlen teil; n = 501



Von den Befragten, die gar nicht oder zumindest nur sehr selten wählen, wird dies weit überwiegend mit Argumenten untermauert, die auf Parteien- und Politikerverdruss schließen lassen (63 %). Dabei fühlt sich gut jeder Vierte aus dieser Gruppe selbst durch die Politik nicht vertreten. Mehr als jeder Zehnte argumentiert ähnlich, indem er das Gefühl hat, dass die „kleinen Leute“ insgesamt durch die Politik nicht vertreten würden. Ebenfalls gut jeder Vierte ist der Meinung, dass Politiker, Parteien und Regierungen ohnehin nur die Unwahrheit erzählen. Noch fast jeder Fünfte sieht hingegen in der Wahlteilnahme schlicht keinen unmittelbaren oder mittelbaren Nutzen für sich selbst oder glaubt, mit seiner Stimme keinen Einfluss zu haben. Gut jeder Zehnte kann dagegen als politisch lethargisch eingeordnet werden. Dies kann einerseits an mangelndem politischem Interesse liegen. Andererseits vertreten diese Befragten teils auch die Auffassung, wählen gehen lohne sich nicht, weil die Ergebnisse ohnehin frühzeitig absehbar seien (Abb. 12).

In der politikwissenschaftlichen Forschung ist die Erkenntnis eines raschen sozialen und gesellschaftlichen Wandels und das daraus resultierende Einsetzen erheblicher Veränderungen im Wahlverhalten unumstritten. Früher existierende Zusammenhänge zwischen sozialstruktureller Lage und der Prädisposition für eine bestimmte politische Partei wurden in den letzten Jahrzehnten erheblich geschwächt oder gar völlig aufgelöst. Die Folge der gesunkenen Parteibindungen war eine starke Schrumpfung der Stammwählerpotenziale der einzelnen Parteien.

Bei den Selbsteinstufungen im Hinblick auf den Wählertypus zeigen sich im Zeitverlauf seit 2005 dennoch nur geringe Schwankungen zwischen den Anteilen für die Kategorie „typischer Stammwähler“ und der Einstufung als „typischer Wechselwähler“. Während sich seit Jahren knapp zwei Drittel als Stammwähler bezeichnen, sieht sich knapp ein Drittel als Wechselwähler (Abb. 13). Allerdings dürften auch in der neuesten Umfrage

die Anteile derjenigen, die sich als typische Stammwähler einer Partei ansehen, mit durchschnittlich 60 % immer noch deutlich überhöht sein. Dies hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass die Befragten in der Selbsteinstufung den Begriff Stammwähler weniger eng als die Wahlforschung definieren und sich bereits dann als Stammwähler einer Partei bezeichnen, wenn sie diese zwei- oder mehrmals hintereinander, eventuell auch in einem kurzen Zeitraum und zugleich bei Wahlen auf verschiedenen politischen Ebenen gewählt haben. Aufgrund des Rückgangs der regelmäßigen Wähler zu Gunsten der Gruppe anlassbezogener Wahlteilnehmer ist zudem auch noch der Typ des so genannten temporären Stammwählers zu berücksichtigen, der Nichtwahl nicht als Widerspruch zu seiner Selbsteinstufung als Stammwähler versteht, weil er im Falle einer insgesamt eher unregelmäßigen Wahlteilnahme immer dieselbe Partei wählt.

Abbildung 12: Begründungen für Nichtwahl und sehr seltene Wahl (Frage 12)

Basis: Wähle nie bzw. so gut wie nie; n = 187

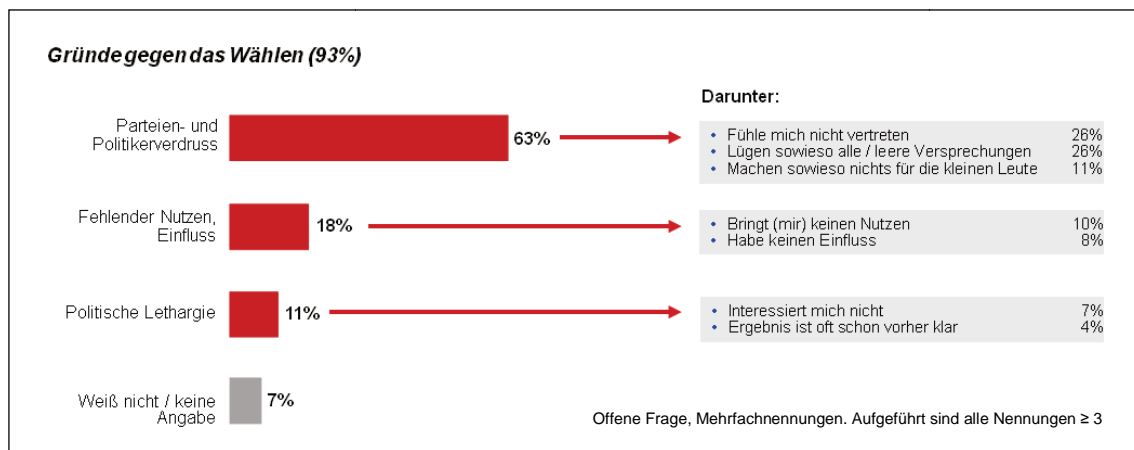
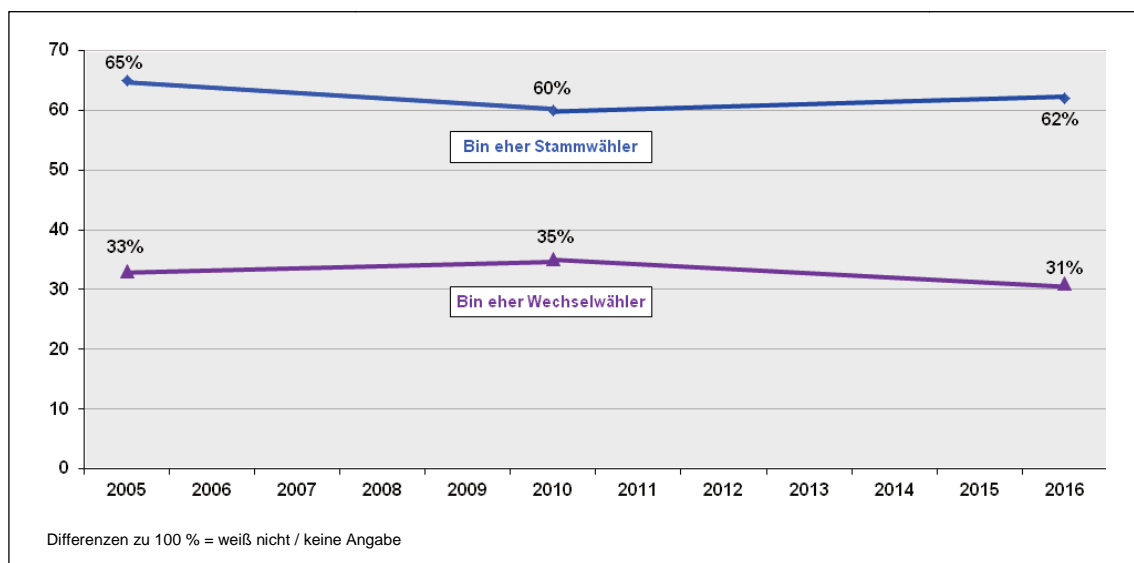


Abbildung 13: Selbsteinstufung Wählertypus im Zeitverlauf (Frage 13)



Bei der Betrachtung der Einschätzung zum Wahlverhalten nach Parteien (Landtagswahlabsicht) zeigt sich, dass sich vor allem die Wähler der CSU (80 %), in geringerem Maße aber auch der SPD (68 %) und der Grünen (66 %) im Selbstbild häufiger als Stammwähler einordnen. Die Wähler der Freien Wähler sehen sich dagegen zwar noch überwiegend, aber doch unterdurchschnittlich häufig als Stammwähler (55 %). Überwiegend als Wechselwähler bezeichnen sich hingegen die Wähler der erst 2013 gegründeten AfD (55 %) und der sonstigen Parteien (53 %; Tab. IV im Anhang).

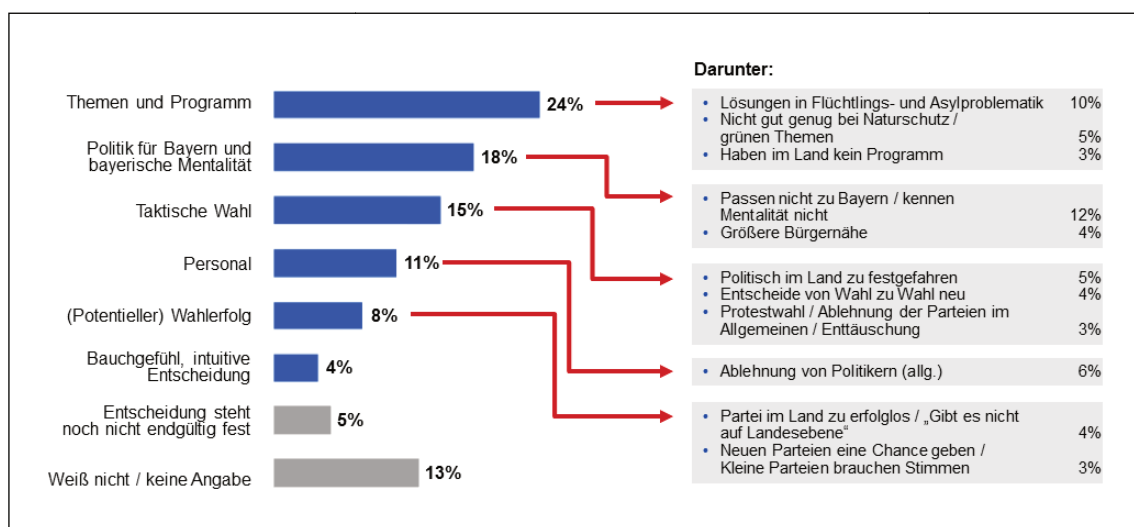
Sofern Befragte bei der Bundes- und Landtagswahlabsicht unterschiedliche Angaben machten, wurden diese nach ihren Gründen für ihre unterschiedliche Wahlentscheidung gefragt.

Unter den Wählern bei einer Bundestagswahl, die bei einer Landtagswahl eine andere Partei wählen würden, begründet ein knappes Viertel dies mit der Parteiprogrammatik und unterschiedlicher Themenbehandlung in Land und Bund. Zentrale Kritikpunkte sind dabei das Thema Flüchtlingskrise (10 %), mangelnde Kompetenz bei Umweltthemen (5 %) sowie das Gefühl, dass die im Bund gewählte Partei im Land keine eindeutige Programmatik aufweist (3 %; Abb. 14). Besonders die Einstellungen zur Flüchtlingskrise werden dabei von allen Wählern der im Bund wählbaren Parteien für diese Parteien kritisiert, weswegen diese Wähler sich im Land ausschließlich für die CSU oder die AfD entscheiden.

Abbildung 14:

Begründungen für die Wahl einer anderen Partei auf Landesebene (Frage 9 c)

Basis: Unterschiedliche Wahlabsichten Bundestagswahl / Landtagswahl, bei Bundestagswahl Partei genannt; n = 243



Der zweithäufigste Kritikpunkt an den jeweiligen im Bund gewählten Parteien betrifft deren Bezug zu Bayern. Denn 18 % derer, die in Land und Bund unterschiedlich wählen, begründen damit ihre unterschiedliche Wahl. Neben dem Eindruck, dass die im Bund

gewählte Partei nicht zu Bayern passt (12 %), haben auch einige das Gefühl, dass die im Land gewählte Partei eine höhere Bürgernähe aufweist. Insgesamt wird der Landesbezug bzw. eine stärkere bayerische Identität besonders häufig von Wählern angeführt, die sich im Land für die CSU entscheiden (43 % der CSU-Wähler auf Landes-, aber nicht auf Bundesebene). Umgekehrt kommen diese Wähler von verschiedenen im Bund wählbaren Parteien. Offenbar kann die CSU diese Wähler nicht von ihrem Anspruch als alleinige bzw. bestmögliche Option für eine Vertretung Bayerns in Berlin überzeugen (Abb. 14).

Ein mit 15 % immer noch verhältnismäßig großer Anteil begründet die unterschiedliche Wahlentscheidung mit taktischen Erwägungen. Dabei spielt einerseits der Eindruck eine Rolle, dass die eigentlich bevorzugte Partei mit ihrer Politik im Land momentan zu „festgefahren“ sei. Andererseits werden auch Aspekte wie ein von Wahl zu Wahl unterschiedliches Taktieren oder eine Denkwahl als Gründe angeführt (Abb. 14). Diese taktischen Wähler finden sich häufig in den Reihen derer, die im Bund die CSU wählen (25 %).

Mit dem Parteipersonal begründet dagegen gut jeder Zehnte seine gegenüber seiner Bundestagswahlabsicht veränderte Wahlentscheidung. Ein Großteil führt hier eher allgemein die Ablehnung der Landespolitiker und keine Namen an. Für 8 % ist der (potenzielle) Wahlerfolg der im Bund gewählten Partei der Hauptgrund: Dabei spielt das Argument, dass die Partei auf Landesebene zu klein ist oder dort überhaupt nicht antritt (4 %), ebenso eine Rolle wie der Wille, im Land auch einmal einer kleineren oder neuen Partei „eine Chance zu geben“ (3 %; Abb. 14).

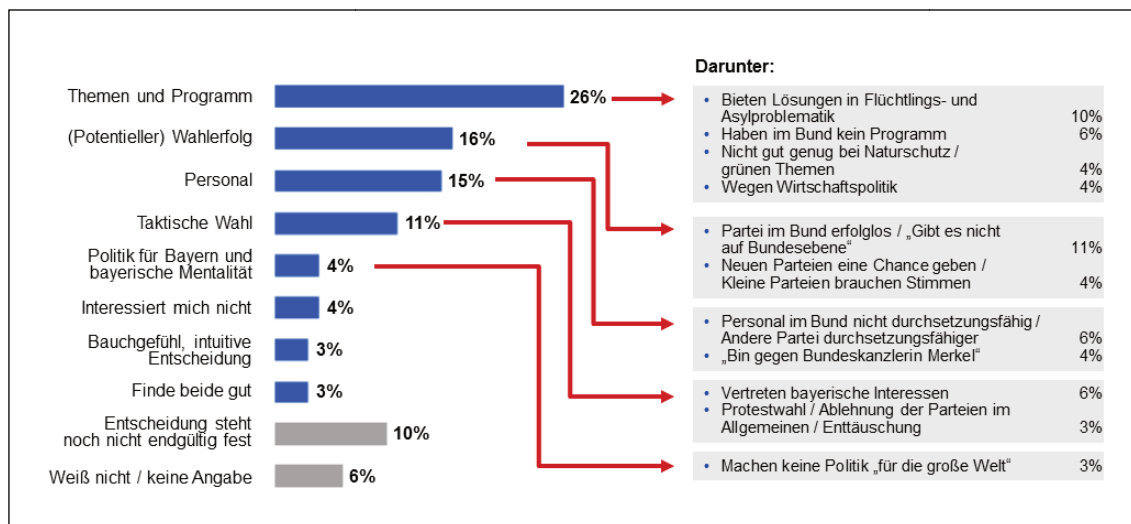
Ein weiterer, geringerer Teil der Befragten begründet seine Wahlentscheidung dagegen mit seinem Bauchgefühl (4 %). 5 % schränken auf Nachfrage ein, ihre Entscheidung stehe noch nicht endgültig fest. Immerhin 13 % können oder wollen sich gar nicht äußern (Abb. 14).

Auf die in Umkehrung dazu gestellte Frage, warum die im Land gewählte Partei nicht auch für eine Bundestagswahl infrage kommt, antworten diejenigen Befragten mit unterschiedlicher Wahlentscheidung in Land und Bund, die eine Wahlabsicht bei einer Landtagswahl angeben, häufig mit ähnlichen Begründungen. Auch hier sind Themen und Programm für den größten Anteil entscheidend (26 %). Ebenfalls spielt dabei die Flüchtlingskrise eine herausragende Rolle. Dies betrifft überdurchschnittlich häufig die Wähler, die bei Bundestagswahlen die AfD wählen, jedoch im Land eine andere Partei, oder aber gar nicht wählen würden. Eine eher untergeordnete Rolle spielen außerdem die Argumentationen, dass die im Land gewählte Partei im Bund kein (ausreichendes und eine Wahl rechtfertigendes) Programm habe (6 %), und die Ansicht, dass sie sich nicht genug beim Naturschutz einsetze bzw. ihr Programm in dieser Hinsicht mangelhaft sei. Ähnliches gilt auch für den Bereich der Wirtschaftspolitik (jeweils 4 %; Abb. 15).

Abbildung 15:

Begründungen für die Wahl einer anderen Partei auf Bundesebene (Frage 9 d)

Basis: Unterschiedliche Wahlabsichten Bundestagswahl / Landtagswahl, bei Landtagswahl Partei genannt; n = 321



Den potenziellen Wahlerfolg haben 16 % bei ihrer unterschiedlichen Entscheidung im Blick. Dies betrifft vor allem die Wähler mit FDP-Landtagswahl Absicht (49 %), der sonstigen Parteien (37 %) und der Freien Wähler (34 %). Insgesamt 11 % sind der Meinung, dass ihre auf Landesebene gewählte Partei im Bund schlicht nicht erfolgreich genug ist, um eine Wahl zu rechtfertigen. Weitere 4 % wollen im Bund auch kleineren Parteien „eine Chance geben“ (Abb. 15).

Das Parteipersonal wird von 15 % als Grund gegen eine einheitliche Wahlentscheidung in Land und Bund angegeben. Dabei werden besonders die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit des Bundespersonals (6 %) sowie der Unwille, eine Wahlentscheidung für Bundeskanzlerin Merkel abzugeben (4 %), vorgebracht (Abb. 15). Die Wahl gegen Merkel betrifft naturgemäß vor allem Wähler der CSU (11 %), aber auch einige Wähler mit FDP-Landtagswahl Absicht wollen die Bundeskanzlerin nicht indirekt durch ihre Stimme für den ehemaligen, langjährigen Koalitionspartner im Bund stützen (10 %).

Gut jeder Zehnte bezieht dagegen taktische Erwägungen ein, wobei die Vertretung der Interessen des Bundeslands Bayern eine wichtige Rolle einnimmt (6 %). Vorrangig entscheiden diese Wähler sich bei einer Bundestagswahl für die CSU (35 % der CSU-Wähler mit anderer Wahlentscheidung im Land). Weitere 3 % wollen durch die Wahl anderer Parteien ihren Protest gegen die Politik in Land oder Bund zum Ausdruck bringen (Abb. 15).

Jeweils eine eher untergeordnete Rolle spielen Begründungen mit Bezug auf Bayern (4 %), wobei hier zumeist auf eine „nicht für die weite Welt geeignete“ Politik abgestellt wird. Einige weitere begründen ihre Entscheidung mit einem grundsätzlichen Desinteres-

se an der Bundestagswahl (4 %), einer Wahl nach „Bauchgefühl“ (3 %) oder geben die Antwort, einfach beide Parteien (gleich) gut zu finden (3 %). Für jeden Zehnten steht die Wahlentscheidung sowieso noch nicht endgültig fest (10 %). Zudem können oder wollen sich 6 % nicht äußern (Abb. 15).

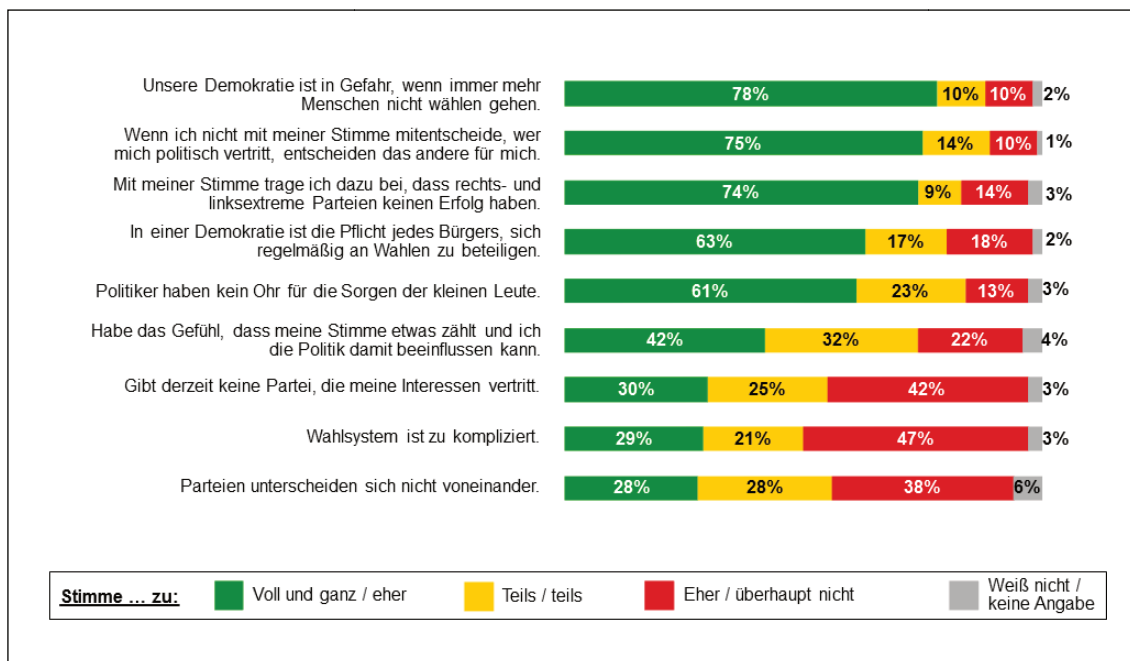
Befragt nach den Gründen und Begründungen, überhaupt an einer Wahl teilzunehmen, sieht ein Großteil der Bayern vor allem den Erhalt der Demokratie als besonders wichtig an. Fast vier von fünf Bayern stimmen der Aussage zu, dass die Demokratie in Gefahr gerät, wenn nicht mehr Menschen wählen gehen (Abb. 16). Besonders häufig folgen diesem Argument die Teilnehmer an (fast) allen Wahlen (87 %) und Angehörige sonstiger Berufsgruppen wie zum Beispiel Selbständige (84 %). Zudem finden sich unter denen, die dieser Aussage zustimmen, überproportional viele Befragte mit Migrationshintergrund und Befragte aus Schwaben (81 %). Dies ist zumindest insofern erstaunlich, als dass die Beteiligungsquoten von Menschen mit Migrationshintergrund oftmals unter denen der Gesamtbevölkerung liegen. Auch in Schwaben liegen die Beteiligungsquoten in der Regel zumindest nicht höher als im Bayerndurchschnitt. Bei vier der letzten fünf Bundestagswahlen war sie zum Beispiel sogar leicht unterdurchschnittlich.

Der Aussage, dass andere für einen entscheiden, wer einen politisch vertritt, wenn man nicht selbst zur Wahl geht, stimmen drei von vier Bayern zu (Abb. 16). Überdurchschnittlich oft finden sich hier erneut die Befragten, die an (fast) allen Wahlen teilnehmen (81 %). Außerdem stimmen Stammwähler (80 %) und Konfessionslose sowie Angehörige von Glaubensgemeinschaften außerhalb des katholischen oder evangelischen Christentums (79 %) besonders häufig zu. Gleiches gilt für die über 60-Jährigen und die Bewohner der Oberpfalz und Niederbayern (jeweils 78 %).

Mit der eigenen Stimme einen Beitrag dazu zu leisten, dass rechts- und linksextreme Parteien keinen Erfolg haben, ist ebenfalls knapp drei von vier Bayern wichtig (Abb. 16). Besonders häufig stimmen hier Schüler, Studenten (85 % bei allerdings geringer Fallzahl) und Arbeiter (79 %) zu. Auch Angehörige sonstiger Berufsgruppen, Befragte, die selbst noch nicht an Wahlen teilgenommen haben, sowie Stammwähler (jeweils 78 %) stimmen überproportional oft zu. Ebenfalls verhältnismäßig häufig finden sich außerhalb Bayerns geborene Befragte und Teilnehmer an „wichtigen Wahlen“ unter den Unterstützern dieser Auffassung (jeweils 77 %).

Eine demokratische Pflicht zur Wahlbeteiligung durch jeden Bürger sehen noch knapp zwei Drittel der Befragten (Abb. 16). Hier stimmen wiederum besonders die regelmäßigen Wähler und die Befragten, die bisher an keinen Wahlen teilgenommen haben, zu (jeweils 73 %). Außerdem finden sich unter den Befürwortern einer Wahlpflicht überdurchschnittlich viele Männer und Befragte aus der Region Oberpfalz / Niederbayern (67 %).

Abbildung 16: Aussagen in Verbindungen mit Wahlen (Frage 14)



Das Gefühl, dass die Politiker kein Ohr mehr für die Sorgen der kleinen Leute haben, teilen 61 % der Befragten (Abb. 16). Besonders häufig stimmen hier Bewohner Frankens, evangelische Befragte sowie Befragte aus entweder sehr kleinen oder sehr großen Ortschaften zu (unter 5.000 Einwohner bzw. über 100.000 Einwohner; jeweils 64 %). Offensichtlich funktioniert der direkte Zugang zu den Wählern für die Politik in kleineren bzw. eher mittelgroßen Städten besser.

Nur 42 % haben zudem das Gefühl, dass ihre Stimme etwas zählt und dass sie damit die Politik beeinflussen können (Abb. 16). Überdurchschnittlich positiv ist die Sicht hier bei den Teilnehmern an fast allen Wahlen (56 %), den Stammwählern (50 %) und evangelischen Befragten (46 %). Leicht überdurchschnittlich oft stimmen außerdem die Bewohner Frankens sowie die älteren Befragten über 60 Jahre zu (jeweils 45 %).

Fast ein Drittel der Bayern sieht allerdings im Parteienspektrum derzeit keine Partei, die ihre Interessen vertritt (Abb. 16). Besonders häufig finden sich hier erwartungsgemäß Befragte, die (so gut wie) nie wählen (45 %). Doch auch die Berufsgruppe der qualifizierten Angestellten, Facharbeiter und einfachen Beamten (34 %) sowie Wechselwähler und Befragte mit niedrigem Schulabschluss (jeweils 33 %) fühlen sich durch die Politik besonders oft nicht repräsentiert.

Ein zu kompliziertes Wahlsystem bemängeln außerdem 29 % der Bayern (Abb. 16). Besonders häufig finden sich hier Schüler und Studenten sowie erneut die Gruppe der

Nichtwähler und seltenen Wähler (jeweils 34 %). Zudem sind Befragte aus Franken und evangelische Befragte (33 %) überproportional häufig vertreten.

Der These, dass die Parteien sich nicht voneinander unterscheiden, stimmt gut ein Viertel der Befragten zu (Abb. 16). Am ehesten (gemessen an ihrer Zahl) äußern sich auch hier die Nichtwähler entsprechend (33 %). Etwas häufiger als der Durchschnitt der Bayern stimmen außerdem Befragte aus Schwaben, außerhalb Bayerns Geborene sowie Befragte mit Abitur dieser Aussage zu (jeweils 31 %).

Bei der Betrachtung der Aussagen nach Landtagswahlabsicht stimmen die Wähler fast aller Parteien bei den positiv zur Demokratie formulierten Statements besonders häufig zu. Einzige Ausnahmen sind hier die Wähler der AfD und teils auch die Anhänger der Freien Wähler. Besonders wenig Zustimmung erfahren positive Aussagen zur Demokratie außerdem bei Nichtwählern bei einer Landtagswahl (siehe Tab. V im Anhang).

Alles in allem muss die trotz der durch viele Bayern geäußerten hohen Wichtigkeit von Wahlen stetig gesunkene Wahlbeteiligung durchaus Anlass zur Sorge geben, zumal die Gründe hierfür verstärkt mit Ärger über aktuelle politische Vorgänge oder aus Bürgersicht „faule Kompromisse“ in Verbindung gebracht werden. Die normalen Ermüdungserscheinungen einer in die Jahre gekommenen repräsentativen parlamentarischen Demokratie werden stattdessen immer seltener als entscheidender Grund für den seltener praktizierten Urnengang angesehen.

Im Gegensatz zu den Untersuchungen 2005 und 2010 haben sich auch die vermeintlichen Widersprüche in der Selbsteinstufung des Wahlverhaltens aufgelöst. Stattdessen finden sich heute viel mehr Wähler als damals innerhalb der Gruppe derer, die nur bei bestimmten Wahlen, d. h. anlassbezogen wählen gehen. Allerdings ist durch das gleichzeitige Schrumpfen der Gruppe derer, die (fast) immer wählen, auch eine Veränderung des Wahlverhaltens innerhalb der bayerischen Wahlbevölkerung ableitbar. So scheint die jedes Mal neu aufgeworfene und in jedem Einzelfall getrennt entschiedene Frage einer Wahlteilnahme heute ein deutlich höheres Gewicht zu haben als noch vor knapp sechs Jahren, wo das Wählen aus Gewohnheit, unter anderem auch wegen Befolgung der Wahlnorm, deutlich häufiger praktiziert wurde.

Bei den Einstufungen als „typischer Stammwähler“ und „typischer Wechselwähler“ ergeben sich seit 2010 jedoch kaum Veränderungen. Die bereits in den vorherigen Untersuchungen beginnende Angleichung des Wahlverhaltens nach Altersgruppen setzt sich dagegen fort, insgesamt sind ältere Wähler nur noch im Hinblick auf das Wählen bei (fast allen) Wahlen eher zur Wahlteilnahme bereit als die jüngeren Altersgruppen. Allerdings reicht die grundsätzliche Wahlbereitschaft vor allem bei einer als unwichtig empfundenen Wahl insgesamt oft nicht mehr aus, den guten Vorsatz der Teilnahme am Wahlsonntag auch in die Tat umzusetzen.

Das Wählen wird zumeist mit der Notwendigkeit zur Partizipation und dem eigenen Beitrag an der im Regelfall positiv bewerteten Gesellschaftsform der Demokratie begründet. Nicht regelmäßige und Gelegenheitswähler haben zumeist ebenfalls eine deutlich positive Einstellung zum Wahlakt, sehen aber einige Wahlen als nicht wichtig genug an. Den bei einer unwichtigen Wahl relativ großen Aufwand, wählen zu gehen, wollen sie dann offenbar nicht auf sich nehmen. Bei den Nichtwählern gibt es neben dem Gefühl, durch die Politik nicht mehr vertreten zu werden, weitere, deutlich stärkere Entkopplungseffekte: Gerade die Wahrnehmung von politischer Ohnmacht und fehlende Anreize zum Wählen können Ausdruck einer langfristigeren, nicht nur zeitweisen Abwendung vom politischen System in Bayern bzw. der Bundesrepublik sein.

Sofern unterschiedliche Wahlentscheidungen in Bund und Land getroffen werden, fallen diese überwiegend aufgrund der unterschiedlichen inhaltlichen Ausrichtungen der Bundes- bzw. Landesparteien. Allerdings wird deutlich, dass auch unterschiedliche Einzelmotive miteinander verknüpft werden: So wird beispielsweise eine taktische Wahl durchaus auch mit inhaltlichen Aspekten begründet (zum Beispiel Protest gegen Regierungsentscheidungen). Gleiches gilt für das je nach Ebene teilweise schlechter oder wegen Haltungen zu speziellen Sachthemen besonders kritisch bewertete politische Personal: Ein aktuelles Beispiel ist in diesem Zusammenhang die Wahrnehmung der Bundeskanzlerin in Verbindung mit der Flüchtlingspolitik.

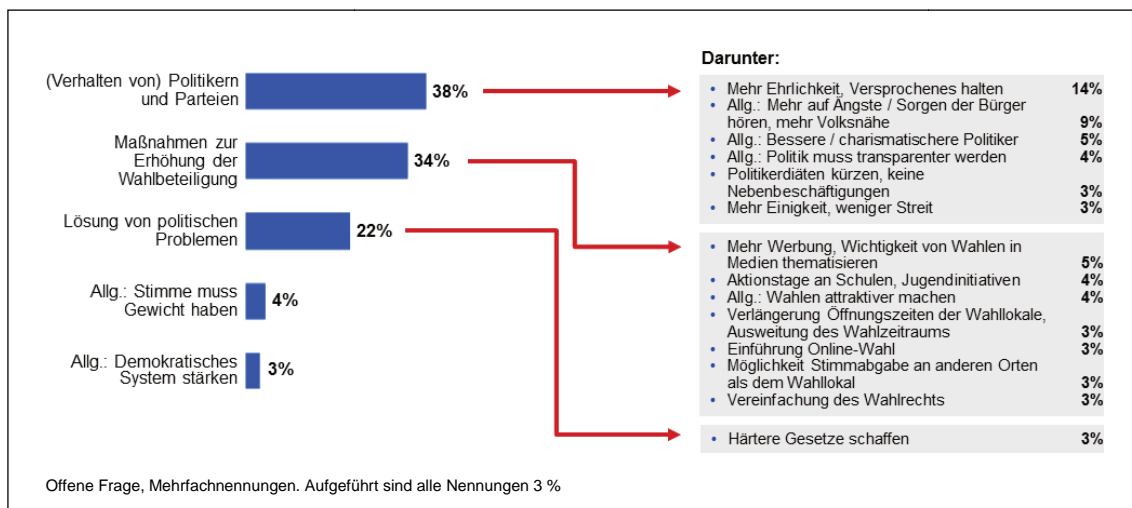
Insgesamt findet trotz aller wahrgenommenen Mängel die demokratisch verfasste Gesellschaftsform in Bayern und Deutschland weiterhin hohe Akzeptanz. Dazu gehört auch die Bejahung der Verantwortung des einzelnen Bürgers zum Erhalt der Demokratie in ihrer derzeitigen Form. Das Gefühl, durch die Wahl die Politik direkt beeinflussen zu können, hat dagegen nur eine Minderheit. Die direkte Vertretung der eigenen Meinung durch die Politik wird also eher nicht erwartet, wenngleich man als Wähler nach überwiegender Auffassung trotzdem durch seine Wahlentscheidung an der Willensbildung teilnehmen sollte. Handfeste Kritik an Parteien in grundsätzlicher Form und am Wahlsystem spielen im Gegensatz zur Kritik an einzelnen Akteuren und zur aktuell als schlecht empfundenen Performance der Politik bei wichtigen Themen nur eine untergeordnete Rolle.

2.3.3 Vorschläge zur Erhöhung der Wahlbeteiligung

Bereits seit Jahren lässt sich insbesondere auf Landes- und Kommunalebene eine stetig sinkende Wahlbeteiligung beobachten. Auch wenn umstritten ist, ob das repräsentative demokratische System durch eine sinkende Wahlbeteiligung automatisch an Akzeptanz verliert und ein Legitimitätsproblem entsteht, kann dieses Phänomen durchaus als Warnsignal gedeutet werden. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurden die Befragten deshalb zunächst offen gefragt, was die Politik aus ihrer Sicht tun kann, um die Wahlbeteiligung wieder zu erhöhen.

Mehr als ein Drittel der Bayern nennt keine konkreten Maßnahmen, sondern wünscht sich grundsätzlich ein anderes Verhalten von Politikern und Parteien. Allen voran fordern die Befragten von der Politik mehr Ehrlichkeit und das Einhalten von Versprechen (14 %). Auch das Eingehen auf Ängste und Sorgen der Bürger bzw. das Zeigen von Volksnähe wird in diesem Zusammenhang häufig genannt (9 %). Kritik äußern die Befragten auch am politischen Personal, fehlender Transparenz, zu hohen Politikerdiäten bzw. Nebenbeschäftigungen und zu viel Streit und Uneinigkeit zwischen den Parteien (Abb. 17). Insgesamt zeigt sich in diesen Nennungen eine Unzufriedenheit mit der Politik, der in der Praxis nur teilweise durch ein verändertes Politikerverhalten begegnet werden kann. Die beispielsweise formulierten Enttäuschungen über nicht eingehaltene (Wahl-)Versprechen, die sich infolge von Kompromissfindungen im demokratischen Prozess zwangsläufig ergeben, wird man auch künftig kaum verhindern können.

Abbildung 17: Maßnahmen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung (Frage 15)



Immerhin ein Drittel der Befragten nennt konkrete Maßnahmen, die aus ihrer Sicht dazu geeignet sind, die Wahlbeteiligung bei politischen Wahlen zu erhöhen. Dabei wird eine breite Palette von Vorschlägen unterbreitet. Ein eindeutiger Schwerpunkt lässt sich allerdings nicht erkennen. Noch am häufigsten schlagen die Befragten vor, die Wichtigkeit von Wahlen in den Medien stärker hervorzuheben oder beispielsweise durch Kampagnen „Werbung“ dafür zu betreiben. Auch Aktionstage an Schulen oder Initiativen für Jugendliche werden noch etwas häufiger genannt. Gleiches gilt für die allgemeine, unkonkrete Forderung nach „Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität von Wahlen“. Weitere Vorschläge, die jeweils aber nur durch wenige Bayern genannt werden, sind die Verlängerung der Öffnungszeiten der Wahllokale bzw. die Ausweitung des Wahlzeitraums auf mehrere Tage, ferner die Einführung einer Online-Wahl, die Schaffung von Möglichkeiten der Stimmabgabe an anderen Orten als dem Wahllokal sowie die Vereinfachung des Wahlrechts (Abb. 17).

Immerhin gut jeder Fünfte nennt auch die tatsächliche Lösung von politischen Problemen als Voraussetzung, damit sich wieder mehr Menschen an den Wahlen beteiligen. In Verbindung damit werden ganz verschiedene Themen ohne erkennbaren Schwerpunkt genannt. Relativ am häufigsten geht es den Befragten um die Schaffung von härteren Gesetzen, bessere europäische und internationale Zusammenarbeit, die Begrenzung der Flüchtlingszahlen, Steuersenkungen und verschiedene Aspekte zum Thema Rente (Abb. 17).

Weitere 4 % der Bayern meinen auch in diesem Zusammenhang, dass die einzelne Stimme bei Wahlen ein zu kleines Gewicht hat, geben in der Regel aber keinen konkreten Hinweis darauf, was die Politik daran ändern könnte (Abb. 17).

Bei Betrachtung wichtiger Teilzielgruppen fällt auf, dass Befragte, die sich selbst als Nichtwähler einschätzen, grundsätzlich seltener Vorschläge zur Erhöhung der Wahlbeteiligung äußern. Eine Ausnahme ist der Vorschlag zur Verlängerung der Öffnungszeiten für Wahllokale bzw. die Ausweitung des Wahlzeitraums auf mehrere Tage. Beides wird durch Nichtwähler sogar tendenziell häufiger genannt als durch Befragte, die regelmäßig oder zumindest an wichtigen Wahlen teilnehmen.

Neben der offenen Frage nach geeigneten Maßnahmen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung wurden auch verschiedene Vorschläge gestützt abgefragt, die in jüngster Vergangenheit durch Sozialforschung, Publizistik und vor allem die Politik vorgetragen wurden.

Insgesamt zeigen sich deutlich unterschiedliche Bewertungen der einzelnen Vorschläge. Die mit Abstand größte Zustimmung (85 %) findet der Vorschlag, einen bundesweiten Aktionstag an Schulen einzuführen, an dem jungen Menschen aufgezeigt wird, wie man aktiv an der Politik mitwirken kann. Weitere 5 % halten die Einführung eines solchen Aktionstages noch teilweise als Mittel zur Erhöhung der Wahlbeteiligung für geeignet (Abb. 18).

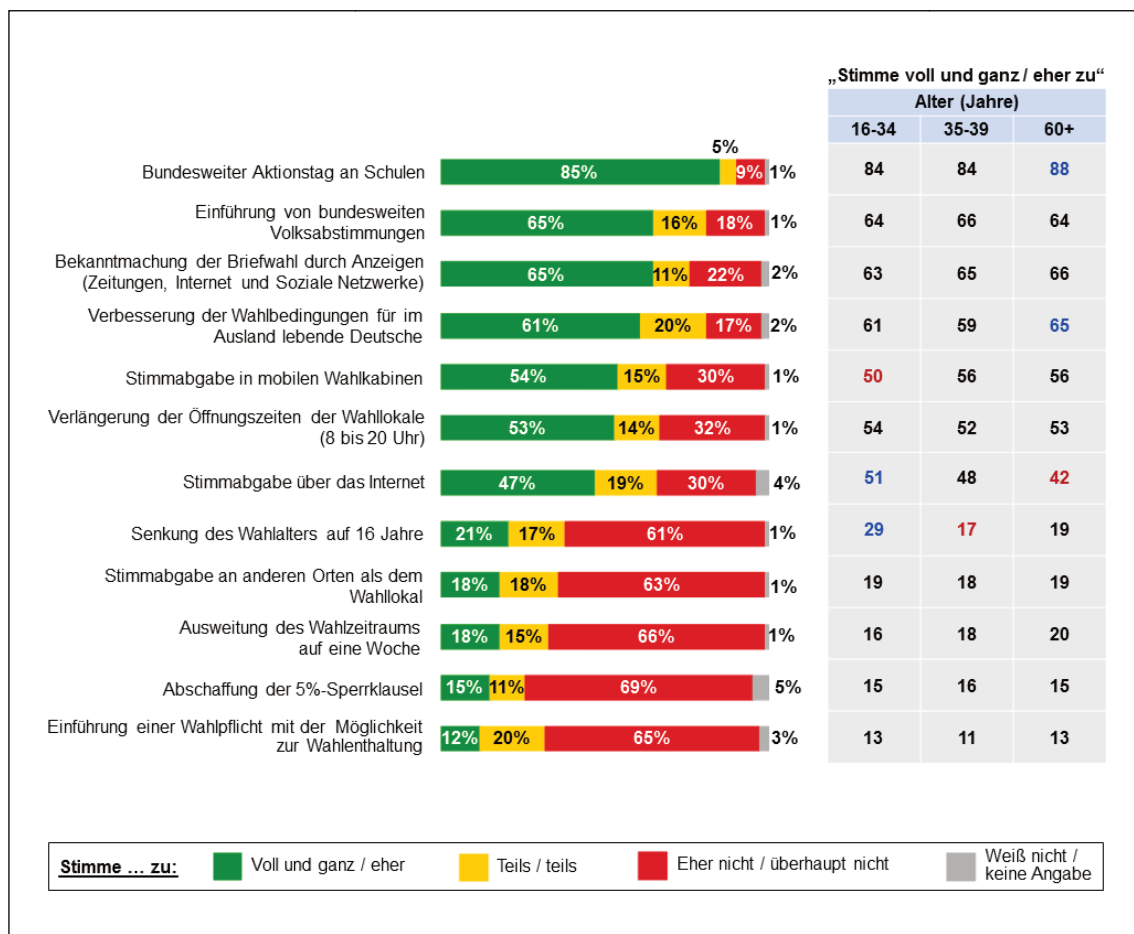
Immerhin noch ungefähr zwei Drittel erhoffen sich auch von der Einführung von bundesweiten Volksabstimmungen positive Effekte auf die Wahlbeteiligung (teils geeignet: 16 %). Ebenso viele Bayern glauben auch, dass eine bundesweite Bekanntmachung der Möglichkeit der Briefwahl durch den Bundeswahlleiter in Zeitungen, im Internet und in den Sozialen Netzwerken dabei helfen könnte, wieder mehr Menschen an die Wahlurne zu bringen (teils: 11 %; Abb. 18).

Auch wenn solche Maßnahmen nur relativ wenige Wähler betreffen, halten 61 % der Bayern auch Verbesserungen der Wahlbedingungen für im Ausland lebende Deutsche für sinnvoll, z. B. durch eine automatische Eintragung in das Wählerverzeichnis und die Schaffung von Abstimmungsmöglichkeiten in Botschaften und Konsulaten (teils: 20 %). Noch mehr als die Hälfte der Befragten würde auch die Möglichkeit der Stimmabgabe in mobilen Wahlkabinen für sinnvoll halten, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen (teils: 15 %).

Ungefähr genauso viele Befragte halten auch eine Verlängerung der Wahllokal-Öffnungszeiten auf einen Zeitraum von 8 bis 20 Uhr für hilfreich (voll und ganz / eher: 53%; teils: 14%). Eine Stimmabgabe über das Internet sieht immerhin noch knapp die Hälfte als voll und ganz oder eher geeignet an, um mehr Wahlberechtigte zur Teilnahme an Wahlen zu bewegen (teils: 19 %, Abb. 18). Bei Beurteilung dieser Maßnahme dürften vermutlich auch Bedenken zum Datenschutz eine positivere Bewertung verhindert haben.

Im Gegensatz zu den vorher aufgezählten Maßnahmen, die alle von mindestens der Hälfte der Befragten zumindest teilweise für geeignet befunden werden, sich positiv auf die Wahlbeteiligung auszuwirken, fällt die Bewertung der anderen, ebenfalls abgefragten Vorschläge zumeist negativ aus. So glaubt zum Beispiel nur gut ein Fünftel voll und ganz oder eher, dass sich eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken würde (teils: 17 %). Noch seltener wird der Möglichkeit einer Stimmabgabe an Orten wie Bibliotheken, Bahnhöfen und Supermärkten ein positiver Effekt auf die Wahlbeteiligung zugeschrieben (voll und ganz / eher: 18 %, teils: 18 %; Abb. 18).

Abbildung 18:
Gestützte Abfrage von Vorschlägen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung (Frage 16)



Auch die Ausweitung des Wahlzeitraums auf eine Woche (voll und ganz / eher: 18 %, teils: 15 %) und eine Abschaffung der 5-%-Hürde (voll und ganz / eher: 15 %, teils: 11 %) würden sich nur nach Meinung von Minderheiten positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken. Am seltensten sind die Bayern der Ansicht, dass die Einführung einer Wahlpflicht mit der Möglichkeit zur Wahlenthaltung dazu geeignet wäre, die Wahlbeteiligung wieder zu erhöhen (voll und ganz / eher: 12%, teils: 20 %; Abb. 18). Die geringe Befürwortung einer Wahlpflicht macht deutlich, dass bei der Bewertung der verschiedenen Vorschläge offenbar nicht nur die Beurteilung der Wirksamkeit eine Rolle gespielt hat, sondern auch persönliche Belange wie zum Beispiel die bei Nichterfüllung der Wahlpflicht notwendigen Sanktionen, die ihrerseits durchaus zu einer Erhöhung der Wahlbeteiligung führen dürften.

Bei der differenzierten Betrachtung nach Alter zeigt sich, dass die Einführung eines bundesweiten Aktionstages an Schulen und die Verbesserung der Wahlbedingungen für im Ausland lebende Deutsche vergleichsweise häufiger durch ältere Befragte (60 Jahre oder älter) befürwortet werden. Jüngere Befragte im Alter zwischen 16 und 34 sehen hingegen die Möglichkeit einer Stimmabgabe über das Internet und die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre vergleichsweise positiver (Abb. 18). In der Altersgruppe der 16- bis 20-Jährigen halten sogar 58 % der Befragten die Möglichkeit der Online-Wahl für voll und ganz bzw. eher geeignet, sich positiv auf die Wahlbeteiligung auszuwirken (+11 % gegenüber dem Durchschnitt aller Bayern). Offenbar bestehen bei den Befragten dieser jungen Altersgruppe angesichts der sozialisierungsbedingten höheren Online-Affinität weniger Bedenken als bei älteren Befragten, die noch nicht mit dem Internet groß geworden sind. Auch eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre bewerten die jungen Bayern dieser Altersgruppe spürbar positiver (voll und ganz / eher geeignet: 29 % gegenüber 21 % aller Bayern). Entsprechend halten nur 37 % der 16- bis 20-Jährigen eine Senkung des Wahlalters für nicht geeignet, um mehr Wahlberechtigte zur Teilnahme an Wahlen zu bewegen (alle Bayern: 61 %).

Betrachtet man die Gruppe derjenigen, die sich selbst als notorische Nichtwähler einordnen, so fällt zunächst auf, dass diese die meisten Vorschläge zur Steigerung der Wahlbeteiligung kritischer sehen als der Durchschnitt aller Bayern. Dies gilt insbesondere für die Einführung einer Wahlpflicht, die Verbesserung der Wahlbedingungen für im Ausland lebende Deutsche und die Möglichkeit der Stimmabgabe in mobilen Wahlkabinen sowie über das Internet. Eine Ausnahme ist lediglich der Vorschlag zur Ausweitung des Wahlzeitraumes auf eine Woche, der von Nichtwählern sogar etwas häufiger als geeignet bewertet wird als durch die Gesamtheit aller Befragten (23 % gegenüber 18 %). Dieser Vorschlag wurde auch bei der offenen Frage nach den geeigneten Maßnahmen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung häufiger durch Nichtwähler vorgebracht. Insgesamt ist damit aber trotzdem nur eine Minderheit der Nichtwähler der Meinung, dass sich mit dieser Maßnahme die Wahlbeteiligung steigern lässt (Tab. VI im Anhang). Auch wenn viele Vorschläge

etwas kritischer gesehen werden als im Durchschnitt aller Bayern, so bewerten doch auch die Nichtwähler viele der abgefragten Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung mehrheitlich positiv. Größere Unterschiede in der Rangfolge oder „der eine Vorschlag“, der sie zur Wahlteilnahme bewegen könnte, lassen sich aber nicht erkennen.

Auch im Hinblick auf die Ortsgröße lassen sich Einstellungsunterschiede erkennen. So halten Befragte aus Großstädten mit 100.000 und mehr Einwohnern bundesweite Volksabstimmungen etwas häufiger dazu geeignet, sich positiv auf die Wahlbeteiligung auszuwirken. Hierbei dürften die praktischen Erfahrungen eine Rolle spielen, die die Befragten in größeren Städten mit lokalen bzw. regionalen Bürgerentscheiden oder Abstimmungen gesammelt haben. Auch eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Wahllokale, die in Großstädten häufiger als sinnvoll eingestuft wird, dürfte ihre Ursache in den Besonderheiten des Lebens in der Stadt haben.

Alles in allem werden bei den offen erfragten Vorschlägen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung nur von jedem dritten Bayern konkrete Maßnahmen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung vorgebracht. Insgesamt deutlich häufiger sehen die Befragten als Ursachen für die niedrige Wahlbeteiligung hingegen das Verhalten der Parteien und der Politiker sowie die ungelösten politischen Probleme. Die wichtigsten Einzelaspekte sind hierbei mangelnde Glaubwürdigkeit der Politik (z. B. aufgrund von gebrochenen Wahlversprechen) und fehlende Bürgernähe. Bei den konkreten Vorschlägen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung lassen sich keine eindeutigen Schwerpunkte feststellen. Am ehesten wird noch angeregt, die Bedeutung von Wahlen stärker in der Öffentlichkeit hervorzuheben und Erst- und Jungwähler beispielsweise durch Aktionstage an Schulen besser an politische Wahlen heranzuführen.

Die Einführung eines bundesweiten Aktionstages an Schulen halten auch unter den gestützt abgefragten Vorschlägen mit deutlichem Abstand die meisten Bayern zur Erhöhung der Wahlbeteiligung für am geeignetsten. Aber auch die Ausweitung direktdemokratischer Elemente durch die Einführung von bundesweiten Volksabstimmungen, die bessere Bekanntmachung der Briefwahl und die Verbesserung der Wahlbedingungen für im Ausland lebende Deutsche werden durch mehr als 60 % der Bayern als probate Instrumente zur Erhöhung der Wahlbeteiligung angesehen.

Befragte, die sich selbst als Nichtwähler einordnen, machen grundsätzlich weniger Vorschläge zu Maßnahmen für eine Erhöhung der Wahlbeteiligung und bewerten auch die vorgegebenen Vorschläge etwas kritischer. Ausnahmen hiervon sind lediglich die Ausweitung des Wahlzeitraumes auf mehrere Tage sowie die der Öffnungszeiten der Wahllokale.

2.4 Individuelle Rahmenbedingungen für Partizipation und Engagement

Neben den Themenschwerpunkten Wahlverhalten und Nichtwahl wurden im Rahmen dieser Untersuchung nach 1995, 2002 und 2010 nun bereits zum vierten Mal auch umfassende Informationen zum sozialen und gesellschaftlichen Engagement der Bayern erhoben.

Um Informationen zu den praktizierten und geplanten Formen des Engagements besser einordnen und bewerten zu können, sind Erkenntnisse über die Einschätzung von Art und Umfang des eigenen Engagements und entsprechender Aktivitäten der Mitmenschen hilfreich. Wie in früheren Grundlagenuntersuchungen wurden deshalb im Rahmen dieser Studie auch Fragen zur Bewertung des eigenen und des Engagements der meisten Bürger in Deutschland gestellt. Außerdem wurde erfragt, wie die Möglichkeiten zum Engagement am eigenen Wohnort bewertet werden.

Der Zeitreihenvergleich mit den Ergebnissen früherer Grundlagenuntersuchungen zeigt, dass der Vorwurf eines zu geringen bürgerschaftlichen Engagements schon seit langem auch für die eigene Person zumindest teilweise für zutreffend gehalten wird. Wenn man einmal von den wegen geringer Fallzahl weniger aussagekräftigen Daten aus dem Jahr 2002 absieht, vertritt dauerhaft relativ konstant ein gutes Drittel der Bayern die Ansicht, dass sich die meisten Menschen sozial und gesellschaftlich zu wenig engagieren. Knapp die Hälfte der Befragten hält diesen Vorwurf zumindest teilweise für berechtigt, während nur etwa jeder Sechste den Vorwurf mangelnden Engagements für falsch hält (Tab. 3).

Tabelle 3:
Gesellschaftliches Engagement im Zeitverlauf und nach Schulabschluss (Fragen 17, 18)

	Gesamt	Jahr			Schulabschluss		
		2010	2002 ²⁾	1995	Volks- / Haupt- schule	Mittlere Reife	Abitur / Studium
Engagement der Bürger in Deutschland							
Engagieren sich zu wenig	35	37	30	35	34	32	38
Teils / teils	47	45	57	43	47	49	43
Engagieren sich <u>nicht</u> zu wenig	17	12	7	11	17	17	16
Index¹⁾	+18	+25	+23	+24	+17	+15	+22
Eigenes Engagement							
Eher zu viel	4	8	10	3	3	5	3
Gerade richtig	45	43	43	41	46	44	49
Eher zu wenig	50	45	40	55	50	49	47

Differenzen zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe
¹⁾ Index = „engagieren sich zu wenig“ – „engagieren sich nicht zu wenig“
²⁾ Geringe Fallzahl, n = ca. 300

Das eigene Engagement wird insgesamt sogar noch kritischer eingeschätzt. Nach 55 % im Jahr 1995 und zuletzt 45 % im Jahr 2010 erklärt nun genau die Hälfte der Bayern, sich selbst zu wenig zu engagieren (Tab. 3).

In diesen Sichtweisen gibt es so gut wie keine generationenspezifischen Unterschiede. Lediglich bei der Bewertung des eigenen Engagements sehen mittlere Jahrgänge vergleichsweise weniger Versäumnisse bei sich selbst. Bei Betrachtung des Bildungsabschlusses werden hingegen Unterschiede in der Bewertung zwischen mittlerem Bildungsgrad und höher Gebildeten deutlich. Während Befragte mit Abitur / Studium vergleichsweise etwas häufiger der Meinung sind, dass sich die Bürger in Deutschland zu wenig engagieren, bewerten sie ihr eigenes Engagement häufiger als „gerade richtig“. Personen mit mittlerem Bildungsabschluss sehen hingegen etwas seltener Defizite im Engagement der Bürger in Deutschland (Tab. 3).

Fehlende Möglichkeiten zum Engagement am eigenen Wohnort sind allerdings in der Regel kein Grund, der einem Engagement entgegensteht. In knapp neun von zehn Fällen (89 %) sind die Bayern der Ansicht, dass es am eigenen Wohnort Möglichkeiten gibt, um sich zu engagieren. Dies ist eine nochmalige deutliche Steigerung im Vergleich zu 2010 (79 %) und 1995 (74 %; Tab. 4).

Im Hinblick auf das Alter gibt es nur geringe Unterschiede. Interessanterweise schätzen die Älteren die Möglichkeiten zum Engagement am eigenen Wohnort allerdings noch etwas positiver ein als die jüngeren und mittleren Altersgruppen. Insgesamt ist dies auch die Altersgruppe, bei der sich im Vergleich zu 2010 die größten positiven Veränderungen (von 76 % auf 92 %) feststellen lassen. Unter Umständen ergeben sich in Folge des demographischen Wandels auch zunehmend neue Möglichkeiten zum Engagement und Angebote für ältere Bürger (Tab. 4).

Tabelle 4: Möglichkeiten zum Engagement am eigenen Wohnort (Frage 19)

Vorhandensein von Möglichkeiten zum Engagement am eigenen Wohnort	Gesamt	Jahr			Alter		
		2010	2002 ²⁾	1995	16-34	35-59	60 +
Es gibt Möglichkeiten	89	79	69	74	88	88	92
Es gibt so gut wie keine Möglichkeiten	8	15	11	23	9	9	7
Index¹⁾	+81	+64	+58	+51	+79	+79	+85

Differenzen zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe
¹⁾ Index = „Es gibt Möglichkeiten“ – „Es gibt so gut wie keine Möglichkeiten“
²⁾ Geringe Fallzahl, n = ca. 300

Auch bei einer Betrachtung nach anderen Merkmalen ergeben sich bei dieser Frage kaum Unterschiede. Dies gilt auch für regionale Gesichtspunkte und die Größe des Wohnorts. Noch am ehesten meinen Bayern, die erst weniger als 10 Jahre im Freistaat leben, dass Möglichkeiten zum Engagement am Wohnort fehlen (Abb. III im Anhang). Dies ist allerdings kaum verwunderlich, da nach einem Umzug in aller Regel erst neue soziale Kontakte aufgebaut werden müssen und der gesellschaftliche Anschluss zu Beginn noch etwas schwerfallen kann.

In Verbindung mit den Rahmenbedingungen für Partizipation und Engagement vertritt alles in allem relativ konstant ein gutes Drittel der Bayern ohne Einschränkungen die Ansicht, dass sich die meisten Menschen in Deutschland sozial und gesellschaftlich zu wenig engagieren. Im Hinblick auf die eigene Person gesteht nach wie vor ungefähr die Hälfte der Bayern ein, sich auch selbst zu wenig zu engagieren. Schlechte Rahmenbedingungen vor Ort können dabei allerdings immer seltener als Grund gegen ein persönliches Engagement ins Feld geführt werden, da diese nochmals deutlich besser bewertet werden als noch 2010.

2.5 Engagement in traditionellen und neuen Strukturen

Politisches, soziales und gesellschaftliches Engagement findet angesichts veränderter Wertorientierungen heute in sehr unterschiedlichen Formen statt. Wie zuletzt in der Grundlagenuntersuchung 2010 geht es deshalb bei der nachfolgenden Bestandsaufnahme von politischem, sozialem und gesellschaftlichem Engagement nicht nur um die klassischen traditionellen Partizipationsmöglichkeiten in Vereinen, Verbänden und Organisationen mit verschiedenen Zielsetzungen, sondern auch um teils neue, eher nicht formal organisierte Formen des Engagements wie Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen.

Im Rahmen der nachfolgenden Bestandsaufnahme werden nicht nur Zugehörigkeit oder formelle Mitgliedschaften (Kap. 2.5.1), sondern auch Art und Umfang des Engagements erhoben (Kap. 2.5.3). Die Bestandsaufnahme wäre jedoch unvollständig, wenn nur eine bereits bestehende Zugehörigkeit oder Mitgliedschaft erfragt worden wäre. Deshalb wird im Rahmen der Untersuchung unabhängig von bereits bestehenden auch nach (weiteren) geplanten Mitgliedschaften gefragt (Kap. 2.5.2), bevor in einem letzten Schritt erörtert wird, inwieweit auf Veranstaltungen der jeweiligen Mitgliedschaften über Politik gesprochen wird und die Vereinigungen als Verbindung zwischen vorpolitischem Raum und der Politik funktionieren (Kap. 2.5.4).

2.5.1 Zugehörigkeit zu Vereinen, Verbänden und Organisationen

Die Fragen nach bestehenden Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Organisationen einschließlich politischer Parteien wurden analog zu den Untersuchungen der Hanns-Seidel-Stiftung aus den Jahren 1995, 2002 und 2010 gestellt. Die Ergebnisse zeigen, dass es seit 1995 insbesondere bei den Bürgerinitiativen, aber auch bei anderen, teils eher traditionellen Organisationsformen zu signifikanten Veränderungen mit einem im Regelfall höheren Anteil Engagierter gekommen ist (Tab. 5). Bemerkenswert ist, dass die größten Veränderungen im politischen und gesellschaftlichen Engagement zwischen 1995 und der Untersuchung im Jahr 2002 erfolgten. Dessen ungeachtet gibt es aber auch weitere Steigerungen des Engagements im Jahr 2010 und in der neuesten Untersuchung.

In der Zeitreihenbetrachtung wird erkennbar, dass nach wie vor die meisten Bayern ab 16 Jahren in Vereinen engagiert sind. Die 2002 für Bayern im Rahmen einer bundesweiten Untersuchung ermittelten Werte (n = 300) sollten wegen geringer Fallzahlen allerdings mit einer gewissen Vorsicht interpretiert werden. Nach einem vorübergehenden Rückgang der Vereinsmitgliedschaften zu den Messzeitpunkten 2002 und 2010 wird in diesem Jahr mit 47 % wieder fast der Höchstwert aus dem Jahr 1995 erreicht (Tab. 5).

Bei kirchlichen Vereinigungen, die mit derzeit 21 % die zweitgrößte Gruppe darstellen, sind die Anteile von Engagierten seit 1995 jedoch praktisch unverändert geblieben (Tab. 5).

In Hilfsorganisationen und vor allem Bürgerinitiativen engagieren sich hingegen spürbar mehr Bayern als noch im Jahr 1995. Während der Anteil bei den Hilfsorganisationen eher leicht von 15 % im Jahr 1995 auf nunmehr 20 % angestiegen ist, engagieren sich mit 19 % nun mehr als doppelt so viele Bayern in Bürgerinitiativen wie im Jahr 1995. Dieser Zuwachs ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass ein Engagement in einer Bürgerinitiative im Gegensatz zu einer Vereins- oder Parteimitgliedschaft im Regelfall nur zeitlich begrenzt betrieben wird und auf ein bestimmtes Thema beschränkt ist. Da die Fragestellung das derzeitige Engagement im Blick hatte, kann man davon ausgehen, dass es zusätzlich eine nicht unbedeutende Personenzahl gibt, die früher einmal, jetzt aber nicht mehr in einer Bürgerinitiative aktiv war (Tab. 5).

Im Gegensatz zum Engagement in Bürgerinitiativen hat sich die Quote der Parteimitglieder seit 1995 von 8 % auf nunmehr 5 % verringert (Tab. 5). Dieser Anteil ist aus den eben im Zusammenhang mit den Bürgerinitiativen bereits genannten Gründen allerdings ebenfalls noch deutlich überhöht, waren doch 2013 nur knapp über 2 % der Bayern ab 16 Jahren Mitglieder in politischen Parteien.¹ Auch beim Anteil der Parteimitgliedschaften besitzt

¹ Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland. Version 2015. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 25, Berlin 2015, S. 17.

deshalb – ähnlich wie bei den Bürgerinitiativen – die Veränderung der Quote und in diesem Fall die Verringerung der Mitgliedschaften eine höhere Aussagekraft als der tatsächlich ermittelte Wert (Tab. 5).

Tabelle 5: Mitgliedschaften in Vereinigungen und Vereinen (Frage 20 a)

Mitgliedschaft bei...	Gesamt	Jahr		
		2010	2002	1995
Vereinen	47	43	42	48
Kirchlichen Vereinigungen	21	20	18	20
Hilfsorganisationen	20	17	17	15
Bürgerinitiativen	19	14	12	8
Politischen Parteien	5	6	9	8
Selbsthilfegruppen	3	4	1	5
Sonstige	4	2	2	–

Auch bei den Selbsthilfegruppen gibt es eine leicht rückgängige Entwicklung von 5 % im Jahr 1995 über 4 % im Jahr 2010 auf nunmehr 3 % (Tab. 5). Unter den derzeit 4 % sonstigen Vereinigungen befinden sich insbesondere Naturschutzorganisationen, deutlich seltener aber auch z. B. Engagements an Schulen.

Neben den geschilderten quantitativen Veränderungen ist aber auch das unterschiedliche Verhalten der Generationen im Hinblick auf ein Engagement in Vereinen, Verbänden und Organisationen von Bedeutung. Grundsätzlich ergibt sich hierbei ein uneinheitliches Bild. Die Jüngeren zwischen 16 und 34 Jahren engagieren sich tendenziell überdurchschnittlich oft in Vereinen, aber unterdurchschnittlich häufig in politischen Parteien und kirchlichen Organisationen. In den beiden letztgenannten Gruppen sind die Jüngeren nur etwa halb so häufig Mitglied wie die Gesamtheit aller Befragten. Die mittleren Altersgruppen sind in fast allen Formen des Engagements durchschnittlich oft vertreten, aber überdurchschnittlich oft Mitglieder in Vereinen. Auch die Älteren weisen in vielen Fällen dem Bevölkerungsdurchschnitt entsprechende Quoten für eine Mitgliedschaft auf. Sie sind jedoch vergleichsweise seltener als die mittleren Jahrgänge bei Vereinen und Hilfsorganisationen, dafür aber in kirchlichen Vereinigungen überdurchschnittlich oft vertreten (Tab. VII im Anhang).

Hinsichtlich der verschiedenen Formen des Engagements gibt es nicht nur zwischen den Generationen, sondern auch in Abhängigkeit von der Wahlabsicht bei einer Landtagswahl sichtbare Unterschiede. So sind die Anhänger der CSU und SPD überdurchschnitt-

lich oft in politischen Parteien engagiert, die CSU-Anhänger zugleich auch spürbar häufiger in kirchlichen Organisationen. Anhänger der Grünen engagieren sich tendenziell etwas häufiger in Hilfsorganisationen, dafür aber etwas seltener in kirchlichen Organisationen. Anhänger der kommunal besonders stark verankerten Freien Wähler engagieren sich häufiger in Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und kirchlichen Vereinigungen. AfD-Anhänger sind hingegen grundsätzlich in den meisten Formen des Engagements leicht unterdurchschnittlich aktiv (Tab. VIII im Anhang).

Interessant ist auch eine Betrachtung des bestehenden Engagements nach der Bereitschaft zur Wahlteilnahme. So ist es wenig verwunderlich, dass sich Personen, die sich (so gut wie) nie an Wahlen beteiligen, auch nie Mitglied in einer politischen Partei sind. Andererseits beteiligen sich Parteimitglieder fast immer an allen politischen Wahlen. Bei den anderen Formen des Engagements sind regelmäßige Nichtwähler allerdings genauso aktiv wie die Gesamtheit aller Befragten. Nichtwähler engagieren sich also außerhalb der Parteien in einem ähnlich großen Umfang wie Bayern, die sich regelmäßig an politischen Wahlen beteiligen (Tab. VII im Anhang).

Alles in allem sind die höchsten Bevölkerungsanteile in Bayern weiterhin in Vereinen verschiedenster Zielsetzung engagiert. Nach einem Rückgang der Vereinsmitgliedschaften zu den Messzeitpunkten 2002 und 2010 wird in diesem Jahr mit 47 % wieder ungefähr der Wert aus dem Jahr 1995 erreicht. Die „traditionelle“ Vereinsmitgliedschaft erlebt also eine gewisse Renaissance. Auch bei den Hilfsorganisationen und Bürgerinitiativen lassen sich erhebliche Zunahmen der Zugehörigkeit feststellen. Während der Anteil bei den Hilfsorganisationen eher leicht von 15 % im Jahr 1995 auf nunmehr 20 % angestiegen ist, engagieren sich mit 19 % nun mehr als doppelt so viele Bayern in Bürgerinitiativen wie im Jahr 1995. Lediglich bei politischen Parteien und Selbsthilfegruppen sind weitere Abwärtsentwicklungen erkennbar.

Weil sich bei Umfragen zu politischen Themen eher politisch Interessierte und somit auch Parteimitglieder überproportional beteiligen, sind diese Quoten zwar systematisch überhöht. Dennoch haben die Veränderungen der Quoten für eine Mitgliedschaft in politischen Parteien und Bürgerinitiativen aber als Trend hohe Aussagekraft: Zwar verzeichnen die traditionellen Formen der Mitgliedschaften in Vereinen und Hilfsorganisationen (wieder) Zuwächse. Dessen ungeachtet lässt sich im politischen Bereich weiterhin die schon 2010 festgestellte Entwicklung zu weniger dauerhaftem, eher informellem politischem Engagement in Bürgerinitiativen zu Lasten der politischen Parteien erkennen – eine Entwicklung, die auch durch das Entstehen neuer politischer Parteien wie der AfD nicht aufgehalten wurde. Der Rückgang bei den Parteimitgliedschaften muss aufgrund des ansteigenden Engagements in Bürgerinitiativen aber keinesfalls einen generellen Bedeutungsverlust der Politik im engeren Sinne zur Folge haben. Gerade im Rahmen der Flüchtlingskrise zeigte sich, dass spontan organisierte Hilfe über Hilfsorganisationen oder Bürgerinitiativen durchaus auch häufig mit klaren politischen Positionierungen einherging.

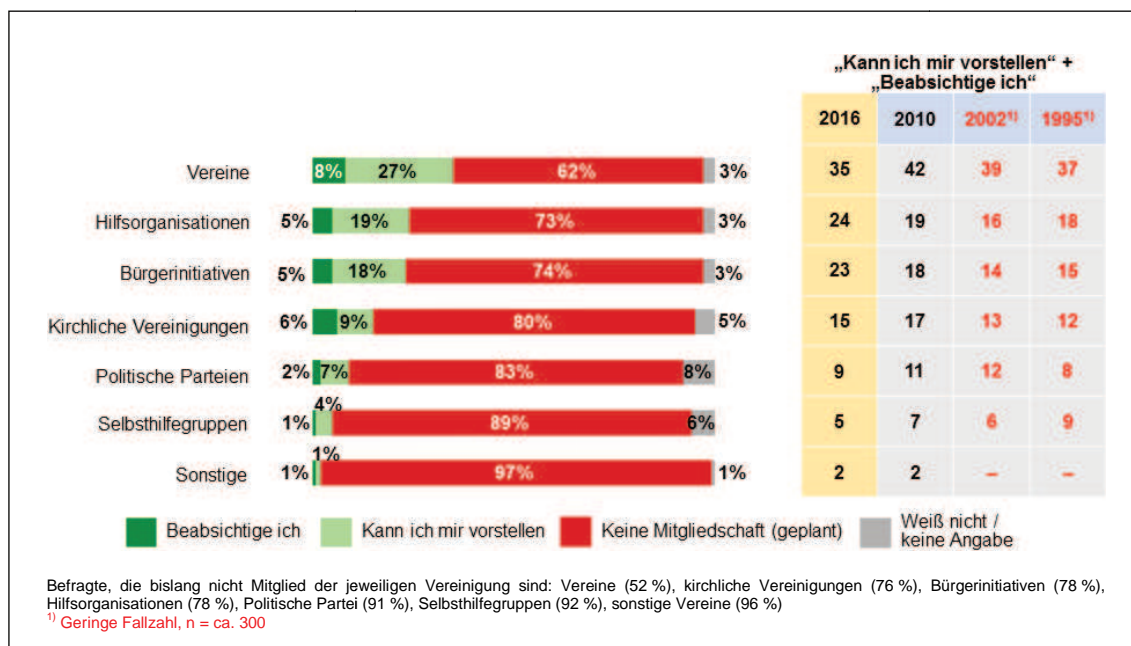
2.5.2 Geplante Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Organisationen

Die Bestandsaufnahme zum bürgerschaftlichen Engagement in Bayern wäre bei einer Beschränkung auf eine bereits bestehende Zugehörigkeit oder Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden und Organisationen unvollständig, weil dadurch noch vorhandene Potenziale für soziales, gesellschaftliches und politisches Engagement nicht erkennbar werden. Deshalb wurde wie in den vorherigen Untersuchungen nach der grundsätzlichen Offenheit und auch konkreten Plänen für ein bürgerschaftliches Engagement gefragt.

Zuerst wurden jene Befragte, die die jeweils abgefragte Möglichkeit zum Engagement noch nicht nutzen, danach gefragt, ob sie sich dort eine Mitgliedschaft grundsätzlich vorstellen können oder diese sogar beabsichtigen. Die größten Potenziale werden hier bei Vereinen jedweder Art, aber auch bei Hilfsorganisationen, Bürgerinitiativen und kirchlichen Vereinigungen sichtbar. Die Bereitschaft, einer Partei oder Selbsthilfegruppe beizutreten, fällt demgegenüber eher gering aus (Abb. 19).

Abbildung 19: Geplante Mitgliedschaften von Nichtmitgliedern (Frage 20 b)

Basis: Bisher nicht im jeweiligen Bereich engagiert



Von den 52 % Nichtvereinsmitgliedern können sich z. B. 27 % grundsätzlich vorstellen, Mitglied in einem Verein zu werden. Weitere 8 % geben an, dies sogar bereits zu beabsichtigen. Dies entspricht einem Gesamtpotenzial von 35 % der Nichtvereinsmitglieder bzw. von ca. 18 % der Gesamtbevölkerung. Bei den Hilfsorganisationen und auch den Bürgerinitiativen beträgt die grundsätzliche Offenheit für eine Mitgliedschaft 19 % bzw. 18 % und die Quote geplanter Mitgliedschaften jeweils 5 %. Das entspricht einem Potenzial

von 24 % bei Nichtmitgliedern von Hilfsorganisationen und von 23 % bei jenen, die keiner Bürgerinitiative angehören. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung betragen die Potenziale der Hilfsorganisationen und auch der Bürgerinitiativen damit in etwa 18 % bis 19 %. Bei den kirchlichen Vereinigungen ergibt sich bezogen auf die Gesamtbevölkerung noch ein Potenzial von 10 %, während politische Parteien auf 8 % und Selbsthilfegruppen auf ungefähr 4 % kommen. Die Bereitschaft zum Engagement in einer sonstigen Organisation bekunden nur 2 %. Dabei geht es primär um Engagement im Umwelt- und Tierschutz sowie in schulischen Organisationen (Abb. 19).

Auch bei dieser Fragestellung sind Zeitreihenvergleiche möglich. Während die Potenziale in der neusten Untersuchung bei Hilfsorganisationen und Bürgerinitiativen etwas höher ausfallen als noch 2010, sind sie bei den anderen Organisationsformen leicht zurückgegangen (Abb. 19). Dies hängt bei den Vereinen aber auch damit zusammen, dass die Mitgliedschaften dort seit 2010 bereits angestiegen sind.

Zwischen den Altersgruppen lassen sich dagegen nur geringe Unterschiede feststellen. Jüngere können sich vergleichsweise etwas häufiger vorstellen, Mitglieder in Vereinen oder in Hilfsorganisationen zu werden, Ältere eher in kirchlichen Vereinigungen. Eine möglicherweise zu erwartende grundsätzlich niedrigere Bereitschaft der Jüngeren, sich künftig zu engagieren, lässt sich insgesamt nicht erkennen.

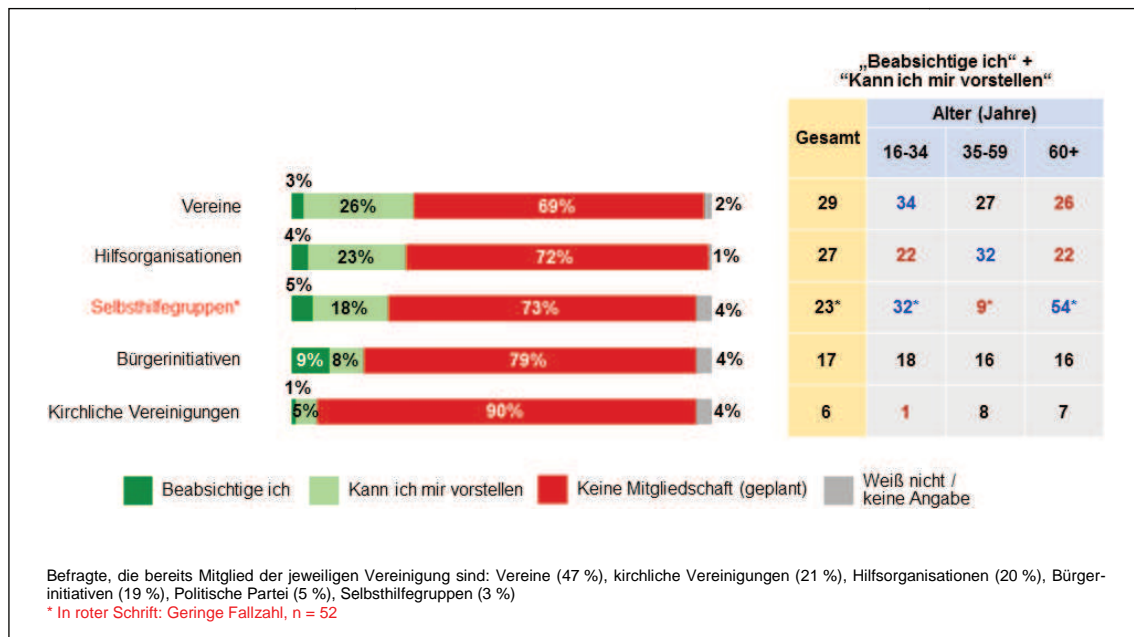
Beträchtlich ist auch die Bereitschaft zu einem weiteren bürgerlichen Engagement bei Personen, die bereits Mitglied in einem Verein, einer Vereinigung oder einer sonstigen Organisation sind. Offenbar ist ein bereits erfolgtes Engagement in Bezug auf weitere Aktivitäten kein Hinderungsgrund, vielmehr trifft eher das Gegenteil zu. Bei Mitgliedern von Vereinen (47 %) können sich 26 % eine weitere Mitgliedschaft vorstellen, weitere 3 % planen diese sogar. In Bezug auf die Gesamtbevölkerung ist dies immerhin ein Anteil von 14 %. Auch fast jedes vierte Mitglied einer Hilfsorganisation kann sich vorstellen, sich noch in einer weiteren zu engagieren (plane dies sogar: 4 %). Umgerechnet auf die Gesamtbevölkerung ist dies immerhin noch ein Anteil von 5 %. Diese Potenziale sind wegen der geringeren Anteile von Mitgliedern und auch wegen vergleichsweise geringeren Quoten für eine weitere Mitgliedschaft im Hinblick auf die Gesamtbevölkerung bei den anderen abgefragten Organisationen noch geringer: bei den Bürgerinitiativen 3 %, bei den kirchlichen Vereinigungen und Selbsthilfegruppen sogar nur etwa 1 %. Dennoch ist die Bereitschaft eines nicht unerheblichen Teils bereits Engagierter, sich einer weiteren Organisation anzuschließen, erstaunlich (Abb. 20).

Im Hinblick auf die verschiedenen Altersgruppen lassen sich einige Unterschiede feststellen. Jüngere, die bereits Mitglied in einem Verein sind, können sich auch deutlich häufiger vorstellen, einem weiteren Verein beizutreten. Bei einer bestehenden Mitgliedschaft in einer Hilfsorganisation oder einer kirchlichen Vereinigung wird eine weitere Mitgliedschaft

in einer Organisation aus dem gleichen Bereich hingegen durch Jüngere tendenziell häufiger ausgeschlossen. Ältere mit bestehender Mitgliedschaft in einem Verein oder einer Hilfsorganisation zeigen ebenfalls eine unterdurchschnittliche Bereitschaft, ein weiteres Engagement im gleichen Bereich zu beginnen (Abb. 20).

Abbildung 20: Geplante weitere Mitgliedschaften (Frage 20 c)

Basis: Bereits im jeweiligen Bereich engagiert

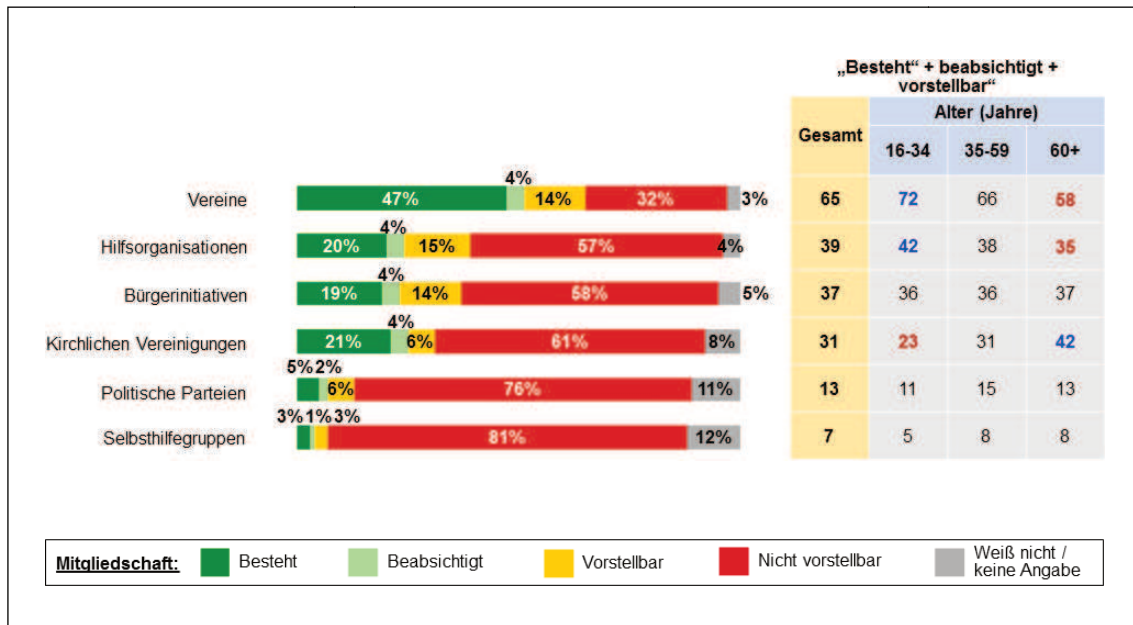


Betrachtet man sowohl die bestehenden als auch die geplanten Aktivitäten unter Einbeziehung der etwas vageren grundsätzlichen Offenheit für eine Form des bürgerschaftlichen Engagements, ergibt sich wie bei der vorherigen Untersuchung im Jahr 2010 insgesamt ein Bild, das der gängigen Kritik, aber auch der Selbstkritik vieler Befragten wegen eines zu geringeren gesellschaftlichen Engagements zumindest auf den ersten Blick widerspricht (Abb. 21).

Vereine jedweder Art sind mit einem Gesamtpotenzial von 51 % (engere Definition) bzw. 65 % (weitere Definition) in der Gesamtbevölkerung mit Abstand weiterhin die gängigste Form, sich derzeit oder (eventuell) zukünftig zu engagieren. Interessanterweise sind Vereine für die Jungen attraktiver als für die mittleren und höheren Altersgruppen. Auch Hilfsorganisationen, Bürgerinitiativen und kirchliche Vereinigungen verfügen in der Bevölkerung Bayerns über erhebliche Potenziale. Unter Einbezug derer, die sich ein Engagement in dem jeweiligen Bereich zumindest vorstellen können, sind dies bei diesen drei Formen zwischen 30 % und 40 %. Bei den kirchlichen Vereinigungen ist allerdings der Anteil derer, die sich eine Mitgliedschaft vorstellen können, deutlich geringer als bei Hilfsorganisationen und Bürgerinitiativen. Dies liegt auch an dem eher geringen Potenzial

unter den Jüngeren. Bei den Hilfsorganisationen gibt es hingegen unter den Jüngeren sogar leicht überdurchschnittliche Potenziale. Bei den Bürgerinitiativen, politischen Parteien und Selbsthilfegruppen lassen sich hingegen keine größeren Unterschiede zwischen den Altersgruppen feststellen (Abb. 21).

Abbildung 21:
Gesamtübersicht bestehende und beabsichtigte Mitgliedschaften (Fragen 20 a, b)



Alles in allem besitzen vor allem Vereine jedweder Art, Hilfsorganisationen, Bürgerinitiativen und auch kirchliche Vereinigungen im Hinblick auf konkret geplante Mitgliedschaften und auch hinsichtlich einer grundsätzlichen Offenheit für eine Mitgliedschaft die vergleichsweise größten Potenziale. Während diese Potenziale in der neuesten Untersuchung bei Hilfsorganisationen und Bürgerinitiativen etwas höher ausfallen als noch 2010, sind sie bei den anderen Organisationsformen leicht zurückgegangen. Dies hängt bei den Vereinen primär auch damit zusammen, dass die Mitgliedschaften dort seit 2010 bereits angestiegen sind. Ein Trend zu geringerem bürgerschaftlichem Engagement lässt sich deshalb daraus keinesfalls ablesen. Die nur geringe Bereitschaft vieler Bayern, Mitglied in einer politischen Partei zu werden, zeigt allerdings, dass bei der derzeitigen negativen Mitgliederentwicklung der meisten Parteien keine Trendwende zu erwarten ist.

Unverändert groß ist weiterhin auch die Bereitschaft zu einem zusätzlichen Engagement bei Befragten, die bereits Mitglied in einem Verein, einer Vereinigung oder einer Organisation sind. Offenbar ist ein bereits erfolgtes Engagement kein Hinderungsgrund für weitere Aktivitäten, sondern scheint sogar noch zu weiterem Engagement zu motivieren.

Im Gegensatz zu 2010 zeigt sich bei den Jungen keine grundsätzlich geringere Bereitschaft mehr, sich gesellschaftlich zu engagieren. Bei Vereinen und Hilfsorganisationen fällt sie sogar überdurchschnittlich hoch aus. Ob dies nur eine Momentaufnahme oder vielleicht sogar der Beginn einer Trendwende ist, kann allerdings erst in Folgeuntersuchungen geklärt werden.

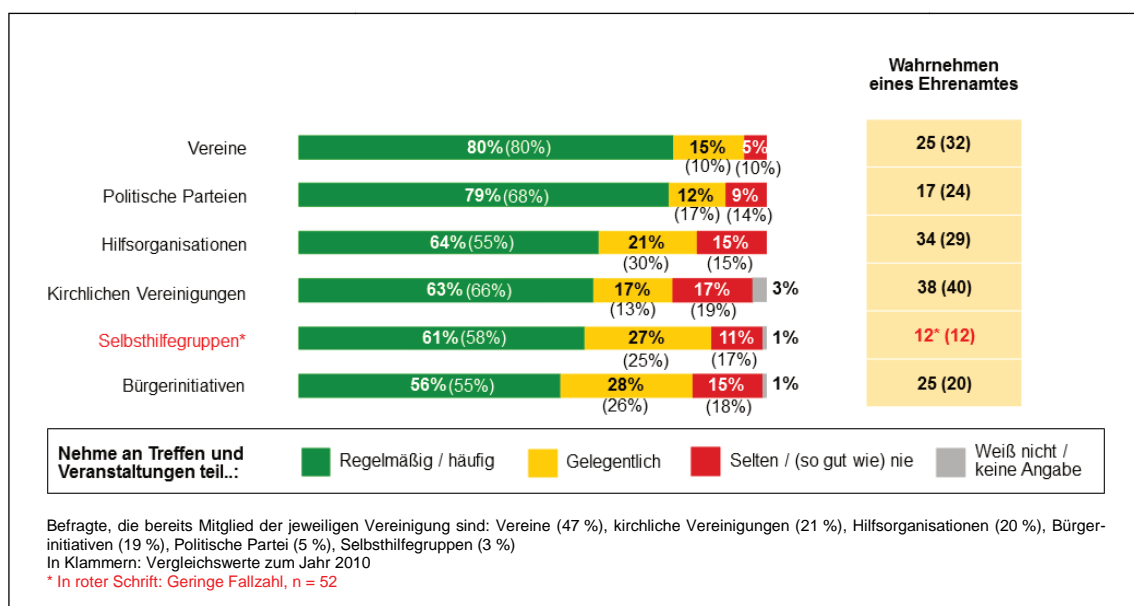
2.5.3 Umfang und Art des Engagements

Die bloße Mitgliedschaft in einer Vereinigung oder Organisation sagt für sich allein noch nichts über den Umfang oder die Art des Engagements aus. Wie in den früheren Grundlagenuntersuchungen für die Hanns-Seidel-Stiftung wurden deshalb auch dieses Mal wieder Fragen nach der Häufigkeit der Teilnahme an Veranstaltungen und der Ausübung von Funktionen oder Ehrenämtern im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements gestellt.

Bei der Frage nach der Teilnahmehäufigkeit bei Veranstaltungen liegen bei der regelmäßigen / häufigen Teilnahme Vereine (80 %) und politische Parteien (79 %) eindeutig vor Hilfsorganisationen (64 %), kirchlichen Vereinigungen (64 %), Selbsthilfegruppen (61 %) und Bürgerinitiativen (56 %; Abb. 22). Betrachtet man nur diejenigen, die regelmäßig an Veranstaltungen teilnehmen, ergibt sich eine weitgehend gleiche Rangfolge. Allerdings ist der Anteil der hoch Engagierten in den Vereinen und politischen Parteien nochmal etwas höher als bei den anderen Organisationsformen. Sie haben es damit offensichtlich etwas schwerer, ihre Mitglieder zu einer möglichst regelmäßigen Teilnahme zu motivieren.

Abbildung 22: Aktivität bei Mitgliedschaft (Fragen 21 a, b)

Basis: Bereits im jeweiligen Bereich engagiert



Auch im Hinblick auf die Generationen lassen sich mit Ausnahme der Vereine Unterschiede feststellen. Die Jüngeren gehören öfter zu den regelmäßigen / häufigen Besuchern von Veranstaltungen ihrer Hilfsorganisationen und kirchlichen Vereinigungen, besuchen aber unterdurchschnittlich oft Veranstaltungen ihrer Partei. Auf Parteiveranstaltungen zeigt sich hingegen besonders die mittlere Alterskohorte aktiv. Ältere besuchen hingegen überdurchschnittlich häufig Veranstaltungen von Bürgerinitiativen, die Teilnahmehäufigkeit bei Veranstaltungen von Parteien und Hilfsorganisationen fällt dafür etwas geringer aus.

Im Vergleich zu 2010 ist der Anteil der Engagierten, die häufig oder regelmäßig an Veranstaltungen teilnehmen, bei den politischen Parteien (+11 % auf 79 %), Hilfsorganisationen (+9 % auf 64 %) und Selbsthilfegruppen (+3 % auf 61 %) gestiegen. Die Werte bei den Selbsthilfegruppen müssen aufgrund der geringen Fallzahl allerdings mit Vorsicht betrachtet werden. Bei den Vereinen und Bürgerinitiativen ergeben sich hingegen so gut wie keine Änderungen, bei den kirchlichen Vereinigungen lässt sich sogar eine leicht rückläufige Aktivität feststellen (Abb. 22). Ein Rückgang der Intensität im Hinblick auf das jeweilige Engagement lässt sich also insgesamt in Bayern nicht ausmachen. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Häufigkeit der Teilnahme an Veranstaltungen der politischen Parteien erfreulich, bei denen sich zwischen 2002 und 2010 ein eher negativer Trend abzeichnete, der sich nicht weiter fortsetzt oder gar verstärkt.

Diese positive Entwicklung ist allerdings bei näherer Betrachtung der Ausübung von Funktionen und Ehrenämtern nicht feststellbar. Hier ist bei den politischen Parteien nämlich ein Rückgang zu verzeichnen. Gleiches gilt auch für den großen Bereich der Vereine und in geringem Maße auch für die kirchlichen Vereinigungen. Etwas mehr Engagierte, die ein Ehrenamt bekleiden, gibt es hingegen bei den Hilfsorganisationen und Bürgerinitiativen (Abb. 22).

Eindeutige Unterschiede zwischen den Altersgruppen lassen sich im Hinblick auf die Ausübung von Funktionen nur teilweise feststellen, was bei den Selbsthilfegruppen und mit Abstrichen den Parteien aber auch der relativ geringen Fallzahl geschuldet sein könnte. Während es bei den Hilfsorganisationen eher ältere Personen über 60 Jahre sind, die Funktionen oder Ehrenämter übernehmen, sind dies in den kirchlichen Vereinigungen eher die mittleren Altersgruppen zwischen 35 und 59 Jahren. Die Vereine werden gleichermaßen etwas häufiger von den jüngeren und mittleren Altersgruppen getragen. Bei den Bürgerinitiativen lassen sich zwischen den Generationen insgesamt die geringsten Unterschiede ausmachen.

Um die Komplexität der vielen Einzelangaben zu bürgerschaftlichem Engagement zu reduzieren und übersichtlicher zu gestalten, wurden aus den Antworten zu Mitgliedschaft, Teilnahmehäufigkeit, beabsichtigter Mitgliedschaft sowie grundsätzlicher Offenheit

für bzw. Ablehnung eines Engagements drei Skalen für gesellschaftliches Engagement gebildet. In der Skala für traditionelles gesellschaftliches Engagement wird auf sechs Stufen die Intensität des Engagements bis hin zur Ablehnung zusammengefasst. Dies betrifft Vereine, kirchliche Vereinigungen und Hilfsorganisationen. In der analog angelegten Sechspunkte-Skala für neue Formen des Engagements geht es ausschließlich um Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen. Die Ergebnisse zu diesen beiden Skalen werden im Folgenden zuerst vorgestellt, bevor auf die weitere Skala zum Engagement in der Politik eingegangen wird.

Es zeigt sich, dass nur 14 % der Bayern auf keinen Fall für traditionelle Formen des Engagements zu gewinnen sind, während immerhin sechs von zehn Bayern die so genannten neuen Formen bürgerschaftlichen Engagements ablehnen. Im Vergleich zu 2010 hat damit bei beiden Formen die Anzahl der „Ablehner“ leicht abgenommen, während gleichzeitig insbesondere die Zahl der hoch Engagierten gestiegen ist (Tab. 6).

Mehr als die Hälfte der Bayern lässt sich auf der Skala des traditionellen Engagements bei den hoch engagierten Vereinsmitgliedern einordnen, ist also mindestens in einem Verein, Verband oder einer Organisation (außer Bürgerinitiative oder Selbsthilfegruppe) Mitglied, nimmt mindestens regelmäßig oder häufiger an Veranstaltungen teil und / oder übt zudem eine Funktion oder ein Ehrenamt aus. Die 7 % der weniger engagierten Vereinsmitglieder nehmen hingegen nur gelegentlich an Veranstaltungen teil und üben keine Funktion oder ein Ehrenamt aus. Die passiven Vereinsmitglieder (4 %) nehmen nur selten oder nie an Veranstaltungen teil und üben auch keine Funktion oder ein Ehrenamt aus. Potenzielle Vereinsmitglieder (6 %) gehören bisher keiner der traditionellen Organisationen an, planen aber eine Mitgliedschaft, während die 13 % für eine Mitgliedschaft offenen Befragten sich eine Mitgliedschaft zwar vorstellen können, derzeit aber nicht planen. Übrig bleibt somit aus der Gesamtheit der Befragten jene Teilgruppe von 14 %, die keiner traditionellen Organisation angehört und eine Mitgliedschaft auch ablehnt (Tab. 6).

Bei den neuen Formen des Engagements sind die Skalenwerte von 1 bis 6 in identischer Form zu interpretieren. Insgesamt 14 % zeigen sich hoch engagiert, weitere 5 % sind weniger aktiv und 3 % gehören immerhin noch passiv einer derartigen Organisation an. Weitere 4 % planen ein Engagement und 15 % sind immerhin auch ohne konkrete Pläne dafür grundsätzlich offen, während eine Mehrheit von 59 % bürgerschaftliches Engagement in Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen eindeutig ablehnt (Tab. 6).

Bürgerschaftliches Engagement findet somit entgegen oft verbreiteten Vorstellungen zumindest in Bayern immer noch primär in den traditionellen Organisationsformen statt. Ein genereller Trend hin zu mehr Engagement in den neuen Formen lässt sich seit 2010 hingegen nicht feststellen (Tab. 6).

Tabelle 6:

Bestehende und beabsichtigte Mitgliedschaften (Fragen 20 a, b, c, 21 a, b)

	Gesamt 2016	Gesamt 2010	Alter (Jahre)		
			16-34	35-39	60+
Traditionelles gesellschaftliches Engagement ¹⁾					
Hoch engagierte Vereinsmitglieder	56	47	59	58	50
Weniger engagierte Vereinsmitglieder	7	6	7	7	7
Passive Vereinsmitglieder	4	4	4	4	5
Potenzielle Vereinsmitglieder	6	7	5	5	7
Offen für Vereinsmitgliedschaften	13	19	14	11	15
Ablehner einer Vereinsmitgliedschaft	14	17	11	15	16
Neue Formen des Engagements ²⁾					
Hoch engagiert in neuen Formen	14	11	13	14	13
Weniger engagiert in neuen Formen	5	4	5	6	4
Passiv in neuen Formen	3	2	4	3	2
Potenzielles Engagement in neuen Formen	4	5	3	5	4
Offen für Engagement in neuen Formen	15	12	13	14	17
Ablehner eines Engagements in neuen Formen	59	66	62	58	60
Politisches Engagement					
Aktive Funktionsträger	1	1	1	1	1
Aktive einfache Parteimitglieder	3	3	1	5	3
Passive Parteimitglieder	1	2	1	1	2
Potenzielle Parteimitglieder	2	1	1	3	1
Offen für Parteimitgliedschaft	6	9	7	5	7
Nicht kategorisierbare Nichtparteimitglieder	11	6	11	10	12
Ablehner einer Parteimitgliedschaft	76	78	78	75	74

¹⁾ Vereine, kirchliche Vereinigungen, Hilfsorganisationen, sonstige Vereine
²⁾ Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen

Zwischen den Generationen zeigen sich nur relativ geringe Unterschiede. Unter den hoch engagierten Vereinsmitgliedern innerhalb der traditionellen Formen gesellschaftlichen Engagements sind vergleichsweise weniger Ältere, die jüngeren Generationen hingegen leicht überdurchschnittlich vertreten. Gleichzeitig gehören die Jüngeren interessanterweise sogar etwas seltener zu den klaren Ablehnern des Engagements in den traditionellen Formen. Bei den neuen Formen des Engagements zeigen sich nur noch geringere Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Eine grundsätzlich höhere Aufgeschlossenheit der jungen Generation für neue Formen des Engagements lässt sich wie schon 2010 nicht nachweisen (Tab. 6).

Neben den generationenbedingten Unterschieden bei den beiden Skalen für traditionelles Engagement und für Engagement in neuen Formen ergeben sich auch bei einer Betrachtung der verschiedenen Parteianhängerschaften Unterschiede. Bei den traditionellen Organisationsformen sind die Anhänger der CSU und Grünen leicht überdurchschnittlich oft unter den hoch Engagierten zu finden, während die Anhänger der AfD, aber auch der sonstigen Parteien und der FDP überdurchschnittlich häufig zu den Ablehnern eines „traditionellen“ gesellschaftlichen Engagements gehören. Auch bei der Landtagswahlabsicht Unentschlossene zählen etwas häufiger zu den eindeutigen Ablehnern einer Mitgliedschaft bei traditionellen Organisationsformen (Tab. IX im Anhang).

Bei den neuen Formen bürgerschaftlichen Engagements ergibt sich hingegen ein etwas anderes Bild. Hier gehören die Anhänger der Freien Wähler überdurchschnittlich häufig zu den hoch Engagierten. Anhänger der AfD befinden sich allerdings ähnlich wie bei den traditionellen Formen bürgerschaftlichen Engagements auch bei den neuen Formen überdurchschnittlich häufig unter den eindeutigen Ablehnern. Auch derzeitige Nichtwähler bei einer Landtagswahl lehnen ein Engagement in Bürgerinitiativen und / oder Selbsthilfegruppen überdurchschnittlich häufig ab (Tab. IX im Anhang).

Bei der sieben Punkte umfassenden Skala für Engagement in der Politik ergeben sich aufgrund der geringen Mitgliederzahlen zwangsläufig nur geringe Prozentwerte für aktive Funktionsträger (1 %), aktive einfache (3 %) sowie passive Parteimitglieder (1 %). Darüber hinaus sind auch die Potenziale für einen geplanten Parteibeitritt (2 %) und grundsätzliche Offenheit (6 %) sehr gering. Gleichzeitig ist die Zahl der Ablehner einer Parteimitgliedschaft sehr hoch. Im Vergleich zu 2010 ergeben sich bezüglich der geschilderten Teilgruppen und Potenziale so gut wie keine Veränderungen. Tendenziell ist der Anteil der Ablehner einer Parteimitgliedschaft, wenn man die nicht genau einzuordnenden Nichtparteimitgliedern mit hinzurechnet, aber leicht angestiegen (Tab. 6).

Alles in allem haben es Vereine und politische Parteien im Hinblick auf die Häufigkeit der Teilnahme bei der Ausübung bürgerschaftlichen Engagements offenbar spürbar einfacher, ihre Mitglieder zu einer möglichst regelmäßigen Teilnahme zu bewegen, als in Hilfsorganisationen, kirchlichen Vereinigungen, Selbsthilfegruppen und vor allem Bürgerinitiativen.

Im Vergleich zu 2010 ist der Anteil der Engagierten, die häufig oder regelmäßig an Veranstaltungen teilnehmen, bei den politischen Parteien, Hilfsorganisationen und Selbsthilfegruppen gestiegen. Bei den Vereinen und Bürgerinitiativen ergeben sich hingegen so gut wie keine Änderungen. Nur bei den kirchlichen Vereinigungen lässt sich eine leicht rückläufige Aktivität feststellen.

Bei der Ausübung von Funktionen und Ehrenämtern lässt sich hingegen bei den politischen Parteien ein Rückgang feststellen. Gleiches gilt auch für den großen Bereich der Vereine und in geringem Maße auch für die kirchlichen Vereinigungen. Erfreulicherweise zeigen die Jungen im Gegensatz zu 2010 kein grundsätzlich unterdurchschnittliches Engagement mehr.

Bei der Reduktion der vielen Einzelantworten auf Fragen zu Art und Umfang der Partizipation auf drei Skalen des Engagements für traditionelle und neue Organisationsformen und auch für die Politik zeigt sich, dass bürgerschaftliches Engagement immer noch primär in den traditionellen Organisationsformen abläuft. Traditionelle Formen des Engagements mit Ausnahme der Mitgliedschaft in einer Partei werden nämlich explizit nur von einem Siebtel der Bürger in Bayern abgelehnt, neue Formen des Engagements wie Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen hingegen durch knapp 60 % und ein Engagement in der Politik sogar von drei Viertel der Bayern. Ein genereller Trend hin zu mehr Engagement in neuen Formen sozialen und gesellschaftlichen Engagements lässt sich damit seit 2010 nicht feststellen.

2.5.4 Verankerung der Politik im vorpolitischen Raum

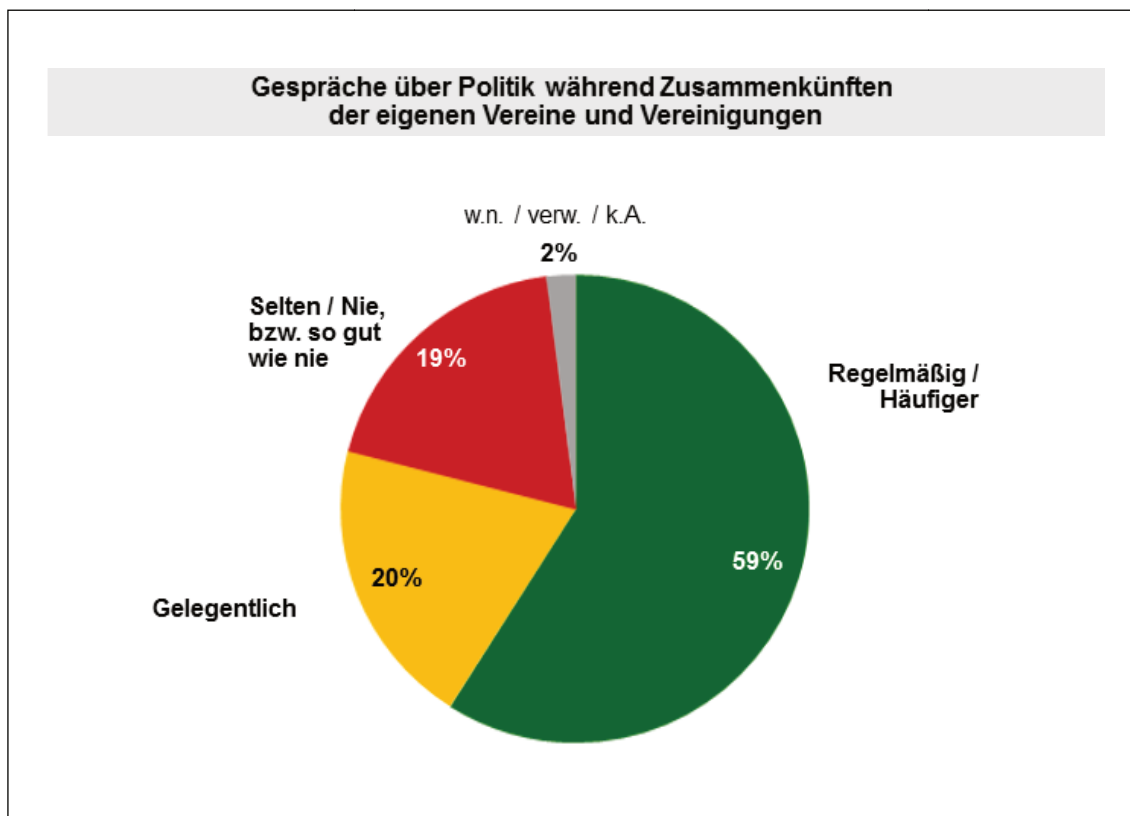
Ein Erfolgsfaktor für die politischen Parteien, insbesondere für die Volksparteien CDU, CSU und SPD, war in der Vergangenheit deren Verankerung im vorpolitischen Raum. Parteimitglieder waren häufig gleichzeitig auch in Vereinen aktiv oder engagierten sich zum Beispiel in sozialen Organisationen, initiierten im Rahmen des Vereinslebens auch Gespräche über Politik und konnten als Meinungsbildner die Bindung anderer Vereinsmitglieder an die von ihnen vertretenen Parteien stärken. In der letzten Grundlagenuntersuchung 2010 zeigte sich, dass von einer Monopolstellung der Volksparteien insgesamt sowie insbesondere der CSU angesichts der alles in allem geringen Anteile von Vereinen mit starker politischer Verankerung und gleichzeitigem starken Parteieinfluss nicht (mehr) gesprochen werden konnte. Allerdings fanden je nach Organisationsform immerhin noch in 26 % (kirchliche Vereinigungen) bis 69 % (Bürgerinitiativen) grundsätzlich regelmäßig oder häufiger Gespräche über Politik statt, die allerdings vermutlich auch sehr viel mit den konkreten Aufgabenstellungen und Themen der jeweiligen Organisationen zu tun hatten.

Nachdem dieser Aspekt 2010 zentraler Bestandteil der Untersuchung war, wurde in der aktuellen Studie wegen neuer Themenschwerpunkte nur noch grundsätzlich erfragt, ob auf Veranstaltungen oder Zusammenkünften in Vereinigungen, denen man sich angeschlossen hat, auch Gespräche über Politik stattfinden. In mehr als der Hälfte der Fälle (59 %) ist dies zumindest in einer Vereinigung der Fall. Bei einem Fünftel der Bayern, die Mitglieder einer Vereinigung (mit Ausnahme einer politischen Partei) sind, wird immerhin noch gelegentlich über Politik gesprochen. Ebenso häufig finden aber auch nur selten oder (so gut wie) nie Gespräche über Politik statt (Abb. 23).

Auch wenn ein Vergleich mit 2010 aufgrund der veränderten Fragestellung (keine detaillierte Abfrage für die unterschiedlichen Formen) nur noch sehr eingeschränkt möglich ist, zeigt sich, dass sich tendenziell eher keine Veränderungen ergeben haben. Grundsätzlich ist es wohl auch weiterhin so, dass in Hilfsorganisationen und Bürgerinitiativen mehr Gespräche über Politik geführt werden als in Vereinen, Selbsthilfegruppen und kirchlichen Vereinigungen. Aufgrund der Mehrfachmitgliedschaften in verschiedenen Organisationsformen können hierzu allerdings keine eindeutigen Aussagen gemacht werden, da im Gegensatz zu 2010 auf eine detaillierte Abfrage für jede einzelne Form des Engagements verzichtet wurde.

Abbildung 23: Gespräche über Politik in den Vereinigungen (Frage 22)

Basis: Mindestens einer Vereinigung (außer Parteien) angeschlossen; n = 1.157



Alles in allem finden in mehr als der Hälfte der Vereinigungen, denen sich die Bayern mit Ausnahme von politischen Parteien angeschlossen haben, regelmäßig oder häufiger Gespräche über Politik statt. Zählt man die Vereinigungen hinzu, in denen zumindest gelegentlich über Politik gesprochen wird, so tauscht man sich insgesamt in gut drei Viertel der Vereinigungen in Bayern auch über Politik aus. Das bedeutet insgesamt, dass sich etwa 56 % der Bevölkerung in Bayern im Rahmen ihres sozialen und gesellschaftlichen Engagements über Politik austauschen. Politik und Parteien haben somit immer noch erhebliche Kommunikationsmöglichkeiten im vorpolitischen Raum.

3. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Politisches Interesse

Trotz der vielen aktuellen, drängenden politischen Fragen in dieser als ausgesprochen „politisiert“ zu bezeichnenden Zeit mit lebhaften Kontroversen zum Beispiel zu den Themen Flüchtlinge und EU gibt es in Bayern seit 2010 offenbar keine messbare Steigerung des politischen Interesses. Die in politischen Debatten immer wieder behauptete Entpolitisierung der Jugend lässt sich aber im Verlauf der letzten fünf Jahre ebenfalls nicht beobachten. Dafür bestätigt sich erneut der eindeutige Zusammenhang zwischen Bildungsabschluss und politischem Interesse, der die Notwendigkeit verstärkter politischer Bildungsarbeit insbesondere bei Personen mit geringeren Bildungsabschlüssen nahelegt.

Einstellungen zur repräsentativen Demokratie

Während das politische Interesse seit 2010 einigermaßen stabil geblieben ist, ist im Hinblick auf die Demokratiezufriedenheit bei der Betrachtung des Indexwertes (Differenz zwischen „sehr zufriedenen“ und „nicht zufriedenen“ Befragten) in den letzten fünf Jahren eine negative Entwicklung auszumachen. Insgesamt bewegen sich die Werte für die Demokratiezufriedenheit nach etwas besseren Werten im Jahr 2009 nun wieder im Bereich der Jahre 2002 und 2003. Der Indexwert für die Demokratiezufriedenheit bedarf allerdings einer gewissen Relativierung. Er berücksichtigt nämlich nicht diejenigen, die die Verwirklichung des Ideals der Demokratie als nicht perfekt, sondern als teils mit Fehlern behaftet erleben und die deshalb „nur einigermaßen zufrieden“, aber nicht eindeutig unzufrieden sind. Hinzu kommt, dass in die Urteile zur Demokratiezufriedenheit nicht nur Systemaspekte, sondern in erheblichem Umfang auch die aktuellen Wahrnehmungen zur Performance von Politik und Parteien einfließen. In den Jahren 2002 und 2003 war dies zum Beispiel die große Unzufriedenheit mit der rot-grünen Koalition wegen der hohen Arbeitslosigkeit, während aktuell vor allem die Unzufriedenheit mit der Bewältigung der Flüchtlingskrise eine dominierende Rolle spielen dürfte. Vor diesem Hintergrund erreicht der Index mit einem Wert von -28 den zweitschlechtesten Wert seit Durchführung der Studie aus dem Jahr 2000. Die mittlerweile gleichhohen Potenziale an einigermaßen Zufriedenen und Unzufriedenen sind in jedem Fall als bedenklich anzusehen, auch wenn der Anteil der sehr Zufriedenen gleichzeitig leicht angestiegen ist und die Sichtweisen somit etwas polarisierter sind als früher.

Die Begründungen für die eigene Zufriedenheit mit der Demokratie werden neben den typischen, eher allgemeinen Aussagen auch stark mit konkreten demokratischen Errungenschaften der Bundesrepublik wie Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit verknüpft.

Eine Verbindung mit spezifischen Sachthemen wird bei den positiven Begründungen eher nicht hergestellt. Dies ist dagegen insbesondere bei den kritischen Äußerungen der Fall: Hier wird vor allem Kritik am Verhalten von Politikern und Parteien geübt. Bereits an zweiter (bzw. sogar erster Stelle der Kritik bei den „einigermaßen mit der Demokratie Zufriedenen“) folgt mit der Flüchtlingskrise ein sehr spezifisches Einzelthema, das viele Bayern an der Funktionstüchtigkeit des Staates in Deutschland zweifeln lässt. Die Bedeutung brennender Einzelthemen wie der Flüchtlingskrise, aber auch von Folgethemen wie zum Beispiel der Inneren Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung muss allerdings vor dem Hintergrund der zum Jahreswechsel 2015/2016 auf einem Höhepunkt befindlichen Flüchtlingskrise gesehen werden. Ob diese Themen die politische Agenda langfristig über mehrere Jahre dominieren werden, bleibt abzuwarten. Nur in diesem Fall könnten sie jedoch nachhaltig und dauerhaft zur Unzufriedenheit mit dem demokratischen System beitragen.

Als eine Möglichkeit zu einer stärkeren Bindung der Bürger an die Politik werden vielfach auch neue Abstimmungsformen vorgeschlagen. Die dabei oftmals genannten Referenden und Plebiszite sind, wohl auch wegen der Einführung von Volksabstimmungen und -entscheiden oder anderen Formen der direkten Demokratie in den Bundesländern, im Laufe der letzten Jahre ein wichtiges und überwiegend akzeptiertes Element der Demokratie in Deutschland geworden. Allerdings muss trotzdem davon ausgegangen werden, dass Teilnahmebereitschaft und tatsächliche Teilnahme bei einer Einführung direktdemokratischer Formen auch auf Bundesebene trotz der generellen Zustimmung zum Instrument nicht unbedingt hoch sein dürften: Das Auseinanderklaffen der Zustimmungswerte für Plebiszite und die bisherigen tatsächlichen Teilnahmequoten bei Abstimmungen auf Länder- und kommunaler Ebene lassen insgesamt eine gewisse Skepsis berechtigt erscheinen. Offenbar will man einerseits das Angebot bzw. die Option auf direktdemokratische Teilhabe, andererseits aber die Freiheit, darüber zu entscheiden, ob man zum Beispiel im Fall persönlicher Betroffenheit durch ein Thema diese Option wahrnehmen will. Ob die daraus entstehenden möglichen Legitimitätsprobleme solcher Referenden ihre Einführung rechtfertigen, ist zumindest teilweise fraglich. Hinzu kommt, dass mindestens vier von zehn Wählern in Bayern eine Vermischung von Elementen der repräsentativen parlamentarischen und der direkten Demokratie für nicht praktikabel halten.

Wahlen und Wahlverhalten

Bei der Abfrage der Wichtigkeit von Wahlen und Abstimmungen zeigt sich die weiter überragende Wichtigkeit von Bundes- und Landtagswahlen, offenbar weil es hier ganz eindeutig um die Verteilung von Regierungsmacht für eine Legislaturperiode geht. Plebiszite scheinen wohl durch ihre Etablierung unter den Instrumenten der politischen Willensbildung auf Kommunal- und Landesebene mittlerweile einen festen Platz zu haben. Sie sind den Bayern nämlich inzwischen ebenso wichtig wie Kommunalwahlen. Dagegen

setzt sich die Legitimitätskrise der EU auch in der Wahrnehmung der vergleichsweise geringsten Bedeutung von Wahlen zum Europäischen Parlament fort.

Die trotz der durch viele Bayern geäußerten hohen Wichtigkeit von Wahlen stetig gesunkene Wahlbeteiligung muss durchaus Anlass zur Sorge geben, zumal die Gründe hierfür verstärkt mit Ärger über aktuelle politische Vorgänge oder aus Bürgersicht „faule Kompromisse“ in Verbindung gebracht werden. Die normalen Ermüdungserscheinungen einer in die Jahre gekommenen repräsentativen parlamentarischen Demokratie werden stattdessen immer seltener als entscheidender Grund für den seltener praktizierten Urnengang angesehen.

Im Gegensatz zu den Untersuchungen 2005 und 2010 haben sich auch vermeintliche Widersprüche in der Selbsteinstufung des Wahlverhaltens aufgelöst. So finden sich heute viel mehr Wähler als damals innerhalb der Gruppe derer, die nur bei bestimmten Wahlen, d. h. anlassbezogen, wählen gehen. Allerdings ist durch das gleichzeitige Schrumpfen der Gruppe derer, die (fast) immer wählen, auch eine Veränderung des Wahlverhaltens innerhalb der bayerischen Wahlbevölkerung ableitbar. So hat offenbar die jedes Mal neu aufgeworfene und in jedem Einzelfall getrennt entschiedene Frage einer Wahlteilnahme heute ein deutlich höheres Gewicht als noch vor knapp sechs Jahren, wo das Wählen aus Gewohnheit, unter anderem auch wegen Befolgung der Wahlnorm, noch deutlich häufiger praktiziert wurde.

Bei den Einstufungen als „typischer Stammwähler“ und „typischer Wechselwähler“ ergeben sich seit 2010 jedoch kaum Veränderungen. Die bereits in den vorherigen Untersuchungen beginnende Angleichung des Wahlverhaltens nach Altersgruppen setzt sich dagegen fort, insgesamt sind ältere Wähler nur noch im Hinblick auf das Wählen bei (fast allen) Wahlen eher zur Wahlteilnahme bereit als die jüngeren Altersgruppen. Allerdings reicht die grundsätzliche Wahlbereitschaft vor allem bei einer als unwichtig empfundenen Wahl insgesamt oft nicht mehr aus, den guten Vorsatz der Teilnahme am Wahlsonntag auch in die Tat umzusetzen.

Das Wählen wird zumeist mit der Notwendigkeit zur Partizipation und dem eigenen Beitrag an der im Regelfall positiv bewerteten Gesellschaftsform der Demokratie begründet. Nicht regelmäßige und Gelegenheitswähler haben zumeist ebenfalls eine deutlich positive Einstellung zum Wahlakt, sehen aber einige Wahlen als nicht wichtig genug an. Den bei einer unwichtigen Wahl relativ großen Aufwand, wählen zu gehen, wollen sie dann offenbar nicht auf sich nehmen. Bei den Nichtwählern gibt es neben dem Gefühl, durch die Politik nicht mehr vertreten zu werden, weitere, deutlich stärkere Entkopplungseffekte: Gerade die Wahrnehmung von politischer Ohnmacht und fehlender Anreize zum Wählen sind hier oftmals Ausdruck einer langfristigeren, nicht nur zeitweisen Abwendung vom politischen System in Bayern bzw. der Bundesrepublik.

Sofern unterschiedliche Wahlentscheidungen in Bund und Land getroffen werden, fallen diese überwiegend aufgrund der unterschiedlichen inhaltlichen Ausrichtungen der Bundes- bzw. Landesparteien. Allerdings wird deutlich, dass auch unterschiedliche Einzelmotive miteinander verknüpft werden: So wird beispielsweise eine taktische Wahl durchaus auch mit inhaltlichen Aspekten begründet (zum Beispiel Protest gegen Regierungsentscheidungen). Gleiches gilt für das je nach Ebene teilweise schlechter oder wegen Haltungen zu speziellen Sachthemen besonders kritisch bewertete politische Personal: Ein aktuelles Beispiel ist in diesem Zusammenhang die Wahrnehmung der Bundeskanzlerin in Verbindung mit der Flüchtlingspolitik.

Insgesamt findet die demokratisch verfasste Gesellschaftsform in Bayern und Deutschland trotz all dieser wahrgenommenen Mängel weiterhin hohe Akzeptanz. Dazu gehört auch die Bejahung der Verantwortung des einzelnen Bürgers zum Erhalt der Demokratie in ihrer derzeitigen Form. Das Gefühl, durch die Wahl die Politik direkt beeinflussen zu können, hat dagegen nur eine Minderheit. Die direkte Vertretung der eigenen Meinung durch die Politik wird also eher nicht erwartet, wenngleich man als Wähler nach überwiegender Auffassung trotzdem durch seine Wahlentscheidung an der Willensbildung teilnehmen sollte. Handfeste Kritik an Parteien in grundsätzlicher Form und am Wahlsystem spielt im Gegensatz zur Kritik an einzelnen Akteuren und zur aktuell als schlecht empfundenen Performance der Politik bei wichtigen Themen nur eine untergeordnete Rolle.

Bei den offen erfragten Vorschlägen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung werden trotz dieser kritischen Haltung vieler nur von jedem dritten Bayern konkrete Maßnahmen vorgebracht. Insgesamt deutlich häufiger sehen die Befragten als Ursachen für die niedrige Wahlbeteiligung hingegen das Verhalten der Parteien und der Politiker sowie die ungelösten politischen Probleme. Die wichtigsten Einzelaspekte sind hierbei mangelnde Glaubwürdigkeit der Politik (z. B. aufgrund von gebrochenen Wahlversprechen) und fehlende Bürgernähe. Bei den konkreten Vorschlägen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung lassen sich keine eindeutigen Schwerpunkte feststellen. Am ehesten wird noch angeregt, die Bedeutung von Wahlen stärker in der Öffentlichkeit hervorzuheben und Erst- und Jungwähler beispielsweise durch Aktionstage an Schulen besser an politische Wahlen heranzuführen.

Die Einführung eines bundesweiten Aktionstages an Schulen halten auch unter den gestützt abgefragten Vorschlägen mit deutlichem Abstand die meisten Bayern zur Erhöhung der Wahlbeteiligung für am geeignetsten. Aber auch die Ausweitung direktdemokratischer Elemente durch die Einführung von bundesweiten Volksabstimmungen, die bessere Bekanntmachung der Briefwahl und die Verbesserung der Wahlbedingungen für im Ausland lebende Deutsche werden durch mehr als 60 % der Bayern als probate Instrumente zur Erhöhung der Wahlbeteiligung angesehen.

Befragte, die sich selbst als Nichtwähler einordnen, machen grundsätzlich weniger Vorschläge zu Maßnahmen für eine Erhöhung der Wahlbeteiligung und bewerten auch die vorgegebenen Vorschläge etwas kritischer. Ausnahmen hiervon sind lediglich die Ausweitung des Wahlzeitraumes auf mehrere Tage sowie der Öffnungszeiten der Wahllokale.

Individuelle Rahmenbedingungen für Partizipation und Engagement

In Verbindung mit den Rahmenbedingungen für Partizipation und Engagement vertritt nach wie vor relativ konstant ein gutes Drittel der Bayern ohne Einschränkungen die Ansicht, dass sich die meisten Menschen in Deutschland sozial und gesellschaftlich zu wenig engagieren. Im Hinblick auf die eigene Person gesteht nach wie vor sogar ungefähr die Hälfte der Bayern ein, sich auch selbst zu wenig zu engagieren. Schlechte Rahmenbedingungen vor Ort können dabei allerdings immer seltener als Grund gegen ein persönliches Engagement ins Feld geführt werden, da diese nochmals deutlich besser bewertet werden als noch 2010.

Engagement in traditionellen und neuen Strukturen

Die höchsten Bevölkerungsanteile in Bayern sind weiterhin in Vereinen verschiedenster Zielsetzung engagiert. Nach einem Rückgang der Vereinsmitgliedschaften zu den Messzeitpunkten 2002 und 2010 wird in diesem Jahr mit 47 % wieder ungefähr der Wert aus dem Jahr 1995 erreicht. Die „traditionelle“ Vereinsmitgliedschaft erlebt also eine gewisse Renaissance. Auch bei den Hilfsorganisationen und Bürgerinitiativen lassen sich erhebliche Zunahmen der Zugehörigkeit feststellen. Während der Anteil bei den Hilfsorganisationen eher leicht von 15 % im Jahr 1995 auf nunmehr 20 % angestiegen ist, engagieren sich mit 19 % nun mehr als doppelt so viele Bayern in Bürgerinitiativen wie im Jahr 1995. Lediglich bei politischen Parteien und Selbsthilfegruppen sind weitere Abwärtsentwicklungen erkennbar.

Weil sich bei Umfragen zu politischen Themen eher politisch Interessierte und somit auch Parteimitglieder überproportional beteiligen, sind diese Quoten zwar systematisch überhöht. Dennoch haben die Veränderungen der Quoten für eine Mitgliedschaft in politischen Parteien und Bürgerinitiativen aber als Trend hohe Aussagekraft: Zwar verzeichnen die traditionellen Formen der Mitgliedschaften in Vereinen und Hilfsorganisationen wieder Zuwächse. Dessen ungeachtet lässt sich im politischen Bereich weiterhin die schon 2010 festgestellte Entwicklung zu weniger dauerhaftem, eher informellem politischem Engagement in Bürgerinitiativen zu Lasten der politischen Parteien erkennen – eine Entwicklung, die auch durch das Entstehen neuer politischer Parteien wie der AfD nicht aufgehoben wurde. Der Rückgang bei den Parteimitgliedschaften muss aufgrund des

ansteigenden Engagements in Bürgerinitiativen aber keinesfalls einen generellen Bedeutungsverlust der Politik im engeren Sinne zur Folge haben. Gerade im Rahmen der Flüchtlingskrise zeigte sich, dass spontan organisierte Hilfe über Hilfsorganisationen oder Bürgerinitiativen durchaus auch häufig mit klaren politischen Positionierungen einhergingen.

Im Hinblick auf konkret geplante Mitgliedschaften und auch hinsichtlich einer grundsätzlichen Offenheit für eine Mitgliedschaft besitzen vor allem Vereine jedweder Art, Hilfsorganisationen, Bürgerinitiativen und auch kirchliche Vereinigungen die vergleichsweise größten Potenziale. Während diese Potenziale in der neuesten Untersuchung bei Hilfsorganisationen und Bürgerinitiativen etwas höher ausfallen als noch 2010, sind sie bei den anderen Organisationsformen leicht zurückgegangen. Dies hängt bei den Vereinen primär auch damit zusammen, dass die Mitgliedschaften dort seit 2010 bereits angestiegen sind. Ein Trend zu geringerem bürgerschaftlichem Engagement lässt sich deshalb daraus keinesfalls ablesen. Die nur geringe Bereitschaft vieler Bayern, Mitglied in einer politischen Partei zu werden, zeigt allerdings, dass bei der derzeitigen negativen Mitgliederentwicklung der meisten Parteien keine Trendwende zu erwarten ist.

Unverändert groß ist weiterhin auch die Bereitschaft zu einem zusätzlichen Engagement bei Befragten, die bereits Mitglied in einem Verein, einer Vereinigung oder einer Organisation sind. Offenbar ist ein bereits erfolgtes Engagement kein Hinderungsgrund für weitere Aktivitäten, sondern scheint sogar noch zu weiterem Engagement zu motivieren.

Im Gegensatz zu 2010 zeigt sich bei den Jungen keine grundsätzlich geringere Bereitschaft mehr, sich gesellschaftlich zu engagieren. Bei Vereinen und Hilfsorganisationen fällt sie sogar überdurchschnittlich hoch aus. Ob dies nur eine Momentaufnahme oder vielleicht sogar der Beginn einer Trendwende ist, kann allerdings erst in Folgeuntersuchungen geklärt werden.

Im Hinblick auf die Häufigkeit der Teilnahme bei der Ausübung bürgerschaftlichen Engagements haben es Vereine und politische Parteien offenbar spürbar einfacher, ihre Mitglieder zu einer möglichst regelmäßigen Teilnahme zu bewegen als Hilfsorganisationen, kirchliche Vereinigungen, Selbsthilfegruppen und vor allem Bürgerinitiativen. Im Vergleich zu 2010 ist der Anteil der Engagierten, die häufig oder regelmäßig an Veranstaltungen teilnehmen, bei den politischen Parteien, Hilfsorganisationen und Selbsthilfegruppen gestiegen. Bei den Vereinen und Bürgerinitiativen ergeben sich hingegen so gut wie keine Änderungen. Nur bei den kirchlichen Vereinigungen lässt sich eine leicht rückläufige Aktivität feststellen.

Bei der Ausübung von Funktionen und Ehrenämtern lässt sich hingegen bei den politischen Parteien ein Rückgang feststellen. Gleiches gilt auch für den großen Bereich der

Vereine und in geringem Maße auch für die kirchlichen Vereinigungen. Erfreulicherweise zeigen die Jungen im Gegensatz zu 2010 kein grundsätzlich unterdurchschnittliches Engagement mehr.

Bei der Reduktion der vielen Einzelantworten auf Fragen zu Art und Umfang der Partizipation auf drei Skalen des Engagements für traditionelle und neue Organisationsformen sowie auch für die Politik zeigt sich, dass bürgerschaftliches Engagement immer noch primär in den traditionellen Organisationsformen abläuft. Traditionelle Formen des Engagements mit Ausnahme der Mitgliedschaft in einer Partei werden nämlich explizit nur von einem Siebtel der Bürger in Bayern abgelehnt, neue Formen des Engagements wie Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen hingegen durch knapp 60 % und ein Engagement in der Politik sogar von drei Viertel der Bayern. Ein genereller Trend hin zu mehr Engagement in neuen Formen sozialen und gesellschaftlichen Engagements lässt sich damit seit 2010 nicht feststellen.

Gespräche über Politik finden in mehr als der Hälfte der Vereinigungen, denen sich die Bayern mit Ausnahme von politischen Parteien angeschlossen haben, regelmäßig oder häufiger statt. Zählt man die Vereinigungen hinzu, in denen zumindest gelegentlich über Politik gesprochen wird, so tauscht man sich insgesamt in gut drei Viertel der Vereinigungen in Bayern auch über Politik aus. Das bedeutet insgesamt, dass sich in etwa 56 % der Bevölkerung in Bayern im Rahmen ihres sozialen und gesellschaftlichen Engagements über Politik austauschen. Politik und Parteien haben somit immer noch erhebliche Kommunikationsmöglichkeiten im vorpolitischen Raum.

Schlussfolgerungen

Die Vielzahl von Einzelbefunden der neuen Grundlagenuntersuchung der Hanns-Seidel-Stiftung zum Thema repräsentative Demokratie und politische Partizipation in Bayern lässt eine ganze Reihe von generellen Schlussfolgerungen zur Gegenwart und Zukunft von Politik und Gesellschaft im Land zu:

- Die Idee der Demokratie wird durch die Bayern weiterhin ausgesprochen positiv gesehen, fundamentale Kritik am System der repräsentativen parlamentarischen Demokratie ist selten.
- Insgesamt gehen die Bayern aber kritischer mit „ihrer“ Demokratie ins Gericht als zu früheren Untersuchungszeitpunkten: Die weiterhin hohe Akzeptanz des Systems bei gleichzeitig oftmals recht kritischer Sicht des momentanen Zustands der Demokratie deutet darauf hin, dass viele Befragte durchaus eine Reihe verschiedener Missstände sehen. Diese Erkenntnis wird allerdings durch die vielen Nennungen zur „Flüchtlingskrise“ ein wenig relativiert. Sie überlagert als zum Erhebungszeitpunkt alles bestimm-

des Sachthema ganz eindeutig tatsächliche, inhaltliche Kritik am politischen System in Bayern und in der Bundesrepublik. Abtun darf man den hier geäußerten Unmut jedoch nicht. Insgesamt fallen die Bayern vor allem auch wegen der häufigen Begründung einer Nichtwahl mit aktuellen politischen Vorgängen ein viel stärker an Sachfragen und Medieninhalten und weniger ein am Zustand der Demokratie ausgerichtetes Urteil über die Politik. Bei Fortsetzung dieses Trends ist eine noch stärkere Entwicklung zu einer aufregungs- und themenkonjunkturabhängigen Demokratie zu erwarten.

- Augenscheinlich führen die Vorbehalte gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik gemeinsam mit der schon seit langen Jahren üblichen Skepsis gegenüber der Politik und den Politikern mittlerweile auch in einer verstärkt geforderten Entwicklung der repräsentativen Demokratie hin zu einem Mischsystem. Bei diesem sollen aus Sicht der Bevölkerung auch auf Bundesebene Volksabstimmungen und Volksentscheide durchgeführt werden. Diese schon lange erhobene Forderung erhält durch die vermehrte Durchführung und durch die von politischen Entscheidungsträgern auch anerkannten Ergebnisse solcher Entscheide auf Kommunal- und Länderebene zusätzlichen Rückhalt. Auch hier sollten die Ergebnisse allerdings vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation gesehen werden. Zudem geben die zu erwartenden geringen Teilnahmequoten bei Volksabstimmungen auf Bundesebene keinen Anlass zu vorschnellem Handeln in diesem Bereich, zumal vier von zehn Bayern eine Vermischung direktdemokratischer Elemente mit dem System der repräsentativen parlamentarischen Demokratie für nicht praktikabel halten.
- Die Tatsache, dass sich mehr Personen als realistischweise in der Gesamtbevölkerung vertreten selbst als „Stammwähler“ bezeichnen, dürfte vor allem an der gegenüber früher veränderten Wahrnehmung des Begriffs in der Wählerschaft liegen. So sehen sich viele Befragte entgegen der Verwendung des Begriffs in der Forschung bereits dann als „Stammwähler“, wenn sie zwei oder drei Mal hintereinander bei kurz aufeinanderfolgenden Wahlen dieselbe Partei gewählt haben. Hinzu kommen jene so genannten temporären Stamm- oder Nichtwähler, die nur bei persönlicher Betroffenheit oder „wichtigen“ Wahlen auf Bundes- und Landesebene teilnehmen, aber im Falle einer Wahlteilnahme dann immer dieselbe Partei wählen.
- Die gestiegene Zahl der temporären Nichtwähler mit wechselnder Wahlentscheidung, die nur an bestimmten Wahlen teilnehmen oder in einigen Zeiträumen gar nicht wählen, ist auch auf die Auflösung gesellschaftlicher Milieus und die individueller werdenden Gründe für Wahlteilnahme und Wahlentscheidung zurückzuführen. Eine Wahlteilnahme wird heute nach weitgehender Auflösung klassischer gesellschaftlicher Konfliktstrukturen eher mit der persönlichen Betroffenheit verknüpft als mit der Repräsentation der eigenen sozialen Gruppe durch eine Partei. Die permanente Unterstützung einer Partei durch Wahlteilnahme ohne besonderen Anlass, aber auch durch dauerhafte Mitgliedschaft wird dadurch immer unwahrscheinlicher.

- Problematischer als die infolge des Wertewandels gestiegene Zahl der temporären Nichtwähler ist allerdings, dass es auch viele Bayern gibt, die sich grundsätzlich nie an Wahlen beteiligen. Die notorischen Nichtwähler zeigen oftmals eindeutige Entkopplungsanzeichen von der Politik, weil sie vielfach keine Anreize nennen können, durch die sie wieder zu einer Wahlteilnahme bewegt werden könnten.
- Auch viele regelmäßige und auch Gelegenheitswähler sehen allerdings nur die Möglichkeit, an vielen Vorschlägen und Faktoren gleichzeitig zu arbeiten, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. „Der eine Vorschlag“ zu einer substantziellen Steigerung der Wahlbeteiligung lässt sich nicht ausmachen.
- Dennoch könnte besonders die Ausweitung des Wahlzeitraums durch längere Öffnungszeiten der Wahllokale und durch Wahlmöglichkeit an mehreren Tagen dazu beitragen, mehr Wahlberechtigte an die Wahlurne zu bringen, die eher nur aus Bequemlichkeit nicht an unwichtig empfundenen Wahlen teilnehmen. Gerade der Anteil dieser temporären Nichtwähler ist, wie die Untersuchungsergebnisse zeigen, nicht unerheblich. In diesem Zusammenhang und bei dieser Teilgruppe der Wählerschaft spielt deshalb auch die Briefwahl eine wichtige Rolle.
- Eine nachhaltige Rückgewinnung der notorischen Nichtwähler dürfte dagegen schon aufgrund der oftmals geäußerten Kritik und Frustration angesichts „nicht eingehaltener Wahlversprechen“ und „fauler Kompromisse“ deutlich schwieriger zu erreichen sein. Sie verkennen offenbar in Teilen die Notwendigkeiten, die bei der Einhaltung demokratischer Prinzipien und Kompromissnotwendigkeiten in einer pluralistischen Gesellschaft mit Koalitionsregierungen bestehen und sehen ihre eigene Position relativ rigide als unzureichend repräsentiert an. Die bisher vorgebrachten Ansätze für eine Erhöhung der Wahlbeteiligung dürften bei dieser Gruppe nur bedingt effektiv sein. Allerdings sollte man es nicht unversucht lassen, durch entsprechende schulische Erziehung und politische Bildungsarbeit die Kompromissbereitschaft in dieser Wählergruppe zu erhöhen und damit Kritik und Frustrationsschwellen abzusenken.
- Das bürgerschaftliche Engagement als „Eintrittsraum zum Politischen“ ist unverkennbar weiterhin ein wichtiger Faktor für Teilhabe an der Politik und in vielen Fällen sogar wichtiger geworden. Der Rückgang bei den Parteimitgliedschaften kann aufgrund des ansteigenden Engagements in Bürgerinitiativen auch keinesfalls als Bedeutungsverlust der Politik im engeren Sinne interpretiert werden. Gerade im Rahmen der Flüchtlingskrise zeigte sich, dass hier spontan organisierte Hilfe über Hilfsorganisationen oder Bürgerinitiativen durchaus auch häufig mit klaren politischen Positionierungen einherging. Trotzdem bleiben Mitgliederschwund und das insgesamt eher geringe Interesse an Mitgliedschaften für die Parteien und ihre gesellschaftliche Bedeutung problematisch, weil die Rekrutierung kompetenten politischen Nachwuchses immer schwerer werden dürfte.

- Als problematisch könnte sich außerdem erweisen, dass auch bei anderen Organisationsformen des bürgerschaftlichen Engagements der Trend eher in Richtung eines loseren Engagements in traditionellen Formen mit Teilnahme an Veranstaltungen, aber ohne die Übernahme von Mandaten und Ehrenämtern geht. Möglicherweise ist dies auch eine Folge der zunehmenden Neigung, sich sowohl im beruflichen als auch im privaten Bereich nicht zu stark zu binden. Solchen gesamtgesellschaftlichen Trends durch die Politik zu begegnen, dürfte sehr schwer oder unmöglich sein. Dennoch erscheint eine Stärkung des Ehrenamts in der Zukunft als ein notwendiger Schritt zur Erhaltung der in den Vereinen und Vereinigungen vorhandenen, gesellschaftlich stützenden Strukturen.
- Nicht übersehen werden sollte zudem, dass der so genannte vorpolitische Raum keineswegs völlig unpolitisch geworden ist. In nahezu allen Organisationen wird unabhängig von deren Zielsetzung mehr oder weniger lebhaft über aktuelle politische Vorgänge diskutiert. Deshalb besteht auch hier ein Ansatzpunkt, über entsprechende Kommunikation das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Teilhabe an der Politik durch Wahlbeteiligung und andere Formen der Partizipation zu stärken.

Insgesamt liefert diese Studie bei der Fortschreibung von Einstellungs- und Verhaltens-trends in Bayern in Verbindung mit gesellschaftlichem Engagement und politischer Partizipation eine Reihe wertvoller Informationen. Sie ist auch ein sinnvoller Beitrag zur partei-übergreifenden Initiative zur Steigerung der Wahlbeteiligung auf allen politischen Ebenen in mehrerlei Hinsicht. So können aus den Einstellungen zum derzeitigen Zustand und zur Entwicklung der Demokratie sowie der damit verbundenen Defizitwahrnehmungen teilweise konkrete Ansatzpunkte für eine Erhöhung der Attraktivität der Demokratie abgeleitet werden. Ein Beispiel ist die Ausweitung von direkten Beteiligungsformen oder die Ausweitung der Wahlzeiträume. Dies dürfte insbesondere temporäre Nichtwähler, die Wahlen eher aus Bequemlichkeit oder wegen fehlender eigener Betroffenheit auslassen, betreffen. Es ist andererseits zu vermuten, dass dauerhafte Nichtwähler dadurch nicht unbedingt zu erreichen sind. Ferner wird deutlich, dass eine Stabilisierung der Beteiligungsquoten bei Wahlen oder gar eine Erhöhung allenfalls nur sehr langfristig und durch eine Vielzahl von einander ergänzenden Maßnahmen zu erreichen ist. Dabei bieten einige der prominenten Kritikpunkte besonders der notorischen Nichtwähler, wie beispielsweise die fehlende Einhaltung der Wahlversprechen durch die Parteien, Chancen für die schulische und politische Bildungsarbeit unter Erwachsenen.

4. Anhang (Abbildungen und Tabellen)

Tabelle I: Politisches Interesse nach Alter und Bildung (Frage 1)

Interessiere mich für Politik...	Gesamt	Alter (Jahre)			Bildung		
		16-34	35-59	60+	Niedrig	Mittel	Hoch
Sehr stark	19	19	20	19	17	17	30
Stark	27	27	24	31	25	28	31
Etwas	36	36	37	33	38	37	27
Gar nicht	14	14	14	13	16	15	8
Index¹⁾	+32	+32	+30	+37	+26	+30	+53

Differenzen zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe
¹⁾ Index = „sehr stark / stark“ – „gar nicht“

Abbildung I: Demokratiezufriedenheit nach Alter (Frage 3)

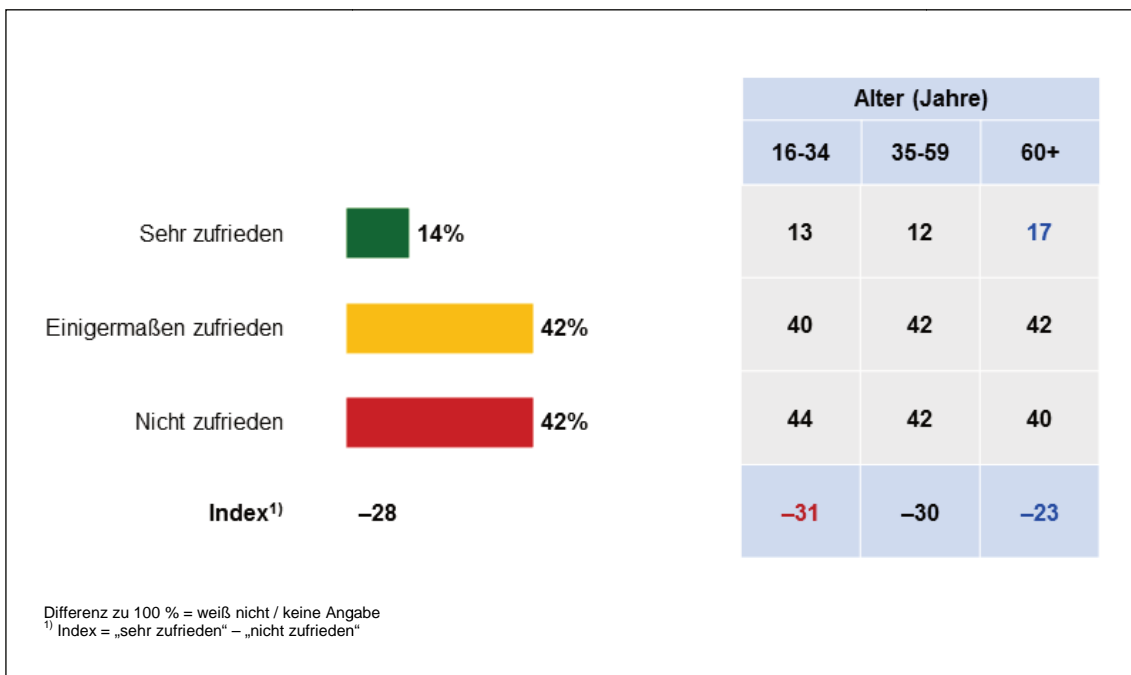


Tabelle II:

Teilnahme an bundesweiten Volksentscheiden nach Bundestagswahlabsicht (Frage 7)

Würde bei Volksentscheiden...	Gesamt	Bundestagswahlabsicht							
		CSU	SPD	Grüne	AfD	FDP*	Sonstige	Nichtwähler	Unentschl.
... an allen teilnehmen	32	31	32	35	33	40	30	32	30
... nur an wenigen / abhängig vom Thema teilnehmen	62	62	63	59	62	51	68	61	65
... nie bzw. so gut wie gar nicht teilnehmen	2	1	1	4	3	3	1	2	4

Differenz zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe
 * Geringe Fallzahl, n = < 50

Abbildung II:

Bewertung der abnehmenden Wahlbeteiligung im Zeitverlauf (Frage 10)

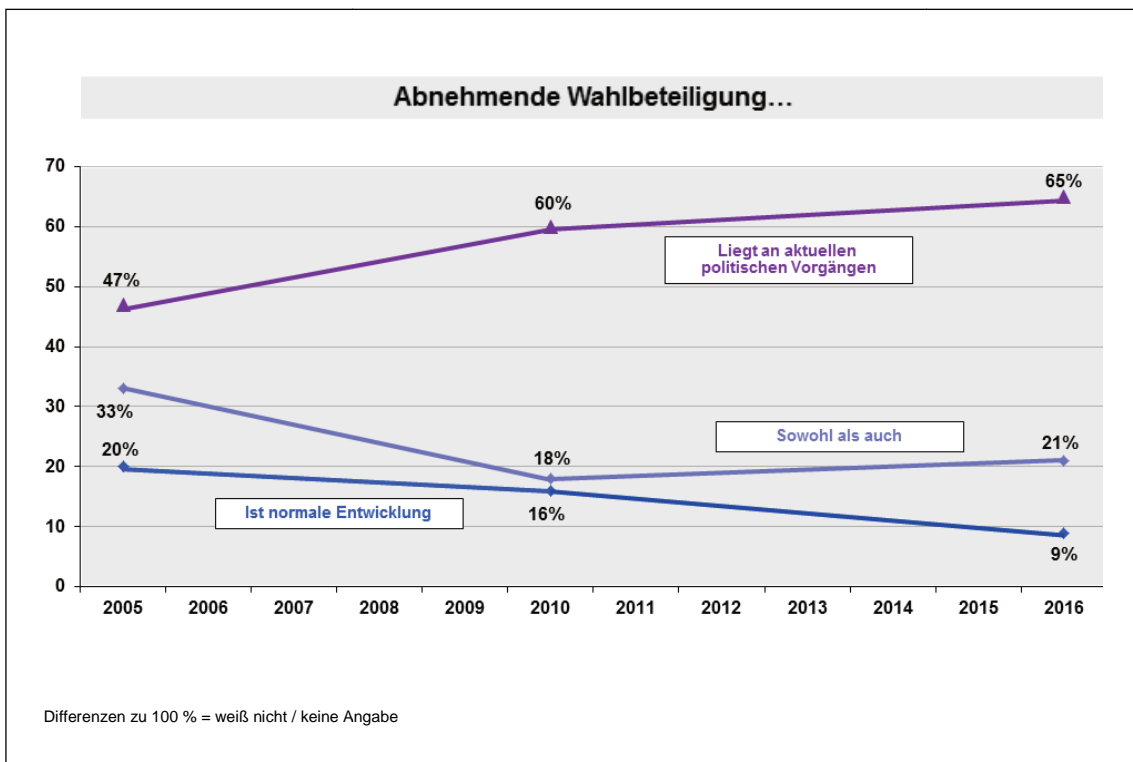


Tabelle III:
Eigenes Wahlverhalten nach Alter (Frage 11)

	Gesamt	Alter (Jahre)		
		16-34	35-59	60+
Nehme an fast allen Wahlen teil	42	27	46	51
Wähle nur bei wichtigen Wahlen	36	29	39	37
Wähle nie bzw. so gut wie nie	12	12	12	12
Erst seit kurzem Wahlberechtigt / noch nicht an Wahlen teilgenommen	8	30	0	-

Differenz zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe

Tabelle IV:
Selbsteinstufung Wählertypus nach Landtagswahlabsicht (Frage 13)

Basis: Mindestens Teilnahme bei wichtigen Wahlen; n = 1.071

Bin eher...	Gesamt	Landtagswahlabsicht								
		CSU	SPD	FW	AfD	Grüne	FDP*	Sonstige	Nichtwähler	Unentschl.
Stammwähler	62	80	68	55	38	66	51	41	47	49
Typischer Wechselwähler	31	20	32	45	55	34	49	53	36	32

Differenzen zu 100 % = weiß nicht / keine Angabe
* Geringe Fallzahl, n < 50

Tabelle V:

Aussagen in Verbindung mit Wahlen nach Landtagswahlabsicht (Frage 14)

	Gesamt	Landtagswahlabsicht								
		CSU	SPD	FW	AfD	Grüne	FDP*	Sonstige	Nichtwähler	Unentschl.
Stimme voll und ganz/ eher zu										
Demokratie ist in Gefahr, wenn immer mehr Menschen nicht wählen gehen.	78	80	85	83	60	86	88	83	72	74
Wenn ich nicht mit meiner Stimme mitentscheide, wer mich politisch vertritt, entscheiden das andere für mich.	75	77	82	72	66	79	71	72	72	74
Mit meiner Stimme trage ich dazu bei, dass rechts- und linksextreme Parteien keinen Erfolg haben.	74	75	84	69	63	77	69	71	72	72
In einer Demokratie ist die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen.	63	65	68	62	61	68	84	57	56	61
Politiker haben kein Ohr für die Sorgen der kleinen Leute.	61	61	66	64	65	52	64	67	58	61
Habe das Gefühl, dass meine Stimme etwas zählt und ich die Politik damit beeinflussen kann.	42	51	37	41	26	46	34	36	34	43
Gibt derzeit keine Partei, die meine Interessen vertritt.	30	21	22	31	18	18	18	13	35	54
Wahlsystem ist zu kompliziert.	29	29	31	30	36	24	34	25	29	30
Parteien unterscheiden sich nicht voneinander.	28	24	30	28	28	19	21	22	26	40

* Geringe Fallzahl, n < 50

Tabelle VI:
Vorschläge zur Erhöhung der Wahlbeteiligung (Frage 16)

„Stimme voll und ganz / eher zu“	Gesamt	Wahlteilnahme			
		An fast allen Wahlen	Nur an wichtigen Wahlen	Wähle (so gut wie) nie	(Bisher) Nicht an Wahlen teilgenommen
Bundesweiter Aktionstag an Schulen	85	85	87	82	81
Einführung von bundesweiten Volksabstimmungen	65	66	65	61	64
Bekanntmachung der Briefwahl durch Anzeigen (Zeitungen, Internet und Soziale Netzwerke)	65	68	61	66	63
Verbesserung der Wahlbedingungen für im Ausland lebende Deutsche	61	65	58	56	66
Stimmabgabe in mobilen Wahlkabinen	54	58	52	50	50
Verlängerung der Öffnungszeiten der Wahllokale (8 bis 20 Uhr)	53	51	54	52	54
Stimmabgabe über das Internet	47	50	44	43	58
Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre	21	18	20	18	43
Stimmabgabe an anderen Orten als dem Wahllokal	18	23	12	19	18
Ausweitung des Wahlzeitraums auf eine Woche	18	16	20	23	16
Abschaffung der 5%-Sperrklausel	15	16	14	14	20
Einführung einer Wahlpflicht mit der Möglichkeit zur Wahlenthaltung	12	14	11	4	17

Abbildung III:
Vorhandensein von Möglichkeiten zum Engagement am eigenen Wohnort (Frage 19)

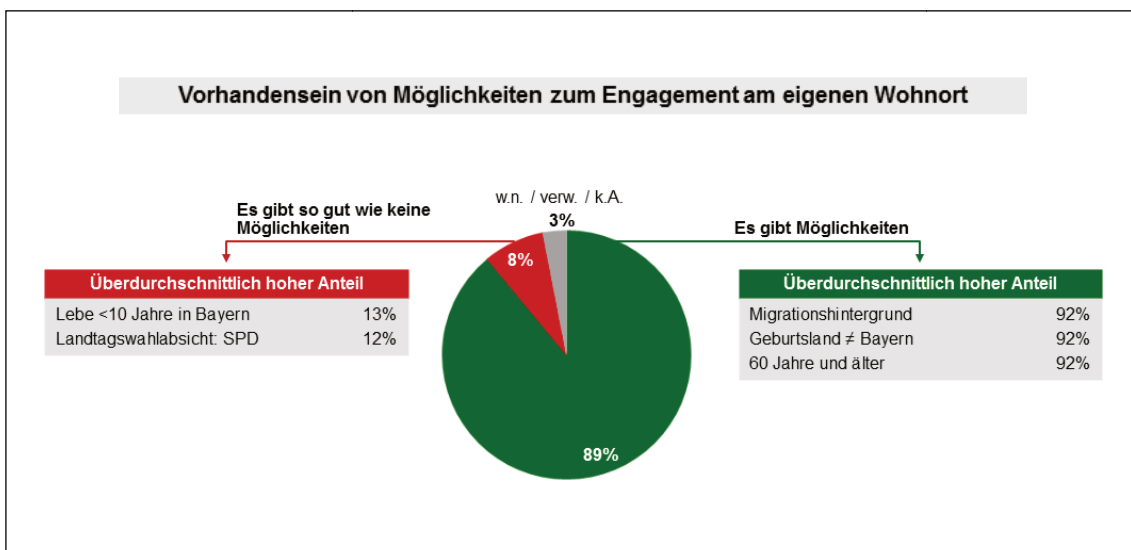


Tabelle VII:

Mitgliedschaften in Vereinigungen und Vereinen nach Alter (Frage 20 a)

Mitgliedschaft bei...	Gesamt	Alter			Wahlteilnahme			
		16-34	35-59	60 +	Fast immer	Wichtige Wahlen	(So gut wie nie)	Noch nicht gewählt
Vereinen	47	54	50	38	49	44	46	55
Kirchlichen Vereinigungen	21	13	20	29	24	20	22	12
Hilfsorganisationen	20	22	21	16	23	18	18	21
Bürgerinitiativen	19	20	19	18	18	19	21	20
Politischen Parteien	5	3	7	5	12	0	–	2
Selbsthilfegruppen	3	3	4	2	4	2	2	6
Sonstige	4	5	3	3	3	2	2	1

Tabelle VIII:

Mitgliedschaften in Vereinigungen und Vereinen nach Landtagswahlabsicht (Frage 20 a)

Mitgliedschaft bei...	Gesamt	Landtagswahlabsicht								
		CSU	SPD	FW	AfD	Grüne	FDP*	Sonstige	Nichtwähler	Unentschl.
Vereinen	47	48	48	46	42	47	45	49	41	50
Kirchlichen Vereinigungen	21	27	21	25	12	14	19	18	21	19
Hilfsorganisationen	20	21	22	21	18	27	20	15	18	18
Bürgerinitiativen	19	20	19	26	15	20	9	20	19	19
Politischen Parteien	5	8	8	6	5	5	5	4	2	4
Selbsthilfegruppen	3	3	3	8	–	2	6	4	3	3
Sonstige	4	2	3	1	–	2	7	3	1	3

* Geringe Fallzahl, n < 50

Tabelle IX:

Bestehende und beabsichtigte Mitgliedschaften (Frage 20 a, b, c, 21 a, b)

	Gesamt 2016	Landtagswahlabsicht								
		CSU	SPD	FW	AfD	Grüne	FDP*	Sons- tige	Nicht- wähler	Unent- schl.
Traditionelles gesellschaftliches Engagement¹⁾										
Hoch engagierte Vereinsmitglieder	56	60	51	55	48	59	46	49	55	57
Weniger engagierte Vereinsmitglieder	7	7	7	9	7	6	9	10	6	7
Passive Vereinsmitglieder	4	5	7	8	3	8	7	3	1	3
Potenzielle Vereinsmitglieder	6	3	6	4	8	7	2	4	8	6
Offen für Vereinsmitgliedschaften	13	15	16	15	10	8	18	11	17	10
Ablehner einer Vereinsmitgliedschaft	14	10	13	9	24	12	18	23	13	17
Neue Formen des Engagements²⁾										
Hoch engagiert in neuen Formen	14	15	14	19	10	10	2	17	14	14
Weniger engagiert in neuen Formen	5	6	3	13	2	6	12	3	5	5
Passiv in neuen Formen	3	2	4	4	3	5	0	3	2	3
Potenzielles Engagement in neuen Formen	4	2	4	2	3	6	2	8	5	6
Offen für Engagement in neuen Formen	15	15	15	9	11	19	31	14	9	15
Ablehner eines Engagements in neuen Formen	59	60	60	53	71	54	53	55	65	57

¹⁾ Vereine, kirchliche Vereinigungen, Hilfsorganisationen, sonstige Vereine
²⁾ Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen
* Geringe Fallzahl, n < 50

Dr. Helmut Jung
GMS Dr. Jung GmbH, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung, Hamburg

